

Geschlechtsumwandlung, Schweizer IS-Zellen, Kunst aus alten Socken

Nummer 24 – 11. Juni 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WOCHE



Angriff der US-Justiz

Wie sich die Schweiz vorführen lässt.
Von Beat Gygi

Mythos Bilaterale

Massiv überschätzte EU-Verträge. *Von François Schaller*

Illegale Einwanderer

Wie der Staat ihnen hilft. *Von Philipp Gut*



OYSTER PERPETUAL
GMT-MASTER II IN 18 CT WHITE GOLD



ROLEX



BUCHERER

1888

bucherer.com

Intern

Die Turbulenzen um den Weltfussballverband Fifa rühren ans Politische: Es ist ein Machtkampf im Gang um eine der grössten Bühnen der Welt. Die Amerikaner machen mächtig Dampf mit erzwungenen Geständnissen und aggressiven Anklagen. Die mediale Öffentlichkeit freut sich an der neuerlichen Lektion, die dem angeblichen Korruptionsnest Schweiz erteilt wird. Wir werfen in dieser Ausgabe den Blick auf die Fragwürdigkeiten der US-Justiz.

Vor allem ergründen wir die Frage, warum sich die Schweizer Behörden nach den Banken wieder so willig vorführen lassen. Bisher war die Schweiz ein Staat, in dem vorverurteilende Show-Verhaftungen vermieden wurden. Ausserdem gehörte es bisher nicht zum Stil des Landes, eingeladenen Kongressteilnehmern bei ihrem Kurzaufenthalt nachzustellen. Warum liess sich die Schweiz einspannen? Wer zog im Bundeshaus die Fäden? Fast wehmütig liest man die Erinnerungen von alt Bundesrätin Elisabeth Kopp, die in ihrem Bericht erzählt, wie die Schweiz damals Widerstand leistete, als die USA dem in der Schweiz wohnenden Rohstoffhändler Marc Rich zu Leibe rückten. Im Interview spricht Kopp späterer Nachfolger Christoph Blocher über die tieferen Gründe des behördlichen Einknickens. **Seiten 16–29**



Rita Kempfer.

Nach sage und schreibe 35 Jahren treuer Verbundenheit mit dem Haus tritt unsere Co-Chefkorrektoren Rita Kempfer in den Ruhestand. Sie erlebte die *Weltwoche* noch zu Zeiten des legendären Hans O. Staub und seiner Nachfolger. Sie überstand alle Rechtschreibereformen mit stoischer Professionalität, und in den mitunter hektischen Abendstunden der Produktion bewahrte sie lächelnd den Ruhepuls einer Langstreckenläuferin. Ihre sprachliche Präzision ist legendär, ebenso ihr sechster Sinn für faktische Unebenheiten, die sie einfühlsam aus den Texten feilte. Es gehört leider zum Schicksal der Korrektoren, dass ihre unschätzbaren Dienste in der selbstverliebten Ego-Gesellschaft der Journalisten und Autoren chronisch zu wenig gewürdigt werden. Vielleicht auch deshalb, weil die Redaktoren ihre grammatikalischen Abgründe und Bildungslücken lieber verdrängen als vorgeführt haben wollen. Auch in diesem Sinn danken wir Rita Kempfer von ganzem Herzen für ihre herausragende Arbeit, ihren enormen Einsatz, die ausdauernde Präsenz. Wir freuen uns sehr und sind dankbar, dass die Kollegin uns weiterhin mit Rat und Tat helfen wird. Für ihren neuen Lebensabschnitt wünschen wir ihr auch im Namen aller

früheren Redaktoren und Chefredaktoren Gesundheit und Glück. Möge sie ihre Heiterkeit, mit der sie alle Stürme überstand, nie verlassen.

Ebenfalls altersbedingt etwas, aber hoffentlich nicht viel kürzer tritt künftig unsere Redaktorin Beatrice Schlag. Die gebürtige Baslerin, die früh unter Werner Düggelin am Theater wirkte, kam 2001 vom *Magazin* zur *Weltwoche*. Schon damals hatte sie einen Ruf als eine der elegantesten und klügsten Schreiberinnen leicht links von der chefredaktionellen Blattlinie, von der sie sich stets stilvoll absetzte.



Beatrice Schlag.

Ihre Fachgebiete sind Kultur, Gesellschaft, dann vor allem Genderfragen und das ewige Rätsel der Beziehungen zwischen Mann und Frau. Mit Begeisterung verbrachte sie die Hälfte des Jahres jeweils in Los Angeles, um den Schrebergärten der Heimat zu entkommen. Mit den USA verbindet sie ein Verhältnis skeptischer Faszination, das sie immer wieder in Porträts und Reportagen aufarbeitet, zuletzt mit einem Porträt der Schauspielerin Charlize Theron im Film «Mad Max» oder in dieser Ausgabe anhand des ehemaligen Zehnkämpfers Bruce Jenner, der sich mit 65 zur Frau umbauen liess, die er angeblich immer sein wollte. Wir hoffen, dass Beatrice Schlag, die zu den meistgelesenen Kolumnistinnen des Landes gehört, ihren Ruhestand als Chance begreift, weiterhin möglichst viele Artikel für unser Blatt zu schreiben. Wir danken ihr für alles bisher Geleistete, für Ihre Treue und Brillanz, mit der sie im Schweizer Journalismus Massstäbe setzte.

Ihre Weltwoche



www.stellen-anzeiger.ch



STELLEN-ANZEIGER
Das Schweizer-Jobportal

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab, Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Simon Keller, Fabian Gimmi (*Assistent*)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempfer, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojaij-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Fabian Keller, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Aextra
Tarife und Buchungen: info@aextra.ch
Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





Exklusiver Workshop:

Aromaküche mit Tanja Grandits

Beim Kochkurs mit der Spitzenköchin Tanja Grandits und V-Zug lernen Sie am 12. September in Basel die Geheimnisse der Aromaküche kennen.

Tanja Grandits, dekoriert mit 18 Gault-Millau-Punkten und 2 Michelin-Sternen, zelebriert kulinarische Harmonie auf höchstem Niveau.

Mit Hilfe der neuesten Sous-vide-Technik und dem Combi-Steam von V-Zug dreht sich bei ihr alles um Farben, Gewürze und Geschmäcke. Aromaküche – das bedeutet Essen und Geniessen mit allen Sinnen.

«Sous-vide», das schonende Garen von Speisen in vakuumversiegelten Beuteln und bei niedrigen Temperaturen, wird in den weltbesten Restaurants immer häufiger angewendet. Zusammen mit Tanja Grandits, Gastgeberin im Basler Restaurant «Stucki», lernen Sie, die neue Methode umzusetzen und die Speisen mit Elementen aus der Aromaküche zu verfeinern.



Weltwoche Spezialangebot

Aromaküche mit Tanja Grandits

Samstag, 12. September 2015, 14.30 bis 17.30 Uhr

Kosten

Fr. 250.– pro Person (statt Fr. 350.–)
(inkl. Menü und Rezeptdossier)

Bedingungen:

Ein gültiges Abonnement der Weltwoche ist Voraussetzung zur Kursteilnahme.

Anmeldung

Senden Sie bis 31. August 2015 eine E-Mail an beatrice.aschwanden@vzug.com oder Telefon: 058 767 63 42

Veranstaltungsort

Restaurant «Stucki»
Bruderholzallee 42
4059 Basel
www.stuckibasel.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Entschweizert

Vom Bankkündengeheimnis bis zur Fifa: Heiter beteiligt sich die Schweiz an ihrer Demontage.

Von Roger Köppel

Die Schweiz ist eigentlich ein grossartiges Land. Wir haben ein geniales politisches System. Der Staatsapparat ist einigermaßen bodenständig. Wir stehen im internationalen Quervergleich bei den Besten. Heimgesucht werden wir derzeit von unseren eigenen Erfolgen: Die Währung ist so stark, dass Teile der Industrie sie nicht mehr verkraften können. Trotz nachlassender Konjunktur strömen Ausländer in Rekordzahlen herbei.

Es stimmt nicht, was der Bundesrat und prominente Meinungsmacher verbreiten. Die Schweiz ist kein international isoliertes Land ohne Freunde. Im Gegenteil: Wir werden bewundert und beneidet. Dass europäische und amerikanische Politiker auf der Schweiz herumreiten, können wir als Lob abbuchen. Die meisten Ausländer, die ich kenne und die uns schreiben, sind begeistert von der Schweiz. Sie sehen, was wir den anderen voraushaben.

Vielleicht ist es die grosse Stärke der Schweizer, sich selber dauernd in Frage zu stellen. Vielleicht geht es uns auch deshalb so gut, weil wir uns permanent damit beschäftigen, an der Schweiz zu zweifeln. Die Schweizer sind mehrsprachig und sensibel für die Bedürfnisse von Minderheiten. Wir sind weltoffen bis zum Untergang. Die Schweizer sind Weltmeister im Lippenlesen und Dienstleisten. Deshalb fällt es so schwer, uns in politischen Auseinandersetzungen nicht über den Tisch ziehen zu lassen.

Das grösste Problem: Es geht uns zu gut. Wir beschäftigen uns mit Nebenfragen. Was denken die anderen über uns? Stimmt das Image? Sollten wir nicht einen staatlich finanzierten Vaterschaftsurlaub installieren? Sind Geschlechtsumwandlungen durch die Krankenkasse gedeckt? Unsere Behörden erstellen minuziös abgefasste Berichte, in denen sie vorrechnen, warum es richtig und vernünftig ist, wenn in einer Zürcher Gemeinde ein mutmasslicher Mörder und überführter Delinquent Unterhaltszahlungen des Sozialamts bekommt.

Kürzlich gab Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga im Fernsehen ihrem fremdfinanzierten Bedürfnis Ausdruck, die Schweiz möge «allen, die unseren Schutz brauchen», Asyl und Zuflucht gewähren. Die in einem schmucken Berner Haus mit Garten wohnhafte Magistrate, die dank ihrem Job längst ausgesorgt hat, findet es unanständig, wenn eine Journalistin sie mit an Masochismus grenzender Höflichkeit nur schon danach fragt, ob es allenfalls



«Bitte bestraft uns!»

Höchstgrenzen brauche für Flüchtlinge, die in Massen aus Afrika in Richtung Norden streben.

Der Schweiz geht es so gut, dass sie sich sogar den Luxus leistet, ihre weltweit bewunderten Staatssäulen wegzufräsen. Politisch inkorrekte Volksentscheide über die Ausschaffungs- oder die Masseneinwanderungsinitiative werden in Bern einfach nicht umgesetzt. Bundesrat und Parlament erfinden laufend neue Ausreden und Kriterien, um den Volkswillen zu sabotieren. Die Regierung will, dass die Schweiz künftig automatisch europäisches Recht in unseren bilateralen Beziehungen übernimmt. Wer sich für die Volksrechte einsetzt, wird von der Bun-



despräsidentin als Zivilisationsfeind und Gegner der Menschenrechte abgeputzt.

Die Schweizer Regierung ist auslandhörig und imagesüchtig. Es reicht, wenn ein paar europäische Politiker mit grauen Listen wedeln. Die Bereitschaft, die eigene Rechtsordnung gegen den Druck ausländischer Konkurrenzstaaten nur schon ansatzweise zu verteidigen, ist in Bern faktisch nicht vorhanden. Der einzigartige Schutz der finanziellen Privatsphäre wurde ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Kosten preisgegeben. Der Bundesrat lobt sich dafür, dass hierzulande bald die lückenlose Kontrolle der Menschen mit einem Bankkonto herrschen werde. Für ein Schulterklopfen im Ausland werden bewährte Erfolgsfaktoren über Bord geworfen.

Ins gleiche Kapitel der frivolen Selbstbeschädigung fällt das Verhalten der Schweizer Justizbehörden im Fall Fifa. Ohne Not haben sich die Strafverfolger von den Amerikanern einspannen lassen. Als ob es sich bei den verhafteten Funktionären um Terroristen handelte, wurden sie im Morgengrauen auf Geheiss der US-Justiz von unseren Beamten eingesteckt. Die Weltpresse nahm den Vorgang dankbar zum Anlass, um die Schweiz als Korruptionsnest für eine Fussballmafia unter Leitung eines Schweizer Schwerverbrechers vorzuführen.

Plötzlich gilt die Unschuldsvermutung nichts mehr. Wer auf rechtsstaatliche Prinzipien pocht, wird als Korruptionsverteidiger diffamiert. Dass viele Schweizer mitjubeln, wenn sich die Amerikaner in unsere Verhältnisse einmischen, wäre ein Thema für sich. Die Heuchler potenzieren ihr Unbehagen am Kleinstaat durch die Hoffnung auf Erlösung aus Amerika: «Bitte bestraft uns!» Dass sich die Schweiz von den USA in Sachen Korruption und Rechtsstaat belehren lässt, wäre Rohstoff für ein Kabarett.

Wer immer nachgibt, muss sich nicht wundern, wenn die Angebote angenommen werden. Die offizielle Schweiz steht nicht mehr zur Schweiz, weil ihr die Schweiz peinlich ist. Deshalb entschuldigt sie sich für Volksentscheide. Deshalb unterstellt sie sich fügsam den Direktiven des Auslands. Deshalb weibelt sie den Amerikanern hinterher. Wo die Überzeugung fehlt, fehlt auch die Kraft zur Gegenwehr.

Niemand glaubt, dass eine entschweizerte und von Sepp Blatter gesäuberte Fifa, allenfalls unter Führung eines arabischen Prinzen, neue Massstäbe der moralischen Unbeflecktheit setzen wird. Der weltfremde Moralismus der Blatter-Hasser wird schon bald an der Wirklichkeit zerschellen. Vielleicht zahlt die Fifa dann in London oder in München Steuern. Es ist ein Jammer, wenn auch symptomatisch, wie sich die Schweiz wieder einmal willig hergibt, um an einer politischen Demontage mitzuwirken, deren Ziel sie selber ist.

Vous trouverez sur notre site www.weltwoche.ch la traduction française de l'Editorial.



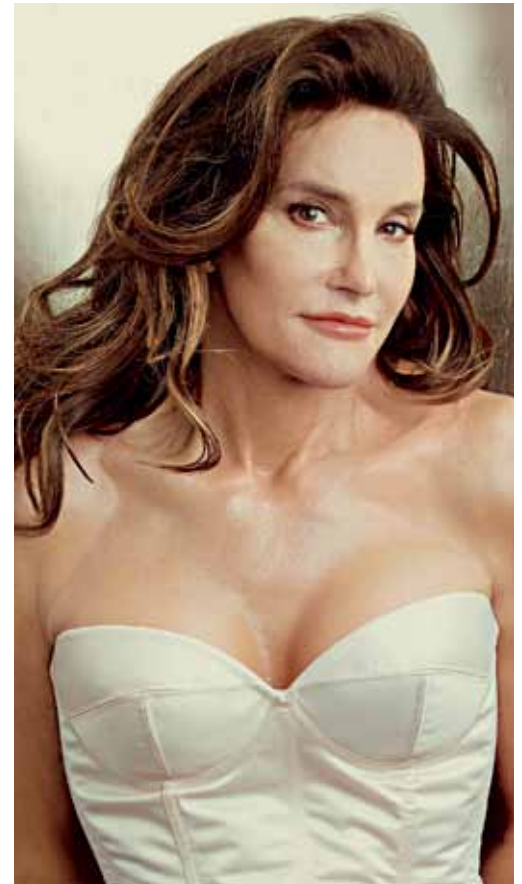
Tod in Kobane: Dschihadist Hajan. Seite 42



Wer profitiert von den Bilateralen? Seite 36



Maulwurf: Christoph Büchel. Seite 58



«Mein wahres Ich»: Caitlyn Jenner. Seite 54

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 Kommentar «Stanimal»

11 Im Auge Caitlyn Jenner, Transgender

12 Neutralität Einäugig

13 Privatsphäre Bröckelnder Freisinn

13 Regionen Kollektivschuld

14 Personenkontrolle Leuthard, Hösli, Huber, Matter etc.

15 Nachruf 1 Tarik Asis (1936–2015)

15 Nachruf 2 Pierre Brice (1929–2015)

16 Angriff der US-Justiz

Behörden und Medien im Dienste der US-Justiz

18 «Müll-Justiz» statt Menschenrechte

US-Strafverfolger demontieren die Bürgerrechte

19 Bundesrat Augen zu und durch

20 «Volkssport des Einknickens»

Ex-Justizminister Blocher über die amerikanische Justiz

22 Elisabeth Kopp Der Fall Marc Rich

23 Kriminalität Mit dem Vorschlaghammer

24 Unter Generalverdacht

Augenzeugenbericht aus dem Fifa-Innern

29 Austin «Jack» Warner Der Fifa-Stenz

30 Die Deutschen SPD droht SPÖ

30 Wirtschaft Die grosse Kakophonie

31 Ausland Sieben Zwerge in Oberbayern

32 Mörgeli Der Geist weht, wo er will

32 Bodenmann Endlich Weissport-Strategie?

33 Medien Der heilige Franz von Sales

33 Gesellschaft Lustvoll schläfrig

34 Leserblitz / Leserbriefe

Hintergrund

36 Mythos Bilaterale

Den Abkommen mangelt es an Substanz

38 Freihandel «Unsicherheit»

39 SRG Professor Biegsam

40 Illegale Einwanderer

Unstatthafte Hilfe für Migranten im Kanton Zürich

42 Raus aus dieser dreckigen Welt

Winterthur: Mekka der Schweizer Dschihadisten

44 Vollbremsung im Bundeshaus

Finanzministerin Widmer-Schlumpf schärft den Rotstift

49 Brief aus Berlin Von Stiefkindern und Ziehtöchtern

50 Erfolgreich erfolglos

Aggressives Lobbying der Kulturszene

51 Hochschulen Kunst aus alten Socken

52 Der therapierte Entführer

Prozess gegen den Vater, der seine Töchter verschleppte

54 Der befreite Superman

Bruce Jenner, ehemaliger Olympia-Held im Zehnkampf

Bleiben Sie verbunden über den Wolken

Profitieren Sie von unserem kostenlosen WLAN auf
den meisten A380 und ausgewählten Boeing 777 Flügen.



Hello Tomorrow 

Über 2'000 Unterhaltungskanäle ♦ Gourmet-Küche



«Es geht immer um Gefühle»: Ethnologie-Professor Leimgruber. Seite 46

Interview

46 «Klare Anreize für die Zuwanderung»

Statt über die Fremden zu schimpfen, solle man lieber an die Zukunft des Landes denken, sagt der Chef der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen

Stil & Kultur

56 Stil & Kultur Auguste Piccard, Physiker und Erfinder

58 Bestseller

58 Auszeichnung eines Angstmachers

Der Basler Christoph Büchel ist der diskreteste Guerilla-Künstler überhaupt

59 Jazz Third Reel

60 Top 10

60 Kino «Love & Mercy»

61 Fernseh-Kritik «Grüezi Schweiz – die Einwanderer»

62 Namen Zauberhafte Zuckerwatte

63 Hochzeit Jessica Fass, Stand-up-Komikerin

63 Thiel Solar am Puls

64 Wein Johannisberg Riesling trocken 2013

64 Zu Tisch Dreisternekoch Klaus Erfort

65 Motorrad BMW S 1000 RABS

66 MvH trifft Werner Kieser, Fitness-Unternehmer und Philosoph

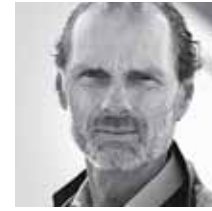
Autoren in dieser Ausgabe

Elisabeth Kopp



Die Freisinnige wurde 1984 als erste Frau in den Bundesrat gewählt und war bis 1989 Justizministerin der Schweiz. Sie erinnert sich an die Auseinandersetzungen mit der US-Justiz im Zusammenhang mit dem Rohstoffhändler Marc Rich, der von den Amerikanern bis in die Schweiz verfolgt wurde. Seite 22

François Schaller



Der Chefredaktor der Westschweizer Wirtschaftszeitung *L'Agefi* hat für seinen Beitrag minutiös die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU analysiert. Sein eindeutiger Befund: Unter dem Strich ergibt sich für unser Land praktisch kein einziger Vorteil. Seite 36



MEHRWERT FÜR IHR GELD

Aktuelle Anlagetrends und Investmentideen finden Sie in dieser Ausgabe der Weltwoche.

WELCOME TO MY WORLD



In der Hauptrolle: John Travolta, Filmlegende, Pilot und Aeronautik-Freak. Im Rampenlicht: die mythische North American X-15, ehemalige Geschwindigkeits- und Flughöhenrekordhalterin sowie Wegbereiterin für Weltraumflüge. Produktionsleiter: Breitling, der privilegierte Partner der Aeronautik dank seiner zuverlässigen, präzisen und bahnbrechenden Instrumente – wie der Chronomat, des Pilotenchronografen par excellence. Willkommen in der Welt der Legende, der Spitzenleistung und der Performance.



CHRONOMAT 44 AIRBORNE

Galli

GALLI HAT ZEIT – SEIT 125 JAHREN

Am Bellevue, Zürich



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

D 52

D 52

www.bilanz.ch

Einen Schritt voraus.

BILANZ
Das Schweizer Wirtschaftsmagazin

«Stanimal»

Von Rod Ackermann — Im reifen Tennis-Alter von 30 Jahren findet der Schweizer Stan Wawrinka endgültig Aufnahme unter den Allerbesten. Nichts fiel dem Rackerer und Arbeiter in den Schoss.



Es hagelte Glückwünsche: Wawrinka ganz oben in Paris.

In der Schule hatten wir eine, die wurde «Helga das Tier» genannt. Niemand wusste, wie sie zu ihrem Spitznamen gekommen war, aber er passte perfekt. Ähnlich verhält es sich beim Tennis-Profi Stan Wawrinka: Der treffendste seiner diversen Übernamen ist «Stanimal». Tierisch gut verbindet sich darin sein Vorname mit einer teils angedichteten, teils augenscheinlichen Animalität. Es ist kaum Zufall, dass Wawrinka schon mit einem Bären verglichen wurde – im Habitus ein bisschen brummig und behäbig, aber Vorsicht vor seinen blitzschnellen Prankenhieben. Will heissen: vor seiner phänomenalen Rückhand, der besten im Metier.

Auf Wawrinkas Bärenatze wusste am vergangenen Sonntag im Final des Grand-Slam-Turniers von Roland-Garros der favorisierte Novak Djokovic keine Antwort. Nach vier Sätzen hatte der Schweizer, angetreten als Outsider, den Serben über den Haufen geworfen, und mit ihm alle Prognosen. Hatte bestätigt, dass sein erster Major-Titel, erobert Anfang 2014 am Australian Open gegen Rafael Nadal, kein Zufall gewesen war. Hatte zum zweiten Mal eine Nummer eins der Weltrangliste in einem Major-Final bezwungen. Im Unterschied zum Sieg von Melbourne aber beweist der Triumph von Paris, dass der Romand im reifen Tennisalter von dreissig Jahren endgü-

tig Aufnahme gefunden hat im kleinen Kreis der Allerbesten seines Fachs – Djokovic, Federer, Murray und Nadal. Keinen Augenblick zu früh.

Denn lang und beschwerlich war Wawrinkas Weg nach oben. Dem Teenager aus dem 800-Seelen-Flecken Saint-Barthélemy im Gros-de-Vaud hätte kein Trainer eine grosse Zukunft vorausgesagt. Gewisse Ansätze waren zwar unverkennbar, aber alles Übrige musste hartnäckig erarbeitet werden. Schon als Bub, erinnert sich sein Vater Wolfram, Sohn eines Einwanderers aus Deutschland, habe Stan immer schancen müssen, wenn er etwas erreichen wollte, nichts sei dem bewegungsfreudigen Buben in den Schoss gefallen.

Als Siebzehnjähriger Profi geworden, schuf er die erste Wende nach oben auf dem ziegelroten Sand von Roland-Garros mit dem Gewinn des Juniorenturniers 2003. Fünf Jahre später fand Stan erstmals Eintritt unter die Top Ten, gewann im Doppel mit seinem illustren Mitstreiter Roger Federer in Peking Olympiagold, verbrachte indes geraume Zeit mit stetem Auf und Ab unter den obersten dreissig des Rankings. Oft, für manchen Geschmack allzu oft, gingen Wawrinkas Matches über die volle Distanz und er verliess nach heroischem Widerstand den Platz als Verlierer. Den Schwerarbei-

»» Fortsetzung auf Seite 12

Die Frau an seiner Seite



Caitlyn Jenner, Transgender.

Sie gab ihre Geburtsanzeige mit 65 Jahren bekannt, und damit war Bruce Jenner gestorben. Er war einst muskulöser Frauenheld auf dem Titel des Magazins *Playgirl*, und sie posiert jetzt, auf Cindy Crawford drapiert, als lockiger Vamp auf dem Cover von *Vanity Fair*. Einst hiess er Bruce, in ihrem neuen Leben, das sie mit 65 beginnt, nennt sie sich Caitlyn Jenner und sagt: «Bruce musste immer eine Lüge erzählen.» Ein Leben lang schleppte Caitlyn dieses Geheimnis in ihrem perfekten männlichen Körper mit sich. Bruce war der strahlende Nationalheld, der 1976 in Montreal die Goldmedaille im Zehnkampf der Leichtathletik gewann. Der American Dream eines Underdogs – als Dyslexiker, der kaum lesen und schreiben konnte, zum König der Athleten, und das auch nur wegen eines Knieunfalls, er wäre lieber Football-Profi geworden. Er wurde ein Darling der Werbeszene, Schauspieler, Filmproduzent, Vortragsredner, er fuhr Autorennen, heiratete dreimal und hatte mit jeder Frau je zwei Kinder. Bruce landete als Stiefvater im Kardashian-Clan, der schrecklichen Trash-Kompanie des Reality-Fernsehens, und vielleicht war er, der Lese- und Schreibschwache, im Geldverdienen der Gerissenste von allen. Mit dem Schritt in die neue Identität, in der Aussehen und Seele endlich übereinstimmen, eröffnen sich neue grossartige Perspektiven. Und der Boulevard rätselt über die Fragen aller Fragen: Hat sie sein Ding noch? Mit Kris Jenner, die sich im vergangenen Dezember von ihm scheiden liess, wäre Caitlyn gerne auch als Transsexuelle weiterhin zusammengeblieben. Fast ein Happy End. Es gibt aber auch die Geschichte einer Doppelgefängenschaft. Hinter den Gittern von Fort Leavenworth in Kansas sitzt Chelsea Manning, 27, *formerly known as* Bradley Manning, wegen Spionage zu 35 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er als Soldat Hunderttausende geheimer Dokumente an Wikileaks weitergab. Am Tag nach dem Urteilspruch nahm sie den Namen Chelsea an. Für die Justiz bleibt die Whistleblowerin ein Mann, aber inzwischen durfte sie eine Hormonbehandlung beginnen.

Peter Hartmann

Mehr zum Thema Seite 54

ter nannte man «Marathon-Stan». Machte mehr oder weniger versteckt Witze über ihn. Begann sich mit dem Gedanken abzufinden, dass da einer ewiglich Statist bleiben würde im grossen Film des Männertennis.

Über der Szenerie lastete allemal der übermächtige Schatten Federers: ein zweischneidiges Ding für Wawrinka, der sich durch den brillanten Kollegen teils in den Hintergrund gedrängt sah, teils aber auch vom Umstand profitierte, dass nicht er es war, der primär unter Erfolgsdruck stand. Während Roger National von Erfolg zu Erfolg eilte, kämpfte «Stan the Man» verbissen gegen das, was ihm als «Federer-Komplex» attestiert wurde. Zugleich zogen die Veteranen im Publikum einen Vergleich zu den goldenen Zeiten der Schweizer Radstars Ferdy Kübler und Hugo Koblet: Hier der arbeitsame Rackerer, dort der elegante «Pédaleur de charme». Die Jüngeren erinnerten sich derweil der achtziger Jahre mit den Duellen der britischen Mittelstreckler Sebastian Coe und Steve Ovett: hüben der Strahlemann, drüben der Finsterling.

Der gebührende Dank

Doch die Zeiten ändern sich. Während Federers Karriere allmählich ausläuft, kommt Wawrinka in Schwung. Der Urknall zu seinem überfälligen Aufstieg ist rasch geortet: am Australian Open 2013, wo er im Achtelfinal gegen Djokovic nach fünf Sätzen den Kürzeren zog, aber endlich begriff, dass er nicht auf ewig die Nummer zwei auf dem Rücken behalten würde. Zum plötzlich gewonnenen Selbstvertrauen hinzu kam die Zusammenarbeit mit Magnus Norman als Coach. Die beiden teilen dasselbe Arbeitsethos, dieselbe Sicht der Dinge, nichts als logisch ist es deshalb, dass der Erfolg bald zur Stelle war. Der gebührende Dank: Bei der Siegerehrung von Paris widmete Wawrinka die «Coupe des Mousquetaires» vor aller Öffentlichkeit dem Schweden.

Norman verrät, dass Stan auf der Tour einer der beliebtesten Spieler sei, dass er allseits Respekt geniesse, dass seine Bescheidenheit, seine Unkompliziertheit gut ankämen. Nach dem Triumph von Paris hagelte es nur so Glückwünsche, nicht zuletzt seitens Roger Federers. Ausgerechnet Federer war es auch gewesen, der nach Wawrinkas erstem Grand-Slam-Titelgewinn den Spitznamen «Stanimal» in Umlauf gebracht hatte.

Womit wir zurück sind bei den Wortspielen um «Stan the Man» beziehungsweise den «Yes, we Stan». In Hollywood pflegen sie für einen fertiggestellten Film die Standardformel «It's in the can» zu verwenden – das Ding ist in der Dose und bereit zum Versand. In Bezug auf unseren welschen Tennisstar sei die abgewandelte Formulierung gewagt: «It's in the Stan».

Neutralität

Einäugig

Von Markus Schär — Die Schweiz spielt sich im Palästina-Konflikt als Schiedsrichter auf. Dabei ergreift sie Partei, derzeit mit der Unterstützung für die Aktion «Breaking the Silence».

Ein Schock, solche Aussagen: «Der Befehl lautete: <Zuerst schiessen>. Sei es auf Bewaffnete oder Unbewaffnete, egal.» Oder: «Wenn du jemanden erschießt, ist das cool. Kein Problem.» Oder gar: «Alles, was zurückbleibt, ist so gut wie tot.» Begeht die israelische Armee Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, wenn sie in den Gazastreifen oder ins Ostjordanland einmarschiert?

Es ist gut, dass die Organisation «Breaking the Silence» solche Stimmen von Soldaten sammelt und in Israel zur Diskussion stellt. Das Land muss sich mit der Frage auseinandersetzen, wie es zum Frieden mit den Nachbarn kommt; das tut es ja gezwungenermassen seit seiner Gründung 1948. Und es ist vertretbar, wenn auch nicht zwingend, dass diese Debatte unter Juden nicht nur in Israel, sondern ebenso im Ausland, mit andersgläubigen Kritikern, ausgetragen wird, so mit einer Ausstellung, die derzeit in der Helferei des Zürcher Grossmünsters zu sehen ist. Aber es ist verwerflich, dass ein neutrales Land dabei Partei ergreift.

Für die Zürcher Ausstellung sprach die Stadt Zürich 10 000 Franken und der Bund gar 15 000 Franken. Das Aussendepartement zahlt via die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit in der Periode 2012–2016 insgesamt 158 000 Dollar für «Breaking the Silence».



Politisierter Kontext: Ex-Soldat an der Ausstellung.

Denn gemäss Botschaft über die internationale Zusammenarbeit gehört zum «Bewährten», das weiterzuführen sei, neben der Katastrophenvorsorge, der Nothilfe und dem Wiederaufbau, auch die «Anwaltschaft für die Bevölkerung des besetzten palästinensischen Gebietes», die unter Hoffnungslosigkeit und Gewalt leide. Die humanitäre Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit und die Politische Direktion des Aussendepartements mischen sich deshalb in die schwierige Auseinandersetzung ein, so mit dem Beobachten von «Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts» – und sei es mit den durchwegs namenlosen, also nicht abklärbaren Anschuldigungen, die «Breaking the Silence» verbreitet, eine Aktivistengruppe, die sogar die kritische israelische Zeitung *Haaretz* nicht als Menschenrechtsorganisation sieht.

«Herzliche Beziehungen»

Die Schweizer dürfen das, schliesslich stellt der Bundesrat in der Botschaft fest: «In diesem stark politisierten Kontext bringt die Schweiz in den folgenden Bereichen einen Mehrwert: politische Neutralität und Unabhängigkeit, Ansehen und Erfahrung im Bereich des humanitären Völkerrechts.» Gerade ihr «integrierter Ansatz» ermögliche der Schweiz im Vergleich zu anderen Gebern «eine führende Rolle».

Die Schweizer gefallen sich so sehr als selbstgerechte Schiedsrichter, dass sie auch nur Zweifel an ihrer Neutralität nicht verstehen. Der israelische Botschafter schickte dem Aussendepartement wegen der Unterstützung für die Zürcher Ausstellung eine Protestnote. Die israelkritische Journalistin des *Tages-Anzeigers* höhnte darüber: «Man wird in Bern Belehrungen dieser Art zu schätzen wissen.» Und Fragen der SVP-Nationalräte Maximilian Reimann und Hans Fehr, ob der Bund von allen guten Geistern verlassen sei, das Verhältnis zu Israel willentlich zu trüben, putzte Aussenminister Didier Burkhalter mit Sprüchen über die «herzlichen Beziehungen» ab.

Nochmals: Es ist gut, wenn die Schweizer sich gegen Verletzungen der Menschenrechte in aller Welt aussprechen, allerdings sollten sie das etwas weniger selbstgerecht tun. Aber es ist falsch, wenn die Schweizer einen Staat, mit dem sie angeblich «herzliche Beziehungen» pflegen, wegen unbeweisbarer Vorwürfe anprangern – im Namen von Leuten, die davon träumen, diesen Staat zu vernichten.

Bröckelnder Freisinn

Von Florian Schwab — Die Chancen der Matter-Initiative zum Schutz der finanziellen Privatsphäre schwinden. Die FDP lässt sich von der Finanzministerin über den Tisch ziehen.

Eine Amnestie für Schweizer Steuersünder soll es geben. Im Gegenzug dazu teilen in- und ausländische Banken Kontodaten von Inländern mit helvetischen Steuerämtern, ein automatischer Informationsaustausch (AIA) im Inland, sozusagen. So lautet das Angebot, das Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) via *NZZ am Sonntag* formuliert. Sie spricht von einem «fairen Übergang», mit dem die «Regeländerung» versüsst werden soll, wie sie die faktische Abschaffung des Bankkundenheimnisses beschönigend nennt.

Vor zehn Jahren galt das Schweizer Bankkundengeheimnis als uneinnehmbare Alpenfestung. Nach dem Ansturm aus dem Ausland haben sich die letzten Verteidiger der finanziellen Privatsphäre im innersten Turm verschanzt: Bankier Thomas Matter (SVP), FDP-Fraktionschefin Gabi Huber und CVP-Kombattant Gerhard Pfister. SVP und FDP unterstützen die Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» offiziell. Sie haben mit einer gemeinsam lancierten Volksinitiative die Stimmbürger als Unterstützer von aussen angefordert.

Die Zeit bis zur Abstimmung lässt die Feldherrin wider die finanzielle Privatsphäre nicht ungenutzt: Widmer-Schlumpf lobt eine reiche Belohnung für Überläufer aus, in Form einer Steueramnestie. Gleichzeitig treibt sie im Parlament den automatischen Informationsaustausch mit den OECD-Ländern voran und belebt sogar im Verhältnis mit der restlichen Welt die Idee der Weissgeldstrategie neu: Für Bereiche, wo der AIA nicht gilt, sollen Schweizer Banken dazu verpflichtet werden, als eine Art Polizei durchzusetzen, dass die Kunden ihre Gelder versteuern. Eine weltweit einmalige Regelung! Sogar der Bankiervereinigung, die sonst nicht durch ausgesprochenen Widerstandsgeist auffällt, geht das zu weit. Sie widersprach öffentlich der Darstellung von Widmer-Schlumpf, der Branchenverband sei ebenfalls für diese Regelung.

Überläufer Noser und Portmann

Offenbar soll das Volk den Eindruck gewinnen, es gebe bald gar nichts mehr zu verteidigen. Bei den Banken selbst steht kaum noch jemand für den Schutz der Kundenprivatsphäre ein; die Bankiervereinigung agiert sogar offen gegen die Matter-Initiative. Zusammen mit der Finanzministerin, ihren Beamten und parlamentarischen Wasserträgern versucht man, die Verteidiger als ewiggestrige Fortschrittsverweigerer zu brandmarken.



Zeit gewinnen: Initiant Matter.

Widmer-Schlumpfs Strategie zeitigt erste Erfolge: Bei der FDP bröckelt die Unterstützung für die Initiative. Mit Nationalrat und Bankdirektor Hans-Peter Portmann und Ständeratskandidat Ruedi Noser kämpfen schon zwei wichtige Exponenten offen auf Seiten der Angreifer.

Offenbar ist den Freisinnigen nicht mehr zu trauen, wenn es um die finanzielle Privatsphäre geht. Dabei hätten FDP und SVP den Sirenen gesängen von Widmer-Schlumpf durchaus etwas entgegenzusetzen; der Weg zum internationalen Informationsaustausch im Aus- und Inland ist nämlich nicht so klar vorgezeichnet wie behauptet. Auf internationaler Ebene ist der AIA noch mit vielen Unsicherheiten behaftet. Im Parlament, wo gerade die dazugehörigen Gesetzesvorlagen debattiert werden, drängen sich Fragen auf: Warum haben die USA einmal mehr eine Ausnahmeregelung bekommen? Wie kann die Sicherheit und Vertraulichkeit von übermittelten Daten – zum Beispiel an Griechenland – garantiert werden?

Wer das Bankkundengeheimnis im Inland verteidigen will, der muss jetzt auch beim AIA mit dem Ausland das eine oder andere Störfeuer zünden – auch wenn es nur darum geht, Zeit zu gewinnen. Dieser Faktor wird über Erfolg oder Misserfolg der Matter-Initiative mitentscheiden.

Kollektivschuld

Von Hubert Mooser — Am Walliser Wesen kann die Schweiz genesen.

Der FC Sion hat am vergangenen Sonntag in Basel zum dreizehnten Mal den Cup-Final für sich entschieden. Gegen den FC Basel, in dessen Heimstadion, und dann erst noch mit 3:0. Das war ein Tag für die Geschichtsbücher. Es war auch eine starke Reaktion auf all die Häme, die nach den Anschuldigungen der US-Justiz gegen korrupte Fifa-Funktionäre und den aus dem Wallis stammenden Präsidenten Sepp Blatter über den ganzen Kanton ausgeschüttet wurde.

Der Walliser Autor Luzius Theler hat es in der *NZZ* treffend beschrieben: Wie in keinem anderen Kanton würden dem Wallis und den Wallisern einzelne Verfehlungen oder Gesetzesverletzungen als Kollektivschuld übergestülpt. Dabei ist noch kein einziger konkreter Beweis zu angeblichen Verfehlungen Blatters erbracht. Aber für viele ist klar: Blatter muss korrupt sein, schliesslich stammt er aus dem Wallis. Natürlich schreibt das niemand so fadengerade hin. Dafür gibt es Umschreibungen, zum Beispiel, er stamme aus dem Sizilien der Schweiz. Das ist weniger heftig, aber alle wissen, was gemeint ist: Mafia-Land. Hat nicht auch der Chefredaktor des *Tages-Anzeigers*, Res Strehle, in einem Leitartikel dem Kanton Wallis mehr oder weniger einen «blühenden Klientelismus» unterstellt, den viele Schweizer leidenschaftlich zu ergründen suchten, um zu verstehen, wie es Blatter an die Spitze des Weltfussballverbands brachte?

Stark, ausdauernd, stur

Selbstverständlich sind Walliser nicht immer pflegeleichte Eidgenossen. Vor sechzig Jahren haben Bauern Tomaten in die Rhone geworfen, Aprikosenproduzenten Stromleitungen gesprengt. Vor einigen Jahren hat eine Clique von Zürcher FDP-*copains* die nationale Fluggesellschaft Swissair in den Ruin getrieben. Ein Zürcher Chefbeamter liess sich für die Erteilung von Bewilligungen im Gastro-Bereich bestechen. Niemand käme aber auf die Idee, dafür den gesamten Kanton Zürich dauerhaft in die kollektive Verantwortung zu nehmen.

Der Schriftsteller Maurice Chappaz pflegte zu sagen, in den Walliser Kampfkühen sei das ganze Wallis enthalten. Die Eringer gelten als robust, stark, ausdauernd, stur und kämpferisch – genau so sehen sich eben auch die Walliser. Diese Eigenschaften haben Sepp Blatter wohl an die Spitze der Fifa gebracht. Und das ist die Mixtur, die dem FC Sion auch einen vierzehnten Cup-Titel eintragen wird.

Personenkontrolle

**Leuthard, Hösli, Huber,
Matter, Weber, Fiala,
Hummler, Derder, Amstutz,
Merkel, Boesch, Eisenegger,
Imhof, Müller, Portmann,
Markwalder, Fluri, Walti**

In hoffnungslosen Fällen hilft auch der dossierfesten Umweltministerin **Doris Leuthard** nur noch kreatives Rechnen, so bei der Debatte über den Global Environment Fund, den die Schweiz wieder mit 148 Millionen Dollar äufnet. Der Glarner Ständerat **Werner Hösli** (SVP) hielt ihr einen Artikel des *Tages-Anzeigers* vor, laut dem in der letzten Periode nur 37 Prozent der Projekte ein befriedigendes Ergebnis erreichten und 21 Prozent ihren Zweck gar nicht erfüllten. Zudem fragte er, weshalb die Schweiz einen weit überproportionalen Beitrag zahle. «Ich lese im Moment in den Zeitungen relativ vieles, was mir ein bisschen Stirnrunzeln verursacht, weil es sehr oft faktisch einfach falsch ist», gab die Bundesrätin zurück. Und dann sagte sie, wie es ist: «Die Schweiz hat eines der höchsten Bruttoinlandsprodukte (BIP) der Welt. Entsprechend zahlen wir eben mehr als Deutschland, obwohl Deutschland zehnmal grösser ist. Deutschland weist ein wesentlich tieferes BIP auf.» Leuthard meinte natürlich das BIP pro Kopf. Es liegt in der Schweiz bei 80 000, in Deutschland bei 51 000 Dollar. Der Beitrag an den Global Environment Fund pro Kopf der Schweizer ist mehr als dreimal so gross wie jener der Deutschen – und zehnmal so gross wie jener der Amerikaner mit einem BIP pro Kopf von 53 000 Dollar. (sär)

Die UBS bringt ihr Schweizer Geschäft in einer neuen Aktiengesellschaft unter. Für den Verwaltungsrat hat sie ein politisches Schwergewicht gewonnen: FDP-Fraktionschefin **Gabi Huber**, die sich im Herbst nicht mehr zur Wahl stellt. Gabi Huber gehört zu den massgeblichen Promotorinnen der Bankgeheimnis-Initiative von **Thomas Matter** in der FDP. An einem Anlass in Bern sprach sich UBS-Präsident **Axel Weber** im Gleichklang mit **Claude-Alain Margelisch** von der Bankiervereinigung gegen die Initiative aus. Ob er denn das Thema mit der neuen UBS-Verwaltungsrätin bereits besprochen habe? «Nein», sagt Weber, er habe zwar mit den neuen Verwaltungsräten Einzelgespräche geführt, «die Initiative war dabei aber nicht Thema.» Gabi Huber stellt auf Anfrage klar: «Selbstverständlich werde ich das Engagement für die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» fortsetzen.» (fsc)

Doris Fiala gibt in der aktuellen Ausgabe der *Schweizerischen Gewerbezeitung* die Anstandsdame. «Auf alles wird verbal eingeschlagen!»,



«Oft faktisch falsch»: Doris Leuthard.

klagt die Zürcher FDP-Nationalrätin. Zwar dürfe man durchaus den «Service public» hinterfragen, wenn man sich aber verbal «in der Gruselecke» vergreife, wie **Konrad Hummler** (ebenfalls FDP), dann sei «fertig mit lustig», ihr werde «ungemütlich und mehr als *gschmuech*». Hummlers Vergehen: Er hatte in der *Sonntagszeitung* – durchaus differenziert – darüber sinniert, ob die SRG eher einer gutartigen, aber unnützen Geschwulst gleichkomme, oder ob sie sich vielmehr auf dem Weg zu einem bösartigen, auswuchernden Tumor befinde. «Gruselecke»? Die Stilkritik kommentiert Hummler auf Anfrage wie folgt: Doris Fiala habe in ihrer «unübertroffenen Einfalt» seine subtilen Abwägungen vermutlich nur unvollständig nachvollzogen. «Lieber haut sie ihren Parteifreund in die Pfanne.» Im Kern sei Fiala Teil des Systems, das sie verteidige. «Denn als Politikerin und PR-Beraterin lebt sie ja davon. Ich nicht», so Hummler. (fsc)

«Offensichtlich verstehen hier drin nicht alle, worum es bei einem Innovationspark geht», belehrte der Waadtländer Freisinnige **Fathi Derder** als Kommissionssprecher den Nationalrat. Vor allem der SVP, die sich gegen einen nationalen Innovationspark aussprach, erklärte er deshalb das Wesen der Innovation. SVP-Fraktionschef **Adrian Amstutz** fragte, ob er schon einmal in seinem Leben an einer Innovation beteiligt gewesen sei. Der Ex-Moderator beim welschen Radio und Fernsehen, dessen Lebenslauf keine weitere Schulausbildung oder Berufserfahrung zielt, verweigerte eine Antwort. (sär)

Der G-7-Gipfel unter Führung der deutschen Kanzlerin **Angela Merkel** hat zwar die «Dekarbonisierung» der Wirtschaft beschlossen, ist aber keinerlei Verpflichtungen eingegangen, um dieses Ziel umzusetzen. Den meisten Medien war das x-te Lippenbekenntnis einer internationalen Organisation zum Klimaschutz nur wenige Zeilen wert. Nicht so den Kollegen von SRF. Die «Tagesschau» eröffnete am Montag gar



Neo-Verwaltungsrätin: Gabi Huber.



«Mehr als *gschmuech*»: Doris Fiala.

mit der Meldung zur «Einigung auf verbindliche Klimaziele». Moderatorin **Cornelia Boesch** verkündete dem staunenden Publikum, der Gipfel habe «konkrete Massnahmen» beschlossen. Der hochgelobte Service public am Leutschenbach muss bedenklich tief gefallen sein, war doch schon die einleitende Schlagzeile falsch: «Höchstens zwei Prozent Erderwärmung» lautete diese – gemeint war wohl: «Höchstens zwei Grad Erderwärmung». (are)

Mark Eisenegger befindet sich auf einer Mission. Der Nachfolger des verstorbenen Medienforschers **Kurt Imhof** an der Uni Zürich möchte die SRG vor der drohenden Niederlage in der RTVG-Abstimmung schützen. Seines Erachtens haben sich die privaten Medien gegen den halbstaatlichen Medienkonzern verschworen und würden es in ihrer Berichterstattung zur Abstimmung versäumen, darauf hinzuweisen, dass sie selbst «handfeste Interessen verfolgen könnten». Sie würden auch ihre «weltanschaulichen Abhängigkeiten» oder «Verbindungen zu politisch-ideologischen Netzwerken» nicht ausreichend thematisieren. Zur Erinnerung: Eisenegger selber hatte vor einigen Wochen in einem NZZ-Artikel die SRG für ihre «über-



Keine Antwort: Fathi Derder.



«Zwei Prozent Erderwärmung»: Cornelia Boesch.



«Handfeste Interessen»: Mark Eisenegger.

durchschnittliche» Qualität gelobt und dabei den Hinweis vergessen, dass er selbst bereits mehrfach Aufträge für die SRG ausgeführt hat. Wie man angesichts dieser Faktenlage auf den Gedanken verfällt, die Berichterstattung sei bei den Gegnern der Vorlage von «ökonomischen Interessen» geleitet, bleibt Eiseneggerts – streng wissenschaftliches – Geheimnis. (fsc)

1,3 Milliarden will der Bundesrat in den nächsten fünf Jahren an Kultursubventionen ausschütten. Die SVP regte im Parlament Kürzungen an – mit gutem Grund, sind doch die Aussichten für die Bundesfinanzen nicht eben rosig. Die Abstimmung, die letzte Woche im Nationalrat über die Bühne ging, offenbarte symptomatische Gräben im Freisinn. Zu einer Kürzung der staatlichen Kulturförderung konnten sich sieben von 29 FDP-Nationalräten durchringen, darunter Fraktionschefin **Gabi Huber**, Parteichef **Philipp Müller** und der Zürcher **Hans-Peter Portmann**. Gegen die Kürzung stimmten 22 FDP-Parlamentarier, darunter **Christa Markwalder**, der Solothurner **Kurt Fluri**, der Zürcher Kantonalpräsident **Beat Walti** und seine Kantons-Landsfrau **Doris Fiala**. Merke: FDP ist nicht gleich FDP. (fsc)

Nachruf



Achtungsstellung am Telefon: Politiker Asis.

Tarik Asis (1936–2015) — Er war die treueste Stimme seines Herrn, des irakischen Diktators Saddam Hussein. So sehr war Aussenminister und Vizeregierungschef Tarik Asis seinem Boss ergeben, dass er selbst bei seinen Telefongesprächen mit Saddam Achtungsstellung angenommen haben soll.

Weil Asis, der Christ, im von Sunniten beherrschten Machtzentrum Bagdads ein Aussenseiter war, fürchtete sich Saddam, der sonst allen misstraute, nicht vor ihm. Deshalb konnte sich der Mann mit den dicken Brillengläsern, dem grauen Schnurrbart und dem silberfarbigen Haar während dreier Jahrzehnte im engen Kreis der Saddam-Vertrauten halten.

Auf Asis konnte sich Saddam stets verlassen. Als der Irak mit dem Westen im Krieg war, war der Zigarrenliebhaber mit seinen guten Englischkenntnissen auf allen Fernsehkanälen als Saddam-Interpret und -Verteidiger präsent. Und als die irakischen Truppen von der amerikanischen Armee bereits aufgegeben waren und Bomben auf Bagdad fielen, behauptete Asis immer noch, dass Saddams Soldaten unbezwingbar seien.

Mit dem Untergang des Despoten war auch Asis' Karriere zu Ende. Er stellte sich den US-Truppen, wurde verurteilt und verbrachte seine letzten Jahre im Gefängnis. In einem seiner letzten Interviews bewies Saddams Chefdiplomat aber noch einmal seine Loyalität zu Saddam, als dieser längst tot war. Der Irak brauche einen Diktator, gab er zu Protokoll. Saddam habe während dreissig Jahren das Land aufgebaut, und jetzt sei es zerstört. Asis starb 79-jährig an einer unheilbaren Krankheit. *Pierre Heumann*



Winnetou? Schauspieler Brice.

Pierre Brice (1929–2015) — Als Anfang der sechziger Jahre der Kraftmeier des deutschen Kinos, Produzent Horst Wendlandt, dem in Brest geborenen Franzosen die Rolle des Apachen-Häuptlings Winnetou aus Karl Mays Western-Saga anbot, reagierte der Angespochene, der in Italien in zahlreichen B-Filmen mitgespielt hatte, völlig verwirrt. Winnetou? Karl May? Was ist das denn? Seine damalige Agentin war es, die ihn überredete – und Pierre Brice wurde nicht nur ein Star im deutschsprachigen Raum, sondern auch eine Symbolfigur deutscher Nachkriegssehnsucht: Freundschaft mit den Völkern dieser Welt. Und keiner eignete sich so wie diese edle Rothaut. Ihre innige Freundschaft mit dem starken weissen Mann prädestinierte sie für diese Funktion.

Der erste der elf Karl-May-Adaptionen, «Der Schatz im Silbersee» (1962), lockte zehn Millionen Deutsche ins Kino, die in dem romantischen Wilden einen Tröster und Vermittler sahen; den Gutmenschen schlechthin. Eine ideale Identifikationsfigur. Anders als in den Edgar-Wallace-Filmen hielt man sich bei Karl May mit dem Humor zurück, und Brice verkörperte perfekt den Typus, der sich ständig zu fragen schien, ob er sich angesichts der Probleme gute Laune leisten darf. Er war ein Wegweiser, eine Art Friedrich Schorlemmer des sehr deutschen Wilden Westens, der in Kroatien lag. Dort ritt er an der Seite seines Blutsbruders und wurde auch noch zum Vorreiter des Italowestern. Der war weniger «edel» und ein Welterfolg. Die Karl-May-Filme dagegen blieben ein deutsches Phänomen. Für Pierre Brice wurde Winnetou zum zweiten Ich. *Wolfram Knorr*

Kunst der Selbstdemontage

Von Beat Gygi — Behörden und Medien machen in der Schweiz bei der Vorverurteilung der Fifa brav mit. Schon im Steuerstreit mit den USA haben sie geholfen, Rechtsstaatlichkeit und Bankgeheimnis im Inland zu demontieren.

Die Schweizer Behörden haben vorletzte Woche der amerikanischen Justiz eine Gefälligkeit erwiesen. Die Verhaftungen ausländischer Fussballfunktionäre des Weltfussballverbands Fifa in einem Zürcher Hotel haben die Schweizer Sicherheitskräfte so durchgezogen, wie es sich die Amerikaner nicht besser hätten wünschen können. Gemeint sind nicht die Polizisten, welche die Festnahmen durchführten, auch nicht der Umstand, dass die Schweiz auf das Ersuchen der USA hin Rechtshilfe geleistet hat. Es geht vielmehr um die Tatsache, dass die Bundesanwaltschaft den Zeitplan offenbar so festlegte und die ganze Aktion auf eine Art und Weise in Szene gesetzt wurde, dass diese eine maximale Show-Wirkung erreichte. Es wäre ja auch möglich gewesen, die Festnahmen kurz nach dem Kongress durchzuführen oder einige Wochen vorher, als die anvisierten Personen ebenfalls in der Schweiz waren.

«Mekka der Korrupten»

Aber nein, der Schweizer Polizeieinsatz, durchgeführt bei Tagesanbruch im Hotel unmittelbar vor der Fifa-Generalversammlung und medienmässig unterstützt durch zwei nach Zürich bestellte Journalisten der *New York Times*, sollte offenbar höchstmögliches Aufsehen erregen. Die Einschaltquoten in Medien und Internet schnellten denn auch in die Höhe, es baute sich eine feindliche Stimmung gegen die Fifa auf, und bald wurden die Begriffe «Verhaftung», «Fifa», «Korruption» und «kriminell» wild vermischt. In den Morgennachrichten befasste sich das Schweizer Radio bereits sorgenvoll mit der Frage, ob die Präsenz des Verbands in Zürich nicht ein Standortrisiko darstelle. Etwas später war auch das hoheitliche Schweizer Fernsehen so weit, dass es seinen Reigen von Sendungen starten konnte, in denen vor allem Gegner der Fifa und Sepp Blatters ihre Vorwürfe und Vorurteile darlegen konnten.

Schweizer Behörden und Medien haben der amerikanischen Justiz geholfen, im Umfeld der Fifa-Generalversammlung ein Treibhausklima der Vorverurteilung zu schaffen und über mehrere Tage hinweg zu pflegen. Das ist aufsehenerregend, denn hierzulande sind bei Strafverfahren bis zur Klärung der Vorwürfe immer noch die Unschuldsvermutung und eine entsprechende Zurückhaltung in der Berichterstattung geboten. Aber das wurde in der Hektik der Verhaftungsaktionen und der Mutmassungen über belastendes Material beim

FBI praktisch ausgeblendet. Vielmehr wurde die Rechtssicherheit untergraben und das Vertrauen in das Land als Standort für internationale Organisationen geschwächt. Die meisten Zeitungen sehen den «Fussballsport im Korruptionssumpf», rasch brachte die *Handelszeitung* eine Übersicht über die Sportverbände in der Schweiz und setzte diese unter den Titel «Mekka der Korrupten».

Sabotage aus politischem Interesse

Woher kommt diese leichtfertige Demontage des Rufes des eigenen Landes? Welche Organisation kann noch sicher sein, dass bei einer Zusammenkunft am Schweizer Hauptsitz nicht plötzlich mit Willkür zu rechnen ist? Das ganze Treiben erweckt den Eindruck, als hätten das Spekulieren über Korruption und Straftaten in allen erdenklichen Zusammenhängen und die Entrüstung darüber das nüchterne Abwägen verdrängt.

Das Erschreckende ist, dass es offenbar umgekehrt ist: Die Demontage ergibt sich für viele gerade aus einem nüchternen Abwägen ihrer eigenen Interessen. Ein Land ist ja nicht einfach eine Einheit, die denken, entscheiden oder handeln kann. Die Politik eines Landes wird durch Regierungsleute, Verwaltung, Parlamentarier, politische Parteien und Interessengruppen geprägt, die alle ihre eigene Agenda verfolgen. In diesem Spiel nehmen die Behörden ihre eigenen Interessen wahr. Die Bundesanwaltschaft etwa, die der amerikanischen Justiz eine Gefälligkeit erwies, sucht seit langem ihren hohen Personalbestand durch Erfolge zu rechtfertigen und könnte davon profitieren, wenn ihre eigenen Ermittlungen gegen die Fifa von einer allgemeinen Stimmung gegen Fussballfunktionäre begleitet werden.

Welche Organisation kann sicher sein, dass am Schweizer Hauptsitz nicht plötzlich mit Willkür zu rechnen ist?

Dennoch ist es erstaunlich, dass die Intervention der Amerikaner hierzulande derart willkommen ist, selbst in linken Kreisen. Dass es eine so grosse Koalition gegen die Fifa gibt, hängt wohl damit zusammen, dass es plötzlich eine Gelegenheit zum Dreinreden und Umverteilen von Geld und Vorteilen auf einem Gebiet gibt, auf dem die Politik bisher noch nicht viel zu sagen hatte. Viele möchten die Selbstregulierung



Willkommene Intervention der Amerikaner:

im Fussballsport ablösen durch eine hoheitliche Regulierung. Die Funktionäre, so der Vorwurf, seien ja nicht willens oder fähig, ihre Geschäfte in einem geordneten Rahmen abzuwickeln. Ein Weltverband, der pro Jahr mehrere Milliarden Dollar aus TV-Übertragungsrechten, Sponsoring und Marketing einnehme, müsse unter strengere Aufsicht genommen werden. Die Sozialdemokraten wollen die Fifa vom Verein zum Konzern machen und fordern, dass Privatbestechung in der Schweiz in jeder Form strafbar werden müsse und nicht nur dann – wie der Ständerat soeben entschieden hat –, wenn öffentliches Interesse tangiert sei. Korruption könne zudem nur wirksam bekämpft werden, wenn man auch das sogenannte Whistleblowing einführe, also Meldemöglichkeiten und Schutz für Informanten, die den Behörden etwas verraten möchten.



Medien-Aufmarsch beim Fifa-Hauptsitz nach Sepp Blatters Rücktrittsankündigung.

Die Aufsicht verstaatlichen und Whistleblowing einrichten – das erinnert an die Stimmung in der Zeit nach dem Aufdecken von Bilanzfälschungen in grossen Konzernen wie der amerikanischen Enron 2001/2002. Die Revisionsfirma von Enron, Arthur Andersen, eine der Big Five der Branche, geriet wegen Fehlern bei der Kontrolle ins Visier des US-Justizapparats, wurde angeklagt, dadurch blockiert und ging unter; ihre Geschäfte wurden dann auf die verbliebenen Konkurrenten aufgeteilt, die zu den Big Four wurden.

Alles an den Staat

Die wichtigste Folge aus diesen Aufräumarbeiten war aber ein Gesetz der US-Politiker Sarbanes und Oxley: Mit der Sarbanes-Oxley Act wurde die bis dahin übliche Selbstregulierung der Revisionsbranche beseitigt und

durch eine staatliche Aufsicht ersetzt – und von einer riesigen Welle neuer Kontrollvorschriften für Firmen begleitet.

Und die Welle ging in die Welt hinaus: Die Amerikaner befahlen, dass alle Unternehmen, die irgendwie mit dem US-Kapitalmarkt in Berührung kommen, unter die gleiche oder eine gleichwertige Kontrolle gelangen müssten. Dies zwang auch die Schweiz, die bis dahin geltende Selbstregulierung der Revisionsbranche durch eine staatliche Aufsicht zu ersetzen – sonst hätte die amerikanische Aufsicht selber die betroffenen Schweizer Prüfer und Konzerne unter die Lupe genommen. Vor allem aber mussten die grösseren Firmen eine ganze Serie neuer Überwachungsmechanismen samt firmeninternem Whistleblowing einrichten, um die Anforderungen der US-Behörden zu erfüllen. Für einen grossen Kon-

zern bedeutete dies rasch einmal Zusatzkosten von Dutzenden von Millionen Dollar pro Jahr. Der Nutzen aus dem riesigen «Sarbox»-Aufwand dagegen ist unklar, abgesehen davon, dass die Prüfungsfirmen mehr denn je zu tun haben.

Noch dramatischer demonstrieren die Amerikaner das Gewicht ihres grossen Marktes – jeder, der ihn berührt, wird US-Regeln unterworfen – und die Macht ihrer Justiz auch bei Handelsboykotten und vor allem beim Verfolgen ihrer Steuerpflichtigen über die ganze Welt, über alle Landesgrenzen hinweg. Alle, die amerikanischen Bürgern beim Vermeiden von Steuern irgendwie helfen, geraten ins Visier der US-Justiz, die dann jedes Druckmittel nutzt, um Geld und Geständnisse herauszupressen. Die Schweizer Banken haben dies in voller Härte zu spüren bekommen, obwohl bisher nur ein einziger Prozess durchgezogen und dieser von den USA verloren wurde: Der UBS-Bankmanager Raoul Weil wurde nach jahrelangen massiven Anstrengungen der Ankläger vor Gericht freigesprochen.

Schweiz mit neuen Genen

Tragisch für die Schweizer Rechtsordnung ist jedoch, dass dieser Freispruch keineswegs das Hauptergebnis der Auseinandersetzung zwischen den zwei Ländern ist. Viel entscheidender ist, dass die Schweiz im jahrelangen Kampf gegen die US-Justiz und -Steuerbehörden das Bankkundengeheimnis Schritt für Schritt aufgegeben hat. Der Bundesrat, vor allem Eveline Widmer-Schlumpf, hat den Kollegen in den USA wenig Widerstand geboten. Das erste grosse Einknicken erfolgte 2009, als der Bundesrat beschloss, zum Schutz der Bank vor einer US-Strafklage Kundendaten der UBS an die Amerikaner zu liefern. Damit hat das Land im Prinzip Kunden verraten, die früher auf die Verlässlichkeit der Schweizer Spielregeln gesetzt hatten.

Heute haben praktisch alle Regierungen inklusive der EU die Möglichkeit, ihre Steuerpflichtigen auch in die Schweiz zu verfolgen; der automatische Informationsaustausch zwischen Staaten bei Steuerfragen öffnet alle Grenzen. Damit hat der Streit mit den USA praktisch die Gene der Schweiz verändert, den Stellenwert der Privatsphäre und der Eigenverantwortung verringert, den Spielraum für hoheitliches Regulieren ausgeweitet. All dies wäre kaum möglich gewesen, hätte es im Inland nicht eine grosse Koalition von Verwaltungsleuten, Bundesrätinnen, Bankiervereinigung, Mitte-links-Politikern, Gewerkschaften und Konsumentenschützern gegeben, die amerikanische Angriffe mehr oder weniger offen für eigene Ziele nutzte. Mit dem Schüren einer negativen Stimmung gegen Banken und das Bankkundengeheimnis haben sie den US-Behörden eine Gefälligkeit erwiesen, die eigentlich fast als versteckte Gegenleistung zu sehen ist. ○

«Müll-Justiz» statt Menschenrechte

Von Alex Baur — Einst setzten die Vereinigten Staaten von Amerika die weltweiten Standards für einen fairen Strafprozess. Heute treiben US-Strafverfolger die Demontage der Bürgerrechte voran. Auch das wird eifrig kopiert, unter anderem von der Schweiz.

Schlage deine Frau jede Woche, besagt ein chinesisches Bonmot, auch wenn du den Grund nicht kennst – sie kennt ihn sicher. Man mag diesen flapsigen Spruch, den hoffentlich niemand ernst nimmt, ironisch, zynisch oder entlarvend finden. Doch das Strafverfahren, welches das amerikanische Justizministerium zusammen mit der Staatsanwaltschaft des Eastern District of New York gegen die «Enterprise Fifa» führt, folgt genau dieser Logik. Und es ist bitterernst gemeint.

Zweifellos gibt es im internationalen Fussball korrupte Funktionäre und Geschäfte, das Phänomen ist widerwärtig und offenbar weitverbreitet; zweifellos gehören diese Täter blossgestellt und nach dem Buchstaben des Gesetzes hart bestraft. Doch das inszenierte Verhaftungsspektakel der US-Justiz und ihrer Schweizer Helfer anlässlich des Fifa-Kongresses in Zürich, welches im Sturz von Sepp Blatter kulminierte, zielte auf maximale Publizität, Vorverurteilung und Prangerwirkung – für Anhänger des Rechtsstaates ein Albtraum (*Weltwoche* Nr. 23/15, «Loretta Lynch-Justiz»).

Wie ist es möglich, fragt man sich, dass sich ausgerechnet die US-Justiz für solche Manöver hergibt. Immerhin begründeten die Vereinigten Staaten mit ihrer Verfassung, der Bill of Rights, und der Gewaltentrennung (*checks and balances*) einst die Bürger- und Menschenrechte, die weltweit bewundert und kopiert wurden. Wenn in zivilisierten Ländern einem

Die Kronzeugenregelung fand in der Schweiz bislang nie eine Mehrheit.

Verhafteten zuerst einmal alle seine Rechte vorgelesen werden (*Miranda warning*), ist das allein den Amerikanern zu verdanken.

Wie kommt es nur, dass ausgerechnet dieses Land heute ebenso für eine rücksichtslose, oft als extrem ungerecht empfundene Wildwestjustiz steht, die sich über rechtliche Grundregeln hinwegsetzt, Menschen erpresst, internationale Normen verhöhnt und selber käuflich ist? Diese Kritik kommt notabene nicht nur aus dem Ausland. *Junk justice* (Müll-Justiz), eine sarkastische Anspielung auf Junkfood (Schnellimbiss), ist in den USA ein geflügelter



Bewundert: Unterzeichnung der Verfassung der Vereinigten Staaten, 1787.

Begriff. Gemeint ist damit eine Billigjustiz, die auf Masse statt Qualität setzt, mit knalligem Schein vom wahren Inhalt ablenkt und den Menschen nicht mehr als Individuum sieht. Um das zu verstehen, muss man ein paar Eigenheiten des US-Systems kennen.

Indictment — Der Begriff wird oft mit Anklage übersetzt, was irreführend ist. Es handelt sich um eine summarische Auflistung unbewiesener Verdächtigungen, die, anders als in Kontinentaleuropa, nicht als Fazit am Ende einer Strafuntersuchung steht, sondern ganz an deren Anfang. Es sind reine Mutmassungen des Staatsanwaltes, die von einer Grand Jury (Geschworenengericht) oder einem Richter in einem rudimentären Vorverfahren unter Ausschluss des Angeschuldigten oder seines Verteidigers auf ihre Plausibilität überprüft werden. Damit soll der Bürger eigentlich vor offenkundig haltlosen Strafuntersuchungen geschützt werden. Wenn, wie im Fall der Fussballfunktionäre, die Verdächtigungen publiziert werden, führt dies zu einer massiven Vorverurteilung – vor allem beim Publikum, welches das US-System nicht kennt.

District attorney — Anders als im Schweizer Strafrecht ist der US-Staatsanwalt keiner rich-

terlichen Objektivität verpflichtet; er ist, auch während der Beweiserhebung, Partei und sucht lediglich nach belastenden Argumenten; entlastende Aspekte sind allein Sache des Verteidigers. Er wird vom Volk gewählt, spektakuläre Fälle dienen ihm oft als Sprungbrett für eine politische Karriere. Der *attorney general* (Bundesanwalt) ist zugleich Justizminister, womit die Regierung einen direkten Einfluss auf Strafverfahren nehmen kann.

Plea bargaining — Rund 95 Prozent der Straffälle werden in den USA heute mit geheimen Verhandlungen zwischen Staatsanwalt und Verteidigung gelöst, die vor der Anklageerhebung erfolgen. Der Deal: Ein Verdächtiger bekennt sich für schuldig und erhält dafür, je nach Beweislage, einen mehr oder weniger saftigen Strafabatt. Der Kuhhandel um Schuld und Strafe, der 1970 wegen notorischer Überlastung der Justiz eingeführt wurde, ist in den USA heiss umstritten, in einigen Staaten wurde er eingeschränkt oder sogar verboten. Denn die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass ein Unschuldiger unter Druck ein falsches Geständnis ablegt, und sei es nur, um einen langwierigen und oft ruinösen öffentlichen Prozess zu verhindern. Die umstrittenen Milliardenbusen gegen Schweizer Banken aus jüngerer Zeit

beruhen fast alle auf einem *plea bargaining*. In der neuen Strafprozessordnung hat auch die Schweiz 2011 mit dem «abgekürzten Verfahren» eine abgemilderte Form des Schuldhandels eingeführt, der allerdings am Ende einer Strafuntersuchung steht.

Turn state's evidence — Die sogenannte Kronzeugenregelung erlaubt es, einen Täter im Extremfall von jeder Strafe zu befreien, wenn er angebliche Mittäter oder Köpfe einer kriminellen Organisation belastet. Wie beim *plea bargaining* ist die Gefahr von Übertreibungen und Falschanschuldigungen eminent. Die Kronzeugenregelung wurde zwar auch in der Schweiz – unter anderem von den notorisch erfolglosen Bundesanwälten Carla Del Ponte und Valentin Roschacher – immer wieder gefordert, fand aber bislang nie eine Mehrheit.

Racketeering: Der Begriff geht auf die Schutzgelderpressungen der Mobster (Mafia-Banden) zurück, die, zeitweise in engem Verbund mit den Teamsters (Transportarbeitergewerkschaften), ein System von subtilen Einschüchterungen, Strassenterror und von systematischer Sabotage entwickelt hatten. Die Flut von koordinierten, im Einzelnen aber zumeist geringfügigen Delikten, die oft nur schwerlich Einzeltätern zuzuordnen sind, überforderte die Justiz heillos. 1970 wurde der Begriff *racketeering* deshalb auf jegliche Form des organisierten Verbrechens ausgeweitet und zum Straftatbestand erhoben (*Rico Act*). Die Schweiz zog 1994 mit dem Tatbestand der «kriminellen Organisation» (Art. 260 StGB) nach. Die Problematik dieses allgemein gefassten Paragraphen liegt in seinem Wesen: Weil das einzelne konkrete Delikt nur noch eine untergeordnete Rolle spielt, kann man ohne saubere Beweisführung alles Mögliche hineinpacken. Ein Beispiel dafür liefert die New Yorker Anklage gegen die vierzehn Fussballfunktionäre, die unter anderem auf *racketeering* «unter dem Schirm des Unternehmens Fifa» lautet – wobei schleierhaft ist, was die Fifa konkret mit den Taten zu tun haben soll.

Erfolgsprinzip — Seit der Aufklärung ist nicht das Resultat eines Deliktes (Erfolg), sondern der Vorsatz des Täters (Verschulden) entscheidend für die Strafe. Weil es eine kollektive Schuld nicht gibt, kann in der Schweiz nur ein Mensch, der vielleicht für eine Firma handelt, jedoch nicht eine Institution an sich strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. In den USA kann eine Firma schuldig gesprochen werden. Entscheidend ist in diesem Fall nur das Resultat, wobei man einfach davon ausgeht, dass das Management die Verantwortung und damit die Gesamtschuld trägt. Das könnte der Fifa zum Verhängnis werden. ○

Bundesrat

Augen zu und durch

Von Hubert Mooser — Bundespräsidentin Sommaruga war schon lange vor dem Amtshilfegesuch über die brisanten Pläne der US-Justiz informiert. Trotzdem hielt sie dicht.



Unglaublicher Eifer: Bundesrätin Sommaruga.

Das Unheil brach am 27. Mai über den Weltfussballverband herein. Morgens in aller Frühe verhafteten Schweizer Polizisten sieben Funktionäre im Hotel «Baur au Lac» in Zürich. Das war der Auftakt zur Fifa-Schmiergeldaffäre, die im Rücktritt von Fifa-General Sepp Blatter gipfelte – gerade fünf Tage nach seiner Wiederwahl. Für die Öffentlichkeit sind die spektakulären Anklagen der US-Justiz bereits ein Schuldspruch.

Die Schweiz sei ein Rechtsstaat, in dem Verdächtige korrekt behandelt und nicht vorverurteilt würden, sagte Aussenminister Didier Burkhalter nach der Polizeiaktion. Das ist für den noch amtierenden Fifa-Präsidenten ein schwacher Trost. Der Schaden ist angerichtet – und dies mit dem eifrigen Zutun der Schweizer Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga. Als Justizministerin autorisierte sie den Zugriff im «Baur au Lac», und mit diesem Entscheid brachte sie die Lawine an Anschuldigungen und Vorverurteilungen erst ins Rollen.

Sommaruga war über die Pläne der Amerikaner schon Wochen vor dem Eintreffen des Amtshilfegesuches informiert. Es sei in solchen Fällen üblich, dass es bereits vor dem Eintreffen des sogenannten Verhaftersuchen Kontakte gebe zwischen den amerikanischen Behörden und dem Bundesamt für Justiz (BJ), teilt ihr Departement auf Anfrage mit. Das Amt habe die

Justizministerin ab Mitte Mai regelmässig über die Entwicklung auf dem Laufenden gehalten. Bei der Exekution der Order aus den USA ging das BJ mit grossem Eifer ans Werk. Die offizielle Anfrage auf Amtshilfe traf am 21. Mai in Bern ein, einen Tag später stellte das BJ die Auslieferungshaftbefehle aus, am 26. Mai am Abend gab die Justizministerin grünes Licht für die Verhaftung der Fifa-Funktionäre.

Alles andere als zwingend

Die Bundespräsidentin hatte offenbar am Vorabend auch Sportminister Ueli Maurer (SVP) informiert. Als die Bundesräte am 27. Mai zur Wochensitzung erschienen, war die spektakuläre Polizeiaktion im «Baur au Lac» längst Hauptthema auf allen Kanälen. Sommaruga eröffnet die Sitzung mit den Worten: «Ihr habt alle mitbekommen, was bei der Fifa los ist.» Sie werde am Ende der Sitzung darüber mehr sagen. Zum ersten Mal berichtete die Bundespräsidentin ihren Ratskollegen über das heikle Amtshilfegesuch der US-Justiz.

Tatsächlich liegt das rechtliche Verfahren in solchen Fällen streng genommen in der Zuständigkeit von Sommarugas Bundesamt für Justiz. Weder die Bundesrätin selber noch der Gesamtbundesrat verfügen bei der internationalen Rechtshilfe über Entscheidungskompetenzen. Dass sich das Bundesamt politische Rückendeckung bei Sommaruga holte, zeigt jedoch, dass man sich der Brisanz der Vorgänge durchaus bewusst war.

Für den Genfer Rechtsanwalt und SVP-Nationalrat Yves Nidegger war der Vollzug der Amtshilfe alles andere als zwingend. Gerade in solchen Fällen verfüge das Bundesamt für Justiz über einen gewissen Ermessensspielraum. Der Zuger Rohstoffhändler Marc Rich wurde jahrelang von der US-Justiz gejagt. Die Schweiz liess ein Rechtshilfegesuch der USA links liegen. Auch als die Italiener von der Schweiz die Verhaftung und Auslieferung von Zigarettenschmuggler Gerardo Cuomo verlangten, rührte das BJ keinen Finger.

Seit rund zwölf Jahren lege die Schweiz bei US-Rechtshilfegesuchen einen unglaublichen Eifer an den Tag, sagt Nidegger. Dabei müsste die Schweiz bei Rechtshilfegesuchen aus den USA besonders wachsam sein, weil sie häufig politisch motiviert sind. Die Gerichte in den USA mögen unparteiisch sein, Strafuntersuchung und Anklage sind in den USA dagegen hochpolitische Instanzen. Das sollte inzwischen auch die Justizministerin gemerkt haben. ○



«Das dürfen wir in unserem Land nicht zulassen»: SVP-Politiker Blocher.

Imperialismus

«Volkssport des Einknickens»

Von Roger Köppel und Beat Gygi — Ex-Justizminister Christoph Blocher über die amerikanische Justiz, das Hinterherlaufen der Bundesbehörden und die Frage, warum die Schweiz so oft nachgibt.

Wie beurteilen Sie die Arbeit der Schweizer Behörden im Fall Fifa?

Die Einzelfälle der verhafteten Personen kenne auch ich nicht. Aber das Ganze macht einen zweifelhaften Eindruck – man will sich aufplustern und gewährt den USA etwas überstürzt Rechtshilfe. Dass die Strafverfolgung in den USA in vielem unseren Rechtsgrundsätzen widerspricht, scheint man aus den Augen zu verlieren.

Die verhafteten Funktionäre wären ja nach dem Kongress ohnehin wieder ausgeweicht. Warum prescht die Schweiz vor?

Das ist ja das Seltsame. Haben die USA zugewartet, bis die Fifa-Funktionäre an einen Kongress in die Schweiz fahren, um dann spektakulär zuzugreifen? Die Schweiz musste jetzt die ganze Arbeit machen, damit die Amerikaner ihr Recht in der Schweiz durchsetzen konnten. Die Schweiz hätte das Rechtshilfebegehren ohne weiteres noch vierzehn Tage prüfen können. Es han-

delte sich ja nicht um Terroristen, die jeden Tag hätten Unheil anrichten können.

Hat die Schweiz nicht massiv zu einer Vorverurteilung von Fifa-Präsident Blatter beigetragen?

Das ist eindeutig. In der Schweiz gilt für nicht rechtmässig Verurteilte die Unschuldsvermutung. Die publikumswirksame Verhaftung – von den USA aus gesteuert – zeigt die Problematik. Es geht den USA auch um eine politische Aktion – man spielt sich auf als Korruptionsbekämpfer, zeigt, dass man auch ausserhalb der USA amerikanisches Recht durchsetzt, und kann damit erst noch die Schweiz als Kongressstandort beschädigen.

Trägt die weltweit ausgreifende US-Justiz imperialistische Züge?

Ich bin ein Freund dieses an sich freiheitlichen, grossartigen Landes USA. Aber die USA dehnen ihre Macht aus, indem sie ihr eigenes Recht auch in anderen Ländern

durchsetzen wollen. Dem muss gerade der neutrale Kleinstaat entgegentreten. Die gezielte Vorverurteilung durch die Strafverfolgungsbehörden, die keine Richter sind, spielt in Amerika eine bewährte Rolle. Das dürfen wir in unserem Land nicht zulassen.

Das amerikanische Antikorruptionsgesetz, die Foreign Corrupt Practices Act, wurde von den USA 1977 erlassen, um der Korruption offizieller Adressaten international einen Riegel zu schieben. Damit haben die USA ihr Strafrecht praktisch über die ganze Welt ausgedehnt und in Brasilien, China und Russland schliesslich entsprechende Gesetze bewirkt. Sind Organisationen wie die Fifa nun quasi die letzten Stationen, die von dieser Befehlsgewalt erfasst werden?

Bis jetzt wurde meines Wissens die Fifa nicht als solche einbezogen und nicht angeklagt, sondern einzelnen Funktionären wird Korruption vorgeworfen. Gemäss Rechtshilfeabkommen kommt Rechtshilfe – hier eine

Auslieferung beschuldigter Funktionäre – nur in Frage, wenn belegt werden kann, dass der Auszuliefernde ein Verbrechen begangen hat, das in beiden Staaten – also in den USA und der Schweiz – als Verbrechen geahndet wird (doppelte Strafbarkeit), und wenn Gewähr dafür geboten wird, dass im entsprechenden Staat – hier also in den USA – ein einwandfreies rechtsstaatliches Gerichtsverfahren gewährleistet ist. Insofern ist die Foreign Corrupt Practices Act für die Schweiz dann kein Problem, wenn sie sich einwandfrei daran hält.

Warum ist die US-Justiz so kräftig?

Die USA dulden ein für unser Rechtsverständnis sehr willkürliches Strafverfolgungsprozedere. Wenn sich ein fremder Staat nicht wehrt, setzen sich amerikanische Beamte im fremden Staat über alles hinweg und tun so, als wäre dies ihr eigenes Territorium. Das hat nichts mit Recht, sondern mit «Weltmachtdenken» zu tun.

Kann man ihrer Gewalt nicht ausweichen?

Meine Erfahrung mit der Terrorbekämpfung hat gezeigt, dass die USA dann, wenn man ihnen rechtsstaatlich entschieden entgegenhält, davon ablassen. Leider lässt man sie zu oft gewähren.

Auf welchen anderen Gebieten ist es für europäische Länder und Firmen sehr schwierig, US-Gesetzen zu entgehen?

Dies ist im Bankenbereich sehr schwierig, wo die USA Banken, welche nur angeklagt und nicht einmal rechtmässig verurteilt sind, stilllegen können, indem sie bei Anklage alle Bankleute weltweit belangen, wenn sie mit der angeklagten Bank Geschäftsbeziehungen unterhalten. Die USA schliessen diese Banken aus dem Clearing aus. Dies ist Willkür, aber soll auf Staatsverträge zurückzuführen sein. Deshalb gilt für alle Staatsverträge: «Drum prüfe, wer sich ewig bindet.»

Im Zuge der Fifa-Verhaftungen wird die Schweiz insgesamt bereits als «Korruptionsnest» bezeichnet.

Diespektakuläre Verhaftung in der Schweiz diente diesem Nebenziel. Wer auf andere zeigt, glaubt oft, damit sich selber zu entlasten. Wer die Schweiz niedermachen will, findet stets ein Argument.

Haben wir nicht zu lasche Antikorruptionsgesetze?

Nein. Aber Korruption gibt es auf der ganzen Welt. Je grösser und unübersichtlicher die Strukturen sind, desto grösser die Gefahr. Uno, EU, Entwicklungshilfe sind die grossen Korruptionssümpfe. Gesundes Misstrauen ist besonders angesehenen Organisationen entgegenzubringen. Die Fifa, die ich nie vergöttert habe, muss selbst für Ordnung sorgen. Uns geht dieser private Verein ja eigentlich nichts an. Uns Bürgern haben angebliche Korruptions-

fälle nicht geschadet. Aber wenn solche strafbaren Handlungen vorliegen, müssen sie verfolgt und bestraft werden. Das ist heute auch in der Schweiz so.

Viele begrüssen das Eingreifen der Amerikaner. Wie schon bei den Banken sei die Schweiz selber nicht in der Lage aufzuräumen.

Diese Reaktion war abzusehen. Wo etwas passiert, kommen die Saubermänner, die Regulierer, Moralapostel, Gutmenschen und Heuchler und wollen mehr Staat, mehr Strafen. Wer dagegenhält, wird als «Korruptionsverteidiger» angeprangert. Aus dem Geschäftsleben weiss ich: Nirgends ist die Korruption grösser als in den Staatshandelsländern. Die Angriffe der EU und der USA im Steuer- und Bankenbereich sind in erster Linie dazu da, Wettbewerbsvorteile auszuschalten. Die Schweiz sollte sich dies nicht gefallen lassen.

Warum unternimmt die Schweiz so wenig, um die Durchgriffe von aussen zurückzuweisen?

Weil die Verantwortlichen zu schwach sind. Wo man beginnt, die Schweiz aufzugeben, scherbelt es. Wer nicht zur Schweiz steht,

«Wenn sich ein fremder Staat nicht wehrt, tun sie so, als wäre es ihr eigenes Territorium.»

kann das Land auch nicht mehr glaubwürdig verteidigen.

Sie haben mit Blick auf den Bundesrat vom «Volkssport des Einknickens» gesprochen. Was ist der tiefere Grund?

Der jetzige Bundesrat weiss nicht, dass in der Schweizer Geschichte der Druck auf die Eidgenossenschaft von aussen keine Ausnahme, sondern den Normalfall darstellte. Dem Druck hat man zu widerstehen und nicht in erster Linie nachzugeben. Heute gilt in Bundesbern das Gegenteil – vor allem gegenüber der EU und den USA. Man schämt sich, die Schweiz zu verteidigen, weil man letztlich in die EU will und weil man das elitäre Tun der Grossen mehr achtet als den Willen des eigenen Volkes. Dahinter stehen auch Machtinteressen der Classe politique.

Ist das eine neue Erscheinung?

Leider hat es das – vor allem in guten Zeiten – immer wieder gegeben. Es gibt natürlich auch Fälle, wo ein gewisses Entgegenkommen im Interesse der Schweiz ist. Aber dieses vorausseilende, prinzipielle Nachgeben ist meines Erachtens ohne Vergleich.

Wann und warum hat Ihrer Ansicht nach die «Schweiz-Müdigkeit» in führenden Kreisen der Schweiz begonnen?

In den achtziger Jahren. Ein blinder Globalisierungswahn und vor allem die weltfremde Friedenseuphorie nach dem Kalten Krieg standen am Beginn. Das blinde Streben nach

Grösse, Macht, die unkritische Beurteilung der menschlichen Bosheit – auch der eigenen – haben dazu geführt.

Sie haben ja die alte bürgerlich-liberale Schweiz mit einer starken FDP noch erlebt. Heute geben in Bern die Linken den Ton an. Warum ist es dazu gekommen?

Weil CVP und FDP in den vergangenen Jahren massiv nach links gerutscht sind und sich von den bürgerlich-liberalen Politikern abgewendet haben. Links ist stets internationalistisch für mehr Staat und weniger Freiheit. Links war damals auch ein gesellschaftlicher Trend. Doch der Trend beginnt sich zu kehren – unten in der Bevölkerung. Solide Werte sind wieder gefragt.

Uns hat kürzlich ein Schweizer Unternehmer gesagt, es habe ja keinen Sinn mehr abzustimmen. Glasklare Volksentscheide zur Ausschaffung oder zur Masseneinwanderung würden in Bern ja ohnehin nicht umgesetzt. Was sagen Sie diesem Enttäuschten?

Solche Regungen sind leider weitverbreitet und mit ein Grund für die geringe Stimmbeteiligung. Ich rufe die Bürger auf, jetzt – bei den Wahlen – unbedingt an die Urne zu gehen und die SVP-Liste zu wählen. Es braucht Personen, die gewillt sind, die Masseneinwanderung, den gigantischen Asylmissbrauch, die Ausschaltung des Volkswillens zu bekämpfen und den Volkswillen durchzusetzen. Es nützt nichts, an der Urne Recht zu setzen, das Politiker dann nicht durchsetzen.

Der VR-Präsident eines bedeutenden Schweizer Unternehmens sagte, die Zeit sei vorbei, in der sich die Schweiz durch andere gesetzliche Rahmenbedingungen – zum Beispiel das Bankgeheimnis – von anderen Ländern abheben könne. Alles werde gleicher. Teilen Sie diese Einschätzung?

Nur zum Teil. Es gibt Dinge, die eine Gleichheit zweckmässig machen. Immer das gleiche Beispiel: Dass wir die Autobahnen international gleich beschriften, ist eine sinnvolle Harmonisierung. Aber die Abschaffung der direkten Demokratie verlangt keine notwendige rechtliche Harmonisierung. Es gilt gerade das Gegenteil, wir müssen für bessere und nicht für gleiche Rahmenbedingungen kämpfen. Aber man muss den Mut haben, anders sein zu wollen.

Wird sich die Schweiz auflösen wie ein Stück Zucker im Tee?

Nur, wenn wir nicht aufpassen. Wenn aber genügend Gegenkräfte vorhanden sind, bleibt die Schweiz die Schweiz. Ich bin zuversichtlich.

Es kommt gut?

Es kommt auf jeden Fall gut. «Siehe, die Erde ist nicht verdammt.» All die Luftschlösser der letzten Jahre lösen sich in Luft auf. Aber Karl Barth sagte: «Der liebe Gott kann warten.» Die Schweiz wird vernünftiger oder – wenn Sie wollen – wertkonservativer. ○

Wir haben gelernt, uns gegen Grosse zu behaupten

Von Elisabeth Kopp — Die Schweiz kann sich auch gegenüber den übermächtigen USA behaupten, wenn sie nur will. Ein Beispiel dafür liefert der Fall des Rohstoffhändlers Marc Rich, den die Amerikaner 1985 sogar aus der Schweiz entführen wollten. Doch der Bundesrat liess sich damals nicht erpressen.

In den siebziger Jahren wurde der spanisch-israelische Rohstoffhändler Marc Rich in den USA der Steuerhinterziehung verdächtigt. Damit nicht genug: Ihm wurde zu Kenntnis gebracht, dass eine Klage wegen organisierten Verbrechens in Vorbereitung war. Das war äusserst gefährlich, denn dieses Delikt wurde in den USA mit drakonischen Strafen belegt. Kurzentschlossen verliess Rich das Land im Juni 1983 und siedelte sich mit seiner Familie am Zugersee an.

Die Amerikaner verlangten darauf von Rich die Herausgabe seiner Akten. Als er sich weigerte, verhängten sie eine Beugebusse von 50 000 Dollar pro Tag, beginnend ab Ende Juni 1983. Die Reaktion der Schweiz war ungewöhnlich deutlich, sah sie darin doch eine Verletzung der Souveränität. Völlig zu Recht: Es darf nicht sein, dass ein fremder Staat über einen in der Schweiz wohnenden und tätigen Bürger Strafen verhängt und Urteile vollzieht.

Nachdem Marc Rich beziehungsweise seine Firma bereits 200 000 Dokumente an die USA ausgeliefert hatte, traten Beamte der schweizerischen Bundespolizei auf den Plan. Sie beschlagnahmten kurzerhand die noch vorhandenen Akten und verwahrten diese in der Bundesanwaltschaft. Sie beriefen sich dabei auf Art. 273 StGB, der wirtschaftlichen Nachrichtendienst unter Strafe stellt. Dem US-Aussenminister teilte der Bundesrat mit, dass die Marc Rich & Co. AG nicht mehr in der Lage sei, irgendwelche Dokumente auszuliefern, und verwies die Amerikaner auf den Rechtsweg. Wenn sie etwas wollten, mussten sie sich an die Gesetze halten und ein internationales Rechtshilfegesuch stellen.

Es kam noch schlimmer: Die Amerikaner beschlossen, Rich zu entführen. Der Plan misslang: Als zwei als Zivilisten verkleidete amerikanische Polizisten das Bürogebäude von Rich und seinen Gesellschaften unter die Lupe nahmen, wurden sie von zwei Schweizer Polizisten gestellt und umgehend des Landes verwiesen.

Dieser Vorfall brachte das Fass zum Überlaufen. Ich orientierte den Bundesrat und sandte mit seinem Einverständnis zwei meiner besten Mitarbeiter nach Washington mit dem Auftrag, von den Amerikanern in einer geeigneten Form die Zusicherung zu erhalten, künftig den Rechtsweg zu respektieren. Nach einer Woche kamen sie unverrichteter Dinge zurück. Ihre Message war klar: «Frau Bundesrätin, wenn Sie das wollen, müssen Sie selber nach Washington gehen.» Ich beschloss umgehend, das zu tun.



«Charming young lady»: US-Präsident Reagan und Schweizer Justizministerin Kopp, 1987.

Meine Empörung über das Vorgehen der Amerikaner war gross, umso mehr, als die Schweiz die Interessen der USA nicht nur in Kuba, sondern auch in Teheran vertrat. Natürlich war unser Land ein kleines Land, aber es war ein souveräner Staat, der sich im Laufe seiner Geschichte immer wieder gegen weit mächtigere Staaten behaupten musste.

Ein wenig pochte mein Herz schon, als ich das Flugzeug in Richtung Washington bestieg. Doch ich war fest entschlossen, alles zu tun, um meine Mission erfolgreich zu erfüllen. Mein Verhandlungspartner war der amerikanische Justizminister Ed Meese. Dass er kein Wort Deutsch sprach, war mir von unserer ersten Begegnung in Berlin her bekannt. Die Verhandlungssprache würde also Englisch sein.

Die Verhandlungen, bei denen ich deutlich zum Ausdruck brachte, dass das Vorgehen der Amerikaner in schwerwiegender Weise gegen internationales Recht verstosse, waren hart und zäh, doch brachten sie das erwünschte Ergebnis:

Wir unterzeichneten ein Memorandum of Understanding (MoU), mit dem sich die USA grundsätzlich verpflichteten, künftig den Rechtsweg zu beschreiten. Natürlich wollten sie ein Zückerchen. Dieses bestand im Zugeständnis, im Schweizerischen Strafgesetzbuch eine Strafnorm gegen Insidergeschäfte zu schaffen. Ich liess mir das Zugeständnis abringen – und es tat mir nicht weh, da eine solche Strafnorm ohnehin auf meiner To-do-Liste stand.

Nach der Unterzeichnung fand eine Pressekonferenz statt. Ich legte dar, was das MoU beinhaltete. Doch das schien die Journalisten wenig zu interessieren. Kaum war die Diskussion eröffnet, gingen sie auf das schweizerische Bankgeheimnis los, mit dem deutlichen Unterton, wir würden damit Kriminelle unterstützen. Ich widerlegte dies mit Argumenten, erklärte den geschichtlichen Hintergrund. Doch die Meinungen waren festgefahren. Als ich nach meiner Rückkehr den Bundesrat über die Verhandlungen orientierte, wies ich darauf hin,

dass das Bankgeheimnis wohl nicht für immer eine heilige Kuh bleiben würde.

Ein emotionaler Höhepunkt dieser Reise für mich war, dass ich vom damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan im Oval Office empfangen wurde. Reagan empfing mich herzlich und war orientiert über den Anlass meiner Reise. Ganz offensichtlich war er auch neugierig, zu erfahren, was das für ein weibliches Wesen war, das da plötzlich in der schweizerischen Landesregierung sass – immerhin in einem Land, das bis vor kurzem nicht einmal das Frauenstimmrecht kannte. In seinen Memoiren schrieb er von einer «charming young lady».

Am Tage meiner Abreise schneite es. Der Flug nach New York wurde abgesagt, und das Auto des Botschafters hatte keine Chance. So wurde

Ein wenig pochte mein Herz schon, als ich das Flugzeug in Richtung Washington bestieg.

Ich mit einem Feuerwehrauto zum Bahnhof gebracht. Kaum zurück in der Schweiz, wurde ich für einen Vortrag vor der Swiss American Society erwartet. Der Kampf ging weiter. Der Anwalt der Schweizer Botschaft in den USA riet dem damaligen Staatsanwalt Rudolph Giuliani – sein Kampf gegen Marc Rich war das Fundament seiner späteren politischen Karriere –, ein Auslieferungsgesuch zu stellen, weil das der einfachste und schnellste Weg sei, um Richs habhaft zu werden. Von 250 bisherigen Gesuchen seien 248 umgehend erledigt worden.

Doch Giuliani wollte sein eigenes Süppchen kochen. Er verfasste zwar eine Anklageschrift, aber nicht für eine gerichtliche Auseinandersetzung. Stattdessen berief er eine Pressekonferenz ein und zitierte darauf den Journalisten aus der Anklageschrift die wichtigsten Vorwürfe gegen Rich und seine Gesellschaften: Steuerhinterziehung in Millionenhöhe und, noch schlimmer, Handel mit dem Feind.

Dieser schwerwiegende Vorwurf beruhte darauf, dass Rich mit dem Iran Handel trieb – während der Iran 53 Amerikaner in der Botschaft als Geiseln gefangen hielt. Die USA brachen darauf die diplomatischen Beziehungen mit dem Iran ab und verhängten ein Handelsembargo. Rich wurde zum Landesverräter gestempelt, die Wogen der Empörung gingen hoch. Giulianis Rechnung ging auf: Er stand dank dem «Fall Rich» im Mittelpunkt des amerikanischen Interesses und galt als leuchtendes Beispiel eines unerschrockenen Kämpfers für das Recht.

Ich kannte Marc Rich nicht. Es ging mir auch nicht um seine Person, sondern darum, dass unserem Land der ihm gebührende Respekt erwiesen würde. In der Zwischenzeit ist das MoU wohl in einer dunklen Schublade versunken.

Elisabeth Kopp war die erste Schweizer Bundesrätin und Justizministerin von 1984 bis 1989.

Kriminalität

Mit dem Vorschlaghammer

Von Florian Schwab — Derzeit wird das Land als «Mekka der Korruption» apostrophiert. Was ist daran? Sollte Privatkorruption ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden?

Fifa-Präsident Sepp Blatter eignet sich momentan gut als Projektionsfläche für Mafia-Fantasien. Aussagen wie «Ich vergebe, aber ich vergesse nicht» spielen nicht nur dem deutschen Nachrichtenmagazin *Spiegel* in die Hände, das den Walliser auf der Titelseite als korrupt bezeichnet. Die *Handelszeitung* aus Zürich, die sonst den Anspruch erhebt, ein ernstzunehmendes Wirtschaftsblatt zu sein, sieht gar das ganze Land als «Mekka der Korruption». Auch die Bundesanwaltschaft ermittelt im Umfeld der Fifa. Auch hier: Korruption, Korruption, Korruption.

Ins Bild der Schweiz als korruptes Land passt, dass der Ständerat sich letzte Woche quergestellt hat, als er dazu aufgefordert war, die sogenannte Privatkorruption vom Wettbewerbsrecht als Officialdelikt ins Strafgesetzbuch zu transferieren. «Ständerat kneift», tadelte der *Blick*. Aber ist es wirklich so schlimm, dass sich der Ständerat nicht vollends von dem allgemeinen Jagdfieber anstecken liess?

Zunächst: Auch in der Schweiz sind Bestechung und Bestechlichkeit strafbar. Der Straftatbestand wurde in den letzten fünfzehn Jahren sogar ausgeweitet. Bis ins Jahr 2000 erfasste er nur die Bestechung öffentlicher Angestellter in der Schweiz. Danach kamen zuerst ausländische Beamte dazu, und ab 2008 wurden Taten erfasst, die einen Bezug zur Schweiz haben, indem sie beispielsweise auf Schweizer Territorium stattfinden oder wenn einer der Beteiligten irgendwo auf der Welt Schweizer ist. Wichtig ist, dass stets ein öffentlicher Angestellter involviert ist – die Allgemeinheit muss also durch die Bestechung Schaden nehmen. Wie einem jeder Staatsanwalt bestätigt, gibt es nach diesen Definitionen in der Schweiz wenige Verfahren wegen Korruption. Das Land ist also, nach eigener Rechtsauffassung, nicht korrupt.

Wie sieht es nun bei der Bestechung zwischen Privaten aus, die eher ins Fifa-Reich zu passen scheint? Diese wird seit 2010 im Wettbewerbsgesetz sanktioniert, und der Ständerat hat jüngst abgelehnt, auch daraus einen von Amts wegen zu verfolgenden Straftatbestand zu machen. Das wichtigste Argument gegen die Privatkorruption als Officialdelikt ist, dass der Staat (und der Staatsanwalt) sich nur zurückhaltend in die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Privaten einschalten sollte. Weil der Staat hoheitlich handelt und Zwang anwendet, ist er verpflichtet, alle Bürger gleich zu behandeln. Anders Private: Sie können einander zu



Liess sich nicht vom Jagdfieber anstecken: Ständerat.

nichts zwingen und sind somit auch nicht verpflichtet, alle gleich zu behandeln. Will man wirklich jedem, der sich irgendwie benachteiligt fühlt, den Vorschlaghammer des Strafgesetzbuchs in die Hand geben? Die Abgrenzungsfragen, was als Bestechung zu ahnden ist, führen vom Hundertsten ins Tausendste: Darf man einen Geschäftspartner nicht mehr für mehr als dreissig Dollar zum Essen einladen (inklusive Wein), wie dies US-Unternehmen teilweise vorschreiben? Kommt die Anstellung Bekannter oder Verwandter automatisch in den Ruch der Korruption? Besticht der Arbeitgeber, der das schönere Weihnachtessen oder das schönere Dienstaltersgeschenk ausgibt, seine Angestellten?

In Ländern mit einer liberalen Verfassungsordnung ist man aus gutem Grund eher zurückhaltend mit der Ausweitung des Korruptionsbegriffs auf die Privatsphäre. Selbst in den USA ist die Privatbestechung kein Straftatbestand. Wohlweislich vermeidet es das US-Justizdepartement, die festgenommenen Fussballfunktionäre der Korruption (*bribery*) anzuklagen, wie der *Economist* in seiner jüngsten Ausgabe schreibt. Stattdessen bemühen die US-Staatsanwälte das Gesetz über *Racketeer Influenced and Corrupt Organizations (Rico)*, das ursprünglich zum Kampf gegen die Mafia eingeführt wurde.

Unter Generalverdacht

Von Thomas Renggli — Wir werden global verurteilt, die Medienschelte übertönt alles. Aber es gibt noch eine andere Sicht. Dies ist mein Augenzeugenbericht aus dem angeblichen Hauptquartier des Bösen.



«So einen Room-Service bietet sonst kein Zürcher Hotel»: Verhaftung von Fifa-Funktionären im «Baur au Lac» in Zürich, 27. Mai.

Ich gebe es zu. Und ich bin stolz darauf: Ich arbeite bei der Fifa – ja, noch viel schlimmer: im Vorzimmer des Präsidenten Joseph S. Blatter, der Inkarnation des Bösen, des zum Menschen gewordenen Abbilds aller dunklen Mächte westlich von Wladiwostok und nördlich von Auckland. Neben der globalen Vorverurteilung und kollektiven Medienschelte gibt es aber noch eine andere Sicht der Dinge.

Am Hauptsitz der Fifa, wo 450 Mitarbeiter, davon rund 50 Prozent Frauen, aus 40 Ländern ihrem Job nachgehen, werden die Ereignisse der vergangenen Wochen und die Rolle des Präsidenten etwas differenzierter wahrgenommen. Dies ist mein unzensurierter Augenzeugenbericht aus dem Fifa-Innern.

Dienstag, 26. Mai. Noch drei Tage bis zum Wahlkongress. Seit vergangenem Sonntag wird das Hallenstadion zur Bühne des Weltfußballs hergerichtet. In Zürich treffen die rund 700 De-

legierten aus den 209 Nationalverbänden ein. Daneben werden 400 Journalisten und 250 Teilnehmer an der medizinischen Konferenz sowie 450 Kommissionsmitglieder und Gäste erwartet – insgesamt also rund 1800 Kongressbesucher. Die 5000 Hotelübernachtungen bescherten dem Zürcher Tourismus Mehreinnahmen von rund 2,5 Millionen Franken. Wie immer in Kongress- oder Sitzungswochen wird von allen Fifa-Angestellten das Tragen der Uniform und des persönlichen Mitarbeiterausweises verlangt. Spätester Arbeitsbeginn ist (anstatt um 9 Uhr) um 8 Uhr. Präsident Blatter tritt seinen Arbeitstag (wie immer) um 7 Uhr an. Den Weg vom zweiten Untergeschoss der Parkgarage in sein Büro legt er zu Fuss zurück. In der Empfangshalle macht er halt, um den Portier zu begrüßen. Auch jedem Mitglied der Reinigungcrew reicht er die Hand und wünscht einen schönen Tag. Beim höchsten Fussballer ist eine angespannte Vorfreude auszumachen.

Die Fifa-Angestellten sind sich ziemlich sicher, dass Blatter die Wahl gewinnen wird. Trotzdem diskutiert man das «Schadenszenario». Mindestens für die neun Mitglieder des sogenannten Executive Office of the President hätte eine Wachtablösung unmissverständliche Konsequenzen: Wir wären am Samstagmorgen unsere Jobs los – und erhielten im besten Fall noch Zeit, um unsere Schreibtische zu räumen.

Mittwoch, 27. Mai. Polizeieinsatz im Morgenrauen. Im «Baur au Lac» holt die Bundesanwaltschaft um 6 Uhr sieben hohe Fifa-Funktionäre vom Bett direkt in die Untersuchungshaft. Die Reporter der *New York Times* sind bereits vor Ort und lösen einen solchen Mediensturm aus, dass die Fifa noch vor Sonnenaufgang (in der Schweiz) zum Öffentlichkeitsthema Nummer eins wird. Im Home of Fifa schlägt die Meldung ein wie der sprichwörtliche Blitz aus heiterem Himmel. Ich erfahre die Nachricht im 7:30-Uhr-

Bulletin von SRF 3. Die Fifa-Angestellten schwanken zwischen totaler Verblüffung, Konsternation und Sarkasmus: «So einen Room-Service bietet sonst kein Zürcher Hotel», sagt eine Kollegin. Weil Präsident Blatter frühmorgens einen Termin ausser Haus hat und später als gewöhnlich im Büro erscheint, verbreiten sich die wildesten Gerüchte. Doch schon bald ist auf den Internetportalen zu lesen: «Weder Präsident Blatter noch Generalsekretär Valcke befinden sich unter den Verhafteten.»

Kurz vor Mittag stellt sich Fifa-Kommunikationsdirektor Walter De Gregorio alleine den Weltmedien. In den hintersten Reihen des Auditoriums – in sicherer Distanz zu den Medienschaffenden und ohne die beschrifteten Uniformblazer – nehmen einige Fifa-Mitarbeiter Platz. Die Situation erinnert an die Fernsehshow «1 gegen 100». De Gregorio weist darauf hin, dass die Fifa am 18. November 2014 selber bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige eingereicht habe. Im laufenden Verfahren sei sie die Geschädigte. De Gregorio erklärt: «Das ist ein guter Tag, weil der Reformprozess weitergeht.» Derweil sitzt Sepp Blatter an seinem Schreibtisch und führt die Vorbereitungen auf den Kongress unbeirrt fort. Er wirkt ruhig, kann aber nicht verbergen, dass die Ereignisse auch ihm zu schaffen machen. In den vierzig Jahren beim Weltverband hat er vieles erlebt, eine solche orchestrierte und inszenierte Aktion der Behörden aber noch nie. Ich persönlich schwanke zwischen Verwunderung und Bewunderung – Verwunderung, weil das «Drehbuch» der Aktion selbst für einen amerikanischen Agententhriller aus dem Kalten Krieg zu haarsträubend gewesen wäre, Bewunderung, weil Sepp Blatter funktioniert, als wäre nichts gewesen. In diesem Moment erinnere ich mich an die Worte seines älteren Bruders Peter: «Wenn es besonders hart wird, ist Sepp am stärksten.»

Donnerstag, 28. Mai. Die Fernsehcrews, Fotografen und Reporter bringen sich vor dem Home of Fifa in Position. Für die nächsten zehn Tage erinnert der Menschaufmarsch an eine Belagerung. Jedes Auto, das in die Tiefgarage fährt, jeder Angestellte, der das elektronische Sicherheitsschloss öffnet, steht unter Generalverdacht und gerät in den Fokus der Kameras. Die Filmequipen legen sich teilweise im benachbarten Wald auf die Lauer oder verstecken sich in Büschen. Viel mehr als Rehe und Füchse bekommen sie dort allerdings nicht vor die Kamera. Freiwild sind dagegen die Fifa-Mitarbeiter in ihren Uniformen. Präsident Blatter wird erstmals in der Schweiz ein Bodyguard zur Seite gestellt. Ab sofort betritt der Präsident den Hauptsitz durch den Hintereingang.

Am Nachmittag lädt Uefa-Präsident Michel Platini im Glattpark zur Medienkonferenz. Wer von der Fifa zuhört, fühlt sich wie im falschen Film. Der ehemalige Star tritt auf wie ein Halbwüchsiger, der den letzten Coiffeurtermin

verpasst hat: Er macht Blatter für alles Unheil dieser Welt verantwortlich – auf und neben dem Fussballplatz. Hätte Platini mehr Redezeit gehabt, er hätte Blatter vermutlich auch die Schuld an der globalen Klimaerwärmung, dem Bevölkerungswachstum in Afrika und dem kränkelnden Euro gegeben.

Freitag, 29. Mai. D-Day. Der Kongress verläuft nicht ohne Nebengeräusche. Am Morgen stürmen zwei palästinensische Aktivistinnen in Richtung Hallenstadionbühne. Blatter ruft «Security» ins Mikrophon. Die Demonstrantinnen werden abgeführt. Um elf Uhr geht beim *Tages-Anzeiger* eine Bombendrohung ein. Auf Intervention von Kommunikationschef De Gregorio bleibt die Meldung unter Verschluss. Die Mittagspause wird vorgezogen. Während die Kongressteilnehmer Rindgeschnetzeltes mit Risotto essen, durchsucht die Polizei mit Spürhunden das ganze Hallenstadion. Beruhigendes Fazit: Fehlalarm.

Trotzdem bleibt die Stimmung explosiv. Der Präsident des palästinensischen Fussballverbandes, Dschibril ar-Radschub, zieht den Antrag, den israelischen Verband auszuschliessen, nach einer diplomatischen Intervention von Sepp Blatter überraschend zurück. Er macht das Entgegenkommen aber von einer Appellation der Fifa an die Uno abhängig und fordert eine Kommission, die sich des Konfliktes annimmt. Nachdem sich der israelische Verbandspräsident Ofer Eini vehement gegen eine Vermischung von Politik und Sport gewehrt und seinem palästinensischen Amts-«Kollegen» ar-Radschub den Handschlag verweigert hat, droht die Situation zu eskalieren. Nun beweist Blatter sein grosses diplomatisches Gespür und strategisches Fingerspitzengefühl. Unter den



«1 gegen 100»: Kommunikationschef De Gregorio.

Augen der Weltöffentlichkeit nimmt er die zerstrittenen Parteien in die Pflicht. Keiner will daraufhin der Spielverderber sein. Palästinenser und Israeli einigen sich auf einen Kompromiss und reichen die Hand. Als Präsident der Kommission schlägt Blatter den südafrikanischen Friedensaktivisten und Mandela-Freund Tokyo Sexwale vor.

Auch die Wahl wird zum Krimi – aufgrund des protokollarisch vorgegebenen Prozederes zu einem Krimi in Zeitlupe. Das rund einstündige Auszählen führt zu einem klaren, aber trotzdem ernüchternden Resultat: Zwar siegte Blatter gegen den jordanischen Prinzen Ali 133 : 73 – aber die für einen Sieg im ersten Wahlgang erforderliche Zweidrittelmehrheit verpasst er um sieben Stimmen. Doch Prinz Ali hisst die weisse Flagge und gibt seinen Rückzug bekannt. Sepp Blatter ist zum fünften Mal Fifa-Präsident. In seiner Dankesrede sagt er: «Wir bringen den Sport zurück zu den Leuten – Gott wird uns dabei helfen. *Let's go Fifa!*»

Hinter den Kulissen ist die Erleichterung förmlich greifbar. Das ganz grosse Triumphgefühl will aber nicht aufkommen. Einerseits spielte der jordanische Gegner ein paar Ligen tiefer, andererseits sind die Ereignisse vom Mittwoch noch nicht vergessen. Das nahende Unheil sieht aber niemand kommen. Lebenspartnerin Linda Gabrielian ist die erste Gratulantin bei Blatter. Schnell fallen auch Tochter Corinne, Enkelin Selena und Schwiegersohn Dominik dem neuen alten Fifa-Präsidenten um den Hals. Für die Tochter ist es die fünfte Wahl: «Das war die dreckigste, weil so stark auf die Person gespielt wurde. So verletzend angegriffen gab es noch nie.» Etwas im Hintergrund freuen sich Blatters Brüder Marco und Peter. Auch die fröhliche Walliser Delegation aus Ulrichen und Visp jubelt, hebt die Fendant-Gläser und scherzt: «Dieser Prinz aus Jordanien hat so wenig Ausstrahlung und Charisma, dass er es nicht mal in den Gemeinderat von Visp schaffen würde.»

Samstag, 30. Mai. Am Morgen nach dem Wahlsieg stellt sich Blatter den Medien. Speziell von englischer und deutscher Seite wird er mit kritischen Fragen torpediert. Doch er bleibt gelassen und geht – angesprochen auf die Uefa und deren Präsidenten Michel Platini – in die Gegenoffensive: «Ich verzeihe jedem, aber ich vergesse nicht.» Bezüglich korrupter Mitglieder im Fifa-Exekutivkomitee gibt Blatter zu bedenken, dass er keinen Einfluss habe auf die Zusammenstellung des Gremiums. «Die Konföderationen bestimmen ihre Leute und schicken sie dann zu mir.» Die Fifa-Belegschaft ist grösstenteils erleichtert. Mit der Bestätigung des Chefs sind die Unsicherheiten aus der Welt und die meisten Jobs mittelfristig gesichert.

Trotzdem bleiben Fragen im Raum – ausgelöst durch die Reaktionen der europäischen Verbände. Dass der Graben zwischen dem Weltverband und seiner mächtigsten und reichsten

Konföderation noch tiefer geworden ist, wird bei der ersten Sitzung des neuen Exekutivkomitees deutlich. Der Engländer David Gill erklärt nach Blatters Wiederwahl seinen Rücktritt aus dem Komitee – womöglich auf politischen Druck, nachdem der britische Premierminister David Cameron zuvor ebenfalls den Rücktritt von Blatter gefordert hatte. Fakt ist: Blatter hat die Fifa von einem europäischen «Verein» zum Weltfussballverband gemacht; nicht alle Europäer sehen dies gerne.

Montag, 1. Juni. Drei Tage nach seiner Bestätigung als Fifa-Präsident spricht Sepp Blatter im Fifa-Auditorium zu den Mitarbeitern. Rückblickend kann man seine Worte schon fast als Prophezeiung deuten: «Die Menschen mögen den Fussball. Aber sie mögen nicht alles, was mit Fussball zu tun hat. Werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Sie haben alle den Sturm erlebt, der zwei Tage vor dem Kongress ausgebrochen ist. Das war schockierend für alle Beteiligten. Meine Sorge gilt Ihnen als unsere Mitarbeiter. Denn Sie werden von diesen Ereignissen berührt – ohne dass sie damit etwas zu tun hätten. Wir sind als Organisation der Fifa gross geworden – für Aussenstehende vielleicht zu gross. Doch das Ziel dieser Angriffe bin ich. Wir müssen uns verteidigen. Und ich muss uns verteidigen – zusammen mit dem Management, dem Generalsekretär und dem ganzen Fifa-Team. Es sind die Konföderationen, die die Mitglieder des Fifa-Exekutivkomitees stellen, nicht die Fifa – oder ich als Präsident. Die nationalen Verbände wählen die Mitglieder der Fifa-Exekutive an den Kongressen der Konföderationen. So kann ich als Fifa-Präsident nicht für alles verantwortlich gemacht werden, was in diesen Gremien passiert.»

Dienstag, 2. Juni. Der Tag, der alles auf den Kopf stellt. Aus den USA dringen erste Resultate der Untersuchungsbehörden an die Öffentlichkeit. Erneut ist es die *New York Times*, die meldet, dass Generalsekretär Jérôme Valcke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der WM-Endrunde 2010 in Südafrika 2008 zehn Millionen Dollar an den damaligen Fifa-Vizepräsidenten Jack Warner überwiesen haben soll. Valcke bestreitet die Vorwürfe. In einer offiziellen Stellungnahme teilt eine Sprecherin der Fifa mit, dass die Zahlungen «in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Organisation» erfolgt seien. In einem E-Mail an die *New York Times* macht Valcke nochmals klar, dass er die Zahlungen nicht bewilligt habe.

Die Fifa-Angestellten verfolgen die Entwicklung via Online-Portale – und mit wachsender Besorgnis. Auf Managementstufe jagt eine Sitzung die andere. Beim «Fussvolk» machen sich Nervosität und Agonie breit – und kaum jemand wagt, mit seinen Arbeitskollegen zu sprechen. Es ist, als würde man im Wartezimmer eines Zahnarztes auf eine komplizierte

Wurzelbehandlung warten – oder das Ticken einer Zeitbombe hören, ohne zu wissen, wann diese explodiert.

Gegen Abend überschlagen sich die Ereignisse. Auf 18 Uhr wird kurzfristig eine Medienkonferenz angesetzt. Zu diesem Zeitpunkt scheint noch immer Valcke im Zentrum der Ereignisse zu stehen. Doch dann kommt es zur dramatischen Wende. Um 17.45 Uhr werden die persönlichen Mitarbeiter des Präsidenten von einem Kadermitglied informiert, dass der Präsident sein Amt zur Verfügung stelle – weil «der Druck zu gross geworden ist». Fassungslosigkeit und Ungläubigkeit machen sich breit. Ein langjähriger Weggefährte bringt kein Wort mehr über die Lippen, die jüngste Mitarbeiterin des Präsidentenbüros weint hemmungslos. Erst vor einigen Monaten hatte sie ihren «Traumjob» angetreten. Nun droht dieser Traum zu zerplatzen.

Der Beginn der Medienkonferenz wird mehrmals verschoben. Um 18.45 Uhr tritt Blatter im Auditorium ans Mikrophon. Er richtet sich gefasst, aber mit sehr emotionalen und klaren Worten an die Medienvertreter: «Ich habe viel über meine Präsidentschaft nachgedacht – und über die vierzig Jahre, in denen mein Leben untrennbar mit der Fifa und dem grossartigen Fussballsport verbunden gewesen ist. Ich schätze die Fifa mehr als alles andere, und ich möchte für die Fifa und den Fussball nur das Beste.

Während ich ein Mandat von den Mitgliedern der Fifa habe, zweifle ich, ob auch die gesamte Fussballwelt – Fans, Spieler, Klubs und all die Menschen, die den Fussball leben, atmen und lieben wie wir alle bei der Fifa – hinter mir steht. Aus diesem Grund habe ich mich entschieden, mein Amt bei einem ausserordentlichen Wahlkongress niederzulegen. Ich werde

meine Aufgaben als Fifa-Präsident bis zu dieser Wahl ausüben.»

Mittwoch, 3. Juni. Fifa-Hauptquartier. Der Tag danach. Präsident Blatter betritt zum betriebsinternen Informationsmeeting das Auditorium. Das vierte Mal innerhalb von vier Tagen ist der Saal randvoll. Sepp Blatter wird von den rund 250 anwesenden Mitarbeitern mit Standing Ovationen begrüsst. Der Präsident greift sich an die Brille und holt tief Luft – er ist sichtlich gerührt: «Mes collègues – je suis touché.»

Später am Morgen erhält der Präsident einen Überraschungsbesuch. Rolf Knie überreicht Blatter ein Porträt seiner weissen Serie. Der Beschenkte ist fasziniert vom Gemälde: «Der Mann auf dem Bild ist sehr schön – und je länger ich das Gemälde anschau, desto schöner wird er. Rolf, du bist ein grosser Künstler.» Die beiden umarmen sich – und Knie verschafft seiner Enttäuschung über Blatters erzwungenen Rücktritt Luft: «Mich ärgert diese Geschichte unendlich. Sepp Blatter wird in einem Masse vorverurteilt und diskreditiert, dass es an Rufmord grenzt. Und die Rolle der USA ist unsäglich und erinnert mich an zwei andere Beispiele, die ich persönlich miterleben musste: Charlie Chaplin und Michael Jackson. Chaplin wurde unter falschen Verdächtigungen aus den USA ausgewiesen, Jackson brandmarkte man als Kinderschänder, ohne einen Beweis gegen ihn zu haben. Bei Blatter läuft es nun ähnlich. Und die Medien spielen eine ganz üble Rolle: Alle schreiben einander ab, alle plappern einander nach. Aber ich bin überzeugt: Die Zeit wird auch Sepp Blatter recht geben – und ihm zu jenem Denkmal verhelfen, das er verdient.»



«Ich verzeihe jedem, aber ich vergesse nicht»: Blatter bei seiner Wiederwahl am 29. Mai.



«Wenn es besonders hart wird, ist Sepp am stärksten.»

Weniger moderate Töne werden in Neuseeland angeschlagen – und Sepp Blatter wird vom nationalen Verband für die U-20-WM zur «Persona non grata erklärt». «Wenn er kommt, besteht die Gefahr, dass er die Veranstaltung in den Schatten stellt», sagte Verbandsgeschäftsführer Andy Martin.

Blatter zeigt sich unbeeindruckt – und führt sein Tagesgeschäft professionell weiter. Um 17 Uhr empfängt er in seinem Büro eine Zürcher Primarschulklasse, die den Termin für eine Tour durchs Home of Fifa schon lange vorher reserviert hatte. Jedem der Kinder schreibt er eine persönliche Widmung auf die Autogrammkarte und posiert für Erinnerungsfotos. «Die Kinder können ja nichts dafür, dass hier alles drunter und drüber geht.» Trotzdem werden auch sie indirekt von den Ereignissen tangiert: Um den lauernden Reportern zu entkommen, müssen sie das Fifa-Gebäude durch den Lieferantenausgang verlassen. Yves, der Goalie der Schülermannschaft, fragt seinen Papi: «Wieso müssen wir hinten raus?»

Donnerstag, 4. Juni. Der *Tages-Anzeiger* beschreibt den exakten Ablauf und die Entscheidungsfindungen auf dem Weg zum Rücktritt zwei Tage zuvor: «Nach dem Treffen mit dem Fifa-Juristen trat Blatter zurück.» Die Information muss aus dem innersten Kreis des Fifa-Managements an die Zeitung getragen worden sein. Nur zehn Personen wussten davon. Das sorgt für rauchende Köpfe. Denn es scheint, dass die Solidarität mit dem Chef nicht bei allen gleich gross ist. Derweil hält sich der Präsident weiterhin eisern an seine Agenda und lebt die von ihm immer wieder proklamierte Loyalität und Hingabe zum Fussball mit beeindruckender Konsequenz vor. Am Abend empfängt er die

Spielerinnen des FC Blue Stars. Blatter würdigt die Frauen und Mädchen für die Freiwilligenarbeit beim Blue Stars / Fifa Youth Cup. In einer kurzen Ansprache sagt er: «Ohne den Einsatz der Freiwilligen könnte kein Fifa-Turnier stattfinden. Eure Verdienste sind nicht hoch genug einzuschätzen. Ihr seid die Königinnen des Fussballs.» wDerweil spielen sich vor dem Hauptgebäude groteske Szenen ab. Auf der steinernen Treppe, auf der sämtliche Namen der 209 Fifa-Mitglieder eingraviert sind, probieren drei Palästinenser den Schriftzug Israels mit Hammer und Meissel zu entfernen. Die Polizei rückt an – und in ihrem Windschatten die Fernsehreporter. Denn für sie kann es für das resolute Eingreifen nur einen Grund geben: Jetzt wird Sepp Blatter verhaftet!

Freitag, 5. Juni. Aus Neuseeland meldet sich Jean-Paul Brigger, Direktor der technischen Studiengruppe der Fifa und enger Vertrauter Blatters, zu Wort. Er wurde am anderen Ende der Welt von den Ereignissen in Zürich komplett auf dem falschen Fuss erwischt: «Als ich den Rücktritt von Sepp Blatter so richtig realisierte, war ich zunächst sprachlos. Noch am vergangenen Freitag lagen wir uns nach seiner Wiederwahl in den Armen – und jetzt das ... Mich trifft die Nachricht auch menschlich. Denn diesen Abgang hat Sepp nicht verdient. Er ordnete während vierzig Jahren sein Leben ganz der Fifa unter und lebt und liebt den Fussball während 24 Stunden – 365 Tage im Jahr. Wer jetzt den Stab über ihn bricht und so hart mit ihm ins Gericht geht, muss zuerst wissen, mit wem er es zu tun hat. Blatter besitzt eine beeindruckende Ausstrahlung und grösste Sozialkompetenz. Dass er so stillos zum Rücktritt genötigt wurde, macht mich traurig. Wenn

er meine Unterstützung in Zürich braucht, steige ich sofort ins nächste Flugzeug und bin in 24 Stunden bei ihm. Ich stehe hundertprozentig zu ihm – bis zum letzten Arbeitstag.»

Im Home of Fifa setzt Blatter ein Schreiben an die 209 Nationalverbände, die Konföderationen und alle Mitglieder des Exekutivkomitees auf, in dem er festhält, dass er das Präsidialamt «mit ungebrochener Energie, Kraft und Freude bis zum ausserordentlichen Kongress weiterführt und die Fifa voll handlungsfähig ist».

Samstag, 6. Juni. In Berlin schlägt der FC Barcelona im Finale der Champions League Juventus Turin 3:1. Am Rande des Spiels bringen sich die potenziellen Blatter-Nachfolger in Stellung. Der Südkoreaner Chung Mong-Joon, Sohn des Hyundai-Gründers, markiert Präsenz. Mark Pieth, der ehemalige Antikorruptionsexperte der Fifa, empfiehlt den Präsidenten des deutschen Fussball-Bundes Wolfgang Niersbach. Uefa-Obmann Michel Platini wird ebenfalls wieder zum Thema. Doch seine Stimme für Katar 2022 und die Vermittlung seines Sohnes als Mitarbeiter eines Staatsfonds im Golfstaat erhöhen seine Glaubwürdigkeit nicht. Prinz Ali scheint sich von seiner Niederlage bereits erholt zu haben und frischt seine Ambitionen auf. Aus Kuwait könnte IOC-Mitglied Ahmed al-Fahad al-Sabah ins Rennen steigen. Der 51-jährige Scheich gilt als einer der einflussreichsten Lobbyisten im Weltsport. Der venezolanische Staatspräsident Nicolás Maduro schliesslich schlägt Diego Maradona vor – ein brillanter Schachzug. Jetzt kann nur noch die Hand Gottes den Weltfussball retten.

Oder doch Sepp Blatter? Eine echte Alternative gibt es meines Erachtens nicht.

Thomas Renggli ist Sportjournalist und Autor diverser Biografien. Heute ist er als Publizist bei der Fifa tätig.

Umfassende Beratung.

LGT. Ihr Partner für Generationen.
LGT Bank (Schweiz) AG, 044 250 81 81

www.lgt.ch



Private
Banking

Die UNESCO-Welterbestätten der Schweiz entdecken



ISBN 978-3-85569-896-7, 192 Seiten, Fr. 32.-

Jetzt direkt
bestellen:

beobachter.ch/unesco



Auch im Buchhandel
erhältlich

**Hintergrundinformationen • Vor Ort: die attraktivsten Aktivitäten und Ausflüge
Insidertipps • Detailkarten inkl. Downloads • Die besten Bilder**

WEITERE NÜTZLICHE BEOBACHTER-RATGEBER ENTDECKEN:



ISBN 978-3-85569-769-4,
240 Seiten, Fr. 39.-



ISBN 978-3-85569-790-8,
280 Seiten, Fr. 45.-



ISBN 978-3-85569-659-8,
272 Seiten, Fr. 38.-



ISBN 978-3-85569-850-9,
208 Seiten, Fr. 39.90

**Alle Beobachter-Ratgeber sind im Buchhandel erhältlich oder sie können direkt bestellt werden:
beobachter.ch/buchshop, Telefon 043 444 53 07**

Beobachter

Der Fifa-Stenz

Von Peter Hartmann — Austin «Jack» Warner war der Meister-Kleptokrat im amerikanischen Hinterhof des Fussballs. Er vergleicht sich mit Mandela und Gandhi.



«Rauchende Pistole»: Ex-Fifa-Vizepräsident Warner.

Er sass schon, grosses Präsidententreffen, mit Sepp Blatter im Oval Office bei Barack Obama, und die beiden Fussballfunktionäre händigten dem mächtigsten Mann der Welt lächelnd ihr Geschenk aus, ein Bündel Spielertrikots. Das heitere Treffen liegt schon etwas zurück – Juli 2009. Inzwischen fürchtet Austin «Jack» Warner, 73, die USA wie die Hölle und erwartet, auf freiem Fuss nur gegen eine Kaution von 2,5 Millionen T&T-Dollar, dementsprechend 393 000 US-Dollar, die Auslieferung an die amerikanische Justiz. Der Weltreisende Blatter hat die USA seit vier Jahren nie mehr besucht.

Die Anklagepunkte gegen Warner, den langlebigen Fifa-Würdenträger, der dreissig Jahre im Exekutivkomitee mit die Strippen zog, wiegen schwer: Geldwäscherei, Betrug, organisiertes Verbrechen, Erpressung, Korruption. Warner präsidierte von 1990 bis zu seinem erzwungenen Rücktritt 2011 die Concacaf-Konföderation, einen der sechs Fifa-Kontinentalverbände mit den Ländern Nord- und Mittelamerikas und der Karibik, und er war einer von Blatters Stellvertretern.

«Ich fürchte um mein Leben», rief Warner, am Tag nachdem er angeblich schwerkrank aus dem Gefängnis getragen worden war, nun wieder wach wie ein Springteufel, in die TV-Kameras, denn er wisse zu viel. «Ich weiss, weshalb Blatter gestürzt wurde. Ich weiss alles.» Theatralisch kündigte er einen Enthüllungs-Tsuna-

mi an, was er seit vier Jahren tut, seit er aus dem Geschäft ist. «Ich fühle mich wie ein verlassener Soldat», aber auch «wie Gandhi und Mandela, die auch eingekerkert wurden». Erstaunlich, dass im staatlichen Fernsehen ein mutmasslicher Krimineller eine unwidersprochene fünfzehnminütige flammende Polemik aufführen konnte. Aber es sprach auch der TV-Geschäftspartner Warner. Auf seinem Heimterrain hielt er sich für allmächtig und unangreifbar.

Warner hat sich im Inselstaat des Calypso, des Karnevals und der Korruption (Nr. 85 im Welt-Ranking von Transparency International) Rückendeckung als Politiker verschafft. Er ist seit 2007 Parlamentsabgeordneter, populär gewählt mit über neunzig Prozent der Stimmen,

«Trinidad leidet unter dem Zustand, dass einige Spieler aus Geiz das Land in Geiselnhaft nehmen.»

er war Minister für Arbeit und Infrastruktur, bis 2013 auch für die nationale Sicherheit. Parallel zimmerte er ein privates Imperium aus Immobilien, Supermärkten und einer Hotelkette, mit einem Ableger in Miami. Dort installierte er seine Söhne Daryl und Daryan, die von der US-Justiz angeklagt und zu Kronzeugen gegen den eigenen Vater umgedreht wurden. Aber als die «rauchende Pistole», als fataler Beweis für die

Stimmenkäufe bei der Vergabe der Weltmeisterschaften, könnte sich die Überweisung von zehn Millionen US-Dollar in Tranchen aus Südafrika auf warnersche Konten erweisen – auf dem Umweg über die Fifa. Warner soll auch 750 000 Dollar aus einem Fifa-Hilfsfonds für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Haiti auf eigene Konten abgezweigt haben.

Ausser dem modernen Piraten Jack Warner hat Trinidad und Tobago, das 1962 die Unabhängigkeit von der britischen Krone erlangte, zwei Literaturpreisträger, V. S. Naipaul und Derek Walcott, und 1976 den schnellsten Mann der Welt, den 100-Meter-Olympiasieger Hasely Crawford, hervorgebracht. Die Öl- und Gasvorkommen beschenken dem tropikal Inselstaat vor der Küste Venezuelas und seinen 1,2 Millionen Einwohnern zwar das dritthöchste Durchschnittseinkommen (32 135 US-Dollar), aber auch ein enormes Sozialgefälle.

Übertragungsrechte für einen Dollar

Jack Warners Geschäftsmodell fusste, wie er selber erklärt, auf den Einkünften und Zuwendungen der Fifa, also auf Schmiergeldern und Gefälligkeiten. Eine sichere Einnahmequelle sprudelte aus der Vermarktung der Fernsehrechte der Weltmeisterschaften auf dem heimischen Markt. Der Weltfussballverband schanzte Warner über einen mexikanischen Vermittler die Übertragungsrechte der Weltmeisterschaft 1998 in Frankreich für einen einzigen US-Dollar zu – als Gegenleistung für die Unterstützung von Sepp Blatter im Präsidentschaftswahlkampf gegen den Schweden Lennart Johansson. Und so blieb es: Warner bekam zu einem symbolischen Preis die Übertragungsrechte der Turniere von 2002, 2006, 2010. Als er 2011 von der Fifa fallengelassen wurde, verlor er die bereits zugesagten Deals für 2014, 2018 und 2022. Ausserdem verscherbelte er Ticketkontingente auf dem Schwarzmarkt.

An Dreistigkeit nicht zu überbieten: Warner plünderte sogar die Taschen der eigenen Fussballer, als sich Trinidad und Tobago 2006 erstmals für eine WM-Endrunde qualifizierte. Er legte eine ungeprüfte Abrechnung mit 18,25 Millionen T&T-Dollar Einnahmen und Ausgaben von 17,9 Millionen vor, den Spielern blieben pro Kopf genau \$ 5644.08, nach heutigem Kurs kaum 1000 Franken. Die Empörung der Mannschaft bürstete Warner mit dem Satz ab: «Trinidad leidet unter dem Zustand, dass einige Spieler aus Geiz das Land und den Fussballverband in Geiselnhaft nehmen.» Die Regierung machte öffentlich, sie habe 173 Millionen T&T-Dollar Unterstützungshilfe an den Fussballverband ausgeschüttet. Die Staatsgelder verwendete Warner zum Bau eines feudalen Sport- und Tourismuszentrums. Das Gelände dazu hatte der Schelm zuvor privat gekauft.

Die Regierung forderte Warner auf, alle WM-Einnahmen mit den Spielern fifty-fifty zu teilen. Sie sahen keinen Cent.

SPD droht SPÖ

Von Henryk M. Broder — Die Sozialdemokraten mischen sich in die österreichische Politik ein.



Bei allem Respekt gegenüber dem Burgenland und seinen Einwohnern: Das, was im östlichsten und mit knapp 290 000 Einwohnern kleinsten Land der Republik Österreich

passiert, dürfte für das Weltgeschehen von untergeordneter Bedeutung sein. Sogar die Wahlen zum Burgenländischen Landtag, die am 31. Mai stattfanden, blieben ausserhalb der Region weitgehend unbemerkt. Nun aber hat die SPÖ des Burgenlandes beschlossen, mit der FPÖ eine Koalition einzugehen, worauf sich die Generalsekretärin der deutschen SPD, Yasmin Fahimi, mit diesem Statement zu Wort meldete: «Bei allem Verständnis für schwierige Regierungsfindungen: Es ist schlicht und einfach ein fataler Irrweg, dass die Sozialdemokraten im österreichischen Burgenland mit der FPÖ ein Bündnis eingehen wollen. Die SPÖ wird das politisch bitter bereuen.» Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Ralf Stegner, erklärte: «Alle wissen, dass wir gegen Koalitionen mit Rechtspopulisten sind – das ist nun wirklich kein Geheimnis.»

Kein Geheimnis ist auch, dass Österreich spätestens seit 1955 eine souveräne Republik ist. Nur der Generalsekretärin der SPD und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden muss das irgendwie entgangen sein. Deswegen mischen sie sich in die inneren Angelegenheiten der Alpenrepublik ein. Mit reinem Herzen, denn die SPD hat noch nie mit «Rechtspopulisten» koalitiert. Dafür ist sie Kooperationen mit der Linken eingegangen, in Berlin, in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt, in Mecklenburg-Vorpommern und zuletzt in Thüringen. Ohne sich daran zu stören, dass die Linke die Nachgeburt der SED ist, die in der DDR das Sagen hatte und damit auch für das Grenzregime verantwortlich war. Also für die über tausend Mauertoten an der deutsch-deutschen Grenze. Gemessen daran gehören die Verfehlungen der österreichischen «Rechtspopulisten» in die Abteilung «Parken im Halteverbot».

Nun muss man sich fragen, was die SPD unternehmen wird, um die Burgenländer abzustrafen. Wird sie Yasmin Fahimi und Ralf Stegner in den äussersten Osten der Ostmark schicken? Wir wollen es nicht hoffen. Grausame und unverhältnismässige Strafen sind nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verboten.

Die grosse Kakofonie

Von Silvio Borner — Die Befürworter der Energiestrategie rennen alle in unterschiedliche Richtungen los. Dies offenbart ungewollt eine offizielle Publikation des Bundes.

Mit riesigem Aufwand bewerben Bundesämter und Interessenorganisationen die Energiestrategie des Bundesrats. Mehr und mehr stimmen auch Wissenschaftler in das einseitige Propagandakonzert ein, allen voran die ETH und der Nationalfonds mit seinem Forschungsprogramm 70/71. Der Energieverbrauch pro Person und Jahr solle zwischen 2000 und 2035 um 35 Prozent sinken, der Stromverbrauch ab 2020 stabilisiert werden. So weit das hehre Ziel. Doch darüber, auf welchem Weg es zu erreichen sei, herrscht auch drei Jahre nach Start des leuthardschen Mammutprojekts unter den Befürwortern nicht einmal ansatzweise Einigkeit.

Ein erschütterndes Zeugnis der Zerstrittenheit legt die neueste Ausgabe der Zeitschrift *Die Volkswirtschaft* ab. Diese wird vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) herausgegeben und ist somit ein quasioffizielles Sprachrohr. Die letzte Nummer befasst sich mit dem Thema «Energie- und Klimapolitik» unter dem Motto «Lenken statt subventionieren». Im ersten Beitrag setzt das Seco die Agenda: «Eine isolierte und ehrgeizige Umweltpolitik», schreibt ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des Staatssekretariats, «hätte kaum einen Einfluss auf das Klima, sondern wäre [...] schädlich für die Volkswirtschaft». So ist es. Was immer wir klimapolitisch in der Schweiz machen – unser Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoss wird unter ein Promille sinken.

Es folgt das Gegenteil

Diese zentralen Einsichten werden in allen folgenden Beiträgen ausgeblendet oder übertrücht, ohne dass die offenkundigen Differenzen offen ausgetragen werden. Im anschließenden Beitrag, den das Bundesamt für Energie (BfE) und das Bundesamt für Umwelt (Bafu) zusammen geschrieben haben, wird das genaue Gegenteil behauptet: Mit der Energiewende würde «ein wichtiger Beitrag geleistet, um die klimapolitischen Ziele» auf internationaler Ebene zu erreichen.

Diametral unterschiedliche Vorstellungen auch beim vom Bundesrat angekündigten Übergang von einem Subventions- zu einem Lenkungssystem. Eine Lenkungsabgabe soll konventionelle Energien verteuern und staatsquotenneutral an die Bevölkerung zurückgegeben werden. Das schliesst eine weitere

Subventionierung der erneuerbaren Energien eigentlich aus. BfE und Bafu schreiben, die Einnahmen der Lenkungsabgabe würden «erst nach einer Übergangsphase vollständig an die Wirtschaft und Bevölkerung zurückverteilt». So solle die bestehende CO₂-Abgabe ab 2021 schrittweise abgebaut werden und 2025 auslaufen. Die über den Netzzuschlag finanzierte Förderung der erneuerbaren Energien werde bis 2045 beschränkt. Ein ziemlich langer Übergang! Weitere Bafu-Autoren gestehen dagegen offen ein, dass der Bundesrat «auch in Zukunft auf einen breiten Mix an klimapolitischen Massnahmen setzt».

Kurt Lanz von Economiesuisse vertritt die typische «Ja, aber»-Haltung des Verbandes: «Die CO₂-Abgabe und die KEV [kostendeckende Einspeisevergütung] müssen gleichzeitig mit der Einführung des Lenkungssystems ausser Kraft gesetzt werden.» Also ohne Übergangsphase! Um die Kakofonie komplett zu machen, fordern

zwei Professoren des EPFL (ETH-Lausanne), die (nach bundesrätlicher Strategie eigentlich abzuschaffende) CO₂-Abgabe müsse «rasch ansteigen und 2030 bei 257 Franken pro Tonne CO₂ liegen». Danach sei sie weiter zu erhöhen, «bis sie den Benzinpreis um den Faktor 2,4 und den Heizölpreis um den Faktor 4,4» verteuere.

Was soll mit dem Geld passieren, das der Bund ab 2021 als «Lenkungsabgabe» kassiert? Wie schon erwähnt, sollen die Einnahmen während einer Übergangsphase von bis zu 25 Jahren weiterhin für Subventionen teilverwendet werden. Fast schon lustig sind die Positionen zur Verwendung des tatsächlich wieder ausgeschütteten Anteils. Economiesuisse will diesen «gezielt nach Wirtschaftssektoren zurückverteilen». Also sollen «die Abgaben einer bestimmten Branche auch wieder an die Unternehmen dieser Branche zurückverteilt werden». Travail Suisse sieht das genau umgekehrt: «Der Ertrag muss nach sozialen Kriterien an die Bevölkerung zurückerstattet werden.» Für den Mieterverband sind «Pro-Kopf-Rückerstattungen zentral».

Von einer Strategie, die diesen Namen verdient, sind wir noch meilenweit entfernt. Die Bundesbroschüre deckt das ungewollt, aber schonungslos auf. Eine Volksabstimmung würde die Interessenkonflikte an die Oberfläche spülen. Aus dem derzeit mäandernden «Ja, aber» würde vor dem Volk rasch ein «So nicht!».



Sieben Zwerge in Oberbayern

Von Hansrudolf Kamer — Die G-7 hat sich in Schloss Elmau getroffen und Weltprobleme gewälzt. Das moribunde Diskussionsforum hat schon bessere Tage gesehen. Dabei gäbe es Einsatzmöglichkeiten.



Für einmal hatte die «Blockupy»-Bewegung recht. Sie protestierte gegen das Gipfeltreffen in Bayern und karikierte den Anspruch der «sieben Zwerge in den Bergen, die meinen, die Lebensbedingungen der

Menschen weltweit nach ihren Vorstellungen gestalten zu können». Besser hätte man es nicht formulieren können.

Amerika, Japan, Deutschland, Britannien, Frankreich, Italien und Kanada sind nicht mehr der bestimmende Teil der Welt, sondern ein westliches Reduit, das seine grosse Zeit hinter sich hat. Die jährliche Veranstaltung der G-7-Staatenlenker ist zum bürokratischen Selbstläufer verkommen.

Kaschieren der eigenen Erfolglosigkeit

In den deutschen Medien wurde das Gegenteil zelebriert – in erster Linie deshalb, weil das Treffen in Deutschland stattfand. Im plötzlich devoten *Spiegel* stand zu lesen, auf der G-7 laste eine geradezu schicksalhafte Verantwortung. Die national gesinnte FAZ titelte unbescheiden, die Welt wünsche Führung von Deutschland. Wenn Amerika abdanke, sich in einer Phase der Selbstfindung bewege, dann bleibe nur Deutschland übrig. Geführt werden muss nun einmal, auch wenn's schwerfällt.

Politiker, Medien und selbst die Demonstranten verfallen regelmässig der gleichen Illusion. Politiker, denen das eigene Land zu eng geworden ist oder die ihre Erfolglosigkeit kaschieren wollen, entdecken globale Themen. Sie blasen ihr Image auf mit Gipfel-Auftritten und den martialischen Sicherheitsaufgeboten.

Die Medien können endlich wieder ihre naturbedingte Neigung zur Hofberichterstattung ausleben, die sie sonst unterdrücken müssen. Die Demonstranten kämpfen um ihre Daseinsberechtigung. Sie müssen dunkle Mächenschaften wittern und Transparenz fordern. Strassenschlachten – in Bayern blieb es leider vorwiegend friedlich – fördern sonst den Glauben, dass es um wirklich Wichtiges geht.

Dabei ist es ziemlich unerheblich, was im Luxusresort besprochen wurde. Es wäre auch nicht anders, wenn die Staatenlenker in einer Jugendherberge abgestiegen wären. Der Gesprächsstoff war vom Beamtenstab präpariert

und in den Medien im Voraus gestreut worden. Wer wollte, konnte Tage vorher zur Kenntnis nehmen, worüber die Eminenzen sich dann unterhielten.

Unter dem G-7-Signet gibt es Beamtentreffen, Ministertreffen – der Gipfel ist der Kulminationspunkt. Ob neben der deutschen Bundeskanzlerin Merkel auch andere Teilnehmer die umfangreichen *briefing books* ihrer Zuarbeiter gelesen haben, weiss man nicht. «Dossierkenntnis» ist auf dieser Stufe an sich erwünscht, Spontaneität dagegen nicht. Überraschungen sind des Teufels.

Am ehesten wäre die Weltwirtschaft als ein Feld zu sehen, auf dem Koordinationsbemühungen unter der G-7 sinnvoll wären. Wie die finanzielle Repression im Westen beendet, der Ausgang aus der Sackgasse der Null- und Negativ-Zinsen gefunden werden könnte und welche Wachstumsstrategien in welchen Weltregionen angebracht wären. Auch die Währungspolitik wäre eine Koproduktion wert, um den Wettlauf bei den Abwertungen zu stoppen.

Das war beim ersten Treffen 1975 in Rambouillet der Fall. Die damalige G-6 war angetreten, um nach dem Erdöl-Preisschock Möglichkeiten zur Stabilisierung der Weltwirtschaft auszuloten. Damals, in einer ziemlich turbulenten Zeit, dominierten die sechs in der Tat das Wirtschaftsgeschehen, und

Einigkeit unter ihnen konnte etwas bewirken. Der Machbarkeitsglaube von damals ist geschwunden. Keiner der Teilnehmer auf Schloss Elmau strahlte eine Gewissheit aus, wie man die heutigen Probleme bewältigen könnte. Dazu brauchte es Überzeugungen, die beispielsweise der amerikanische Präsident nicht hat. Der Rückzug von den Verstrickungen dieser Welt ist sein Markenzeichen. Sein Blick auf den Globus ist eher akademischer Natur.

Seinen eigenen Landsleuten verkauft er das Abwägen und Nachdenken mit den Worten, es sei nun an der Zeit, dass andere Verantwortung übernehmen – im Mittleren Osten wie in Europa. Genau das passiert natürlich nicht. Im Mittleren Osten greift das Chaos um sich, und die Europäer sorgen noch immer nicht selber für ihre Sicherheit. Der Brite Cameron informierte Obama darüber, dass er unmöglich die Verteidigungsausgaben auf die vereinbarten zwei Prozent des Bruttosozialprodukts anheben könne.

Lehrbuch Merkel erfolglos

Die G-7 könnte, wenn sie wollte, wenigstens Griechenland einen Weg aufzeigen, der das Land von der Schuldenlast befreien und zu echtem Wirtschaftswachstum führen würde. Die bisherigen Bemühungen nach Lehrbuch Merkel waren eklatant erfolglos.

Obama, Hollande und Cameron könnten Merkel unter Druck setzen, in der Griechenland-Politik endlich vorwärtszumachen. Doch Obama ist nicht wirklich interessiert daran, Hollande ist zu schwach, und Cameron braucht Merkmals Hilfe für sein EU-Referendum. So bleibt die Klimapolitik übrig, wo nichts schiefgehen kann. Sollte die Eisdecke in Grönland dereinst wieder wachsen, wäre Merkel längst nicht mehr Kanzlerin.



Westliches Reduit: Staatenlenker am G7-Gipfel.

Der Geist weht, wo er will

Von Christoph Mörgeli

Mit ihren sogenannten Innovationsparks haben die Politiker links von der SVP einen Handstreich vollbracht. Einen Handstreich gegen die saubere Eigentumsordnung. Gegen die liberale Ordnungspolitik. Gegen den wahren Innovationsgedanken. Und gegen die letzte strategische Landreserve der Schweiz. Um mit Staatshilfe 70 Hektaren auf dem Flugplatz Dübendorf überbauen zu können, muss Geld für Innovationsparks auch an weitere Regionen fließen. Föderalismus wird im Parlament mit Stimmenkauf verwechselt.

Das im Baurecht an Private abgegebene Land und die 350 Millionen Steuerfranken für Bürgschaften sind eine reine Subvention – nämlich wirtschaftspolitische Eingriffe in den Markt, um ein bestimmtes Verhalten der Marktteilnehmer zu fördern. Wer einzelne Firmen bevorzugt, diskriminiert zugleich alle anderen. Die freisinnige Public-private-Partnership à la Swissair ist wieder da: ein Gemischel von Staat und Wirtschaft. «Mitenand gaats schlächter.» Aber die FDP sieht oft Samt und Seide, wo in Wirklichkeit nur Filz ist.

Einmal mehr investieren die Politiker in Beton statt in Ideen. Doch Microsoft, Apple, Google oder Instagram wurden nicht in staatlich subventionierten Innovationsparks ausgetüftelt. Sondern in Autogaragen, an Küchentischen, in «Starbucks». Nicht der Staat hat unsere Uhrenindustrie gerettet. Sondern das taten der visionäre Unternehmensberater Nicolas Hayek und der mutige Industrielle Stephan Schmidheiny. Die PTT haben das E-Mail nicht erfunden. Es liegen Welten zwischen der Effizienz eines italienischen Postamtes und derjenigen einer italienischen Kaffeebar.

Der Staat erfindet nichts. Der Staat produziert nichts. Der Staat trägt nie irgendeine Verantwortung. Er ist für Innovationen denkbar ungeeignet. Wer wirklich Innovationen fördern will, muss endlich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern. Für alle, nicht für einige privilegierte Bundeslieblinge. Wertschöpfung und Wohlstand können nur erreicht werden, wenn erarbeitetes Wissen erfolgreich in den Märkten umgesetzt wird. Doch FDP und SP setzen auf verfehlte öffentlich-wirtschaftliche Mischformen. Die Grünen und Grünliberalen wollen in Dübendorf die Fläche von hundert Fussballfeldern überbauen. Und die CVP vergisst beim Thema Innovationsparks sogar die Heilige Schrift, wo da steht: «Der Geist weht, wo er will.»

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Endlich Weissport-Strategie?

Von Peter Bodenmann — Gegen Korruption helfen nur gläserne Sportverbände. Warum macht Ueli Maurer immer noch nichts?



Amerikanisch dominierte Subordinations-Demokratie: Sportminister Maurer.

Die USA kümmern sich – wenn es ihren Interessen dient – einen Dreck um Völkerrecht und Menschenrechte. Die Gefangenen in Guantánamo lassen grüssen. Und die toten Hochzeitsgäste nach einem Drohnenangriff im Jemen auch. Ueli Maurer wollte am Fifa-Kongress in Zürich Sepp Blatter loben. Die Mehrheit im Bundesrat zensurierte die Lobeshymne von Ueli Maurer. Maurer kuschte.

Denn die Schweiz ist – wie bereits der Tod des Steuerhinterzieher-Geheimnisses belegt – längst eine amerikanisch dominierte Subordinations-Demokratie. Ist das gut? Ist das schlecht? Beides. Weil wir nicht antizipieren können.

Neu werden wir den automatischen Informationsaustausch auch innerhalb der Schweiz einführen. Und ihn mit einer Steueramnestie versüssen. Die Bürgerlichen testen, wie weit sie in Sachen Amnestie gehen können. Die SVP macht noch etwas auf Scheinopposition.

Früher galt: Der grösste Lump im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant. Heute ist alles anders: Die UBS verpiff im Libor-Skandal sich und die anderen Banken und kommt deshalb mit einer kleineren Busse davon. Der 150-Kilo-Mann Chuck Blazer macht es wie die UBS. Er möchte nicht in der Spitalabteilung eines US-Gefängnisses vorzeitig an seinem Dickdarmkrebs sterben. Nächstens mit Jack Warner als Kronzeugen der Anklage.

Das alles war vorhersehbar. Vorab wenn man – wie unser Sportminister – neben der besten Armee der Welt gleich noch den zweitbesten Nachrichtendienst der Welt im eigenen Haus hat.

Ueli Maurer hätte längst eine Weissport-Strategie entwickeln müssen. Damit er nicht wie Eveline Widmer-Schlumpf mit ihrer Weissgeld-Strategie den realen Entwicklungen immer hinterherhinkt. Leider hat Ueli Maurer bisher nicht einmal mit dem Nachhinken begonnen. Die Lösung ist einfacher, als uns alle Korruptionsspezialisten glauben machen wollen: Vereine, die öffentliche Interessen vertreten, müssten in der Schweiz neu gläsern verwaltet werden. Alle Kandidaturberichte müssten frei zugänglich sein. Alle Löhne, Boni und Mandate für Journalisten einsehbar. Katar wäre nie in die Kränze gekommen. Die Südafrikaner hätten Jack Warner nie zehn Millionen über Fifa-Konten zustecken können. Ueli Maurer ist ein Gefangener. Der Grund ist einfach: Die Fifa ist ein Verein. Die SVP ist ein Verein. Genau wie die FDP. Wer von der Fifa und den anderen Sportverbänden Transparenz verlangt, müsste dies von den eigenen bürgerlichen Parteien erst recht einfordern. Denn verglichen mit der Finanzierung der SVP samt ihren Kampagnenbudgets, erinnern die Finanzen der Fifa an einen durchsichtigen Ogi-Bergkristall.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Täglich beten

Von Kurt W. Zimmermann — Der beste Journalist aus der Schweiz ist immer noch der heilige Franz von Sales.

Wie immer hatte Franz von Sales während Monaten zu wenig geschlafen. Mehr als vier bis fünf Stunden pro Nacht waren es nicht. Oft sass er spätabends noch schreibend am Pult und diskutierte auch nach Mitternacht gern mit Berufskollegen.

Kurz nach Weihnachten des Jahres 1622 rächte sich das rastlose Leben. Franz von Sales hatte einen Schlaganfall. Es war stressbedingt. Er starb mit nur 55 Jahren.

Der heilige Franz von Sales, früherer Fürstbischof von Genf, ist der Schutzpatron der Journalisten dieser Welt. Das ist er zu Recht. Er war ein journalistischer Vollprofi, von dem auch die heutigen Medienschaffenden eine Menge lernen können.

Zuerst einmal war er, wie kein anderer zu seiner Zeit, nur an der Einschaltquote orientiert. Als erster Kirchenführer setzte er voll auf die Massenmedien. Das waren im 17. Jahrhundert die Flugblätter. Er druckte seine Botschaften in Grossauflagen und verteilte sie kostenlos an Privathaushalte und in öffentlichen Räumen.

Die Journalisten unserer Gratisblätter sollten täglich zu Franz von Sales beten.

Dann war er, wiederum anders als damals üblich, sehr an Schnellschüssen interessiert. Er legte jeden Tag mindestens zwei längere Texte hin, manchmal auch mehr, wenn man seine vielen Briefe mitrechnet. Als Vielschreiber reagierte er blitzschnell auf neue Trends. Er hatte kein Problem mit «voreiligen Veröffentlichungen», wie er das nannte.

Die Journalisten unserer Internetportale sollten täglich zu Franz von Sales beten.

Dann hatte er, anders als der damalige Zeitgeist, ein ausgeprägtes Flair für den Verkauf. 1602 erschien sein Buch «Philothea – Anleitung zum frommen Leben». Es wurde zum krachenden Bestseller und zählt bis heute zu den Top Ten der religiösen Literatur. Sein Trick dabei: Er beschrieb weniger das fromme Leben als vielmehr die «Versuchungen», die das fromme Leben bedrohen. Die Leser stürzten sich darauf.

Die Journalisten unserer Boulevardmedien sollten täglich zu Franz von Sales beten.

Dann war er, anders als damals Usus, ein echter Recherchejournalist. In einem publizistischen Umfeld, in dem sich Katholiken und Calvinisten polemisch bekämpften, fühlte er sich nur der Wahrheit verpflichtet. Bevor er schrieb, recherchierte er stundenlang. «Schweigen hiesse zustimmen» war sein Motto, und darum kritisierte er auch das



«Privatharem des Bischofs»: Autor von Sales.

eigene Lager. Andere Bischöfe hielten seine Artikel darum für Teufelswerk.

Die Journalisten unserer Tageszeitungen sollten täglich zu Franz von Sales beten.

Dann spielte er, anders als die Sitte seiner Zeit, nie auf den Mann. Er benannte zwar stets die Missstände in Politik und Kirche. Er tat es schonungslos auch vor Machtträgern wie Päpsten und Königen. Aber er blieb stets auf der Sachebene und attackierte nie die Person. Seine Devise war: «Behandle die Sünde scharf, den Sünder aber milde.»

Die Journalisten unserer TV-Magazine sollten täglich zu Franz von Sales beten.

Dauernd hübsche Frauen

Dann war er, anders als damals die Regel, ein chaotischer Bohémien. Er war im Dauerstress, immer unter Produktionsdruck, immer auf Reisen und auch als Fürstbischof immer knapp bei Kasse. Rechnungen bezahlte er oft nicht, Zeit zur Entspannung hatte er nie. Und er war dauernd von hübschen Frauen umgeben. Auf die Mauern eines Frauenklosters nahe Genf pinselte einer den Satz: «Das ist der Privatharem des Bischofs.» Seine Nähe zu Frauen konterte er journalistisch geschickt. Er sagte: «Das war bei unserem Heiland auch der Fall.»

Die Journalisten unserer People-Zeitschriften sollten täglich zu Franz von Sales beten.

Amen.

Lustvoll schläfrig

Von Beatrice Schlag — «Pink Viagra» für Frauen in Sicht.

Über 1,5 Milliarden Dollar Umsatz machte der Pharmakonzern Pfizer 2014 allein mit dem Erektionshelfer Viagra. Nicht verwunderlich also, dass Forscher seit



Jahren an einer Pille tüfteln, die Frauen mit niedriger Libido wieder Lust auf Sex machen soll. Denn die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass ein Frauen-Viagra noch erheblich mehr Umsatz generieren wird als die blaue Pille für den schlaffen Mann: Sexualforscher behaupten, dass in den USA rund vierzig Prozent aller Frauen in festen Partnerschaften über sexuelle Unlust klagen. Die Zahlen für Europa werden ähnlich hoch geschätzt. Dem weiblichen Begehren scheint die Monogamie zuzusetzen. Die Liebe mag noch da sein, aber der sexuelle Hunger auf den eigenen Mann wird mit jedem Jahr Partnerschaft winziger. Das ist nicht nur enttäuschend für den Mann, sondern genauso für seine Partnerin. Den meisten Frauen setzt die eigene Lustlosigkeit beträchtlich zu. Sie verstehen nicht, wann und warum ihnen die Freude am Sex abhandenkam. Und sie wollen sie wiederhaben. Wenn eine Pille dabei helfen kann, ohne dick zu machen, dann her damit!

Zweimal schon wurde das als «Pink Viagra» bezeichnete Präparat Flibanserin der US-Arzneimittelbehörde FDA zur Zulassung vorgelegt. Zweimal wies die FDA den Antrag zurück. Zu niedrig schien ihr die Erfolgsrate in Teststudien, zu häufig und zu massiv waren Nebenwirkungen wie Schwindel, Übelkeit, Schläfrigkeit und Absacken des Blutdrucks aufgetreten. Beim dritten Anlauf sieht es besser aus. Eine Hürde für die Zulassung scheint genommen: Ein FDA-Ausschuss empfahl, das Präparat für den Handel freizugeben. Denn diesmal legte die Firma Sprout, Herstellerin von Flibanserin, eine neue Studie vor, die angeblich beweist, dass auch Frauen, die abends den Libido-Pusher schlucken, danach gefahrlos ein Auto lenken können, ohne wegzudämmern. Was sicher im Sinne der Frauen ist, wenn auch nicht unbedingt in dem aller Männer. Eine Pille, die Frauen anturnt und nach dem Sex so schläfrig macht, dass sie nicht mehr reden wollen – mehr könnte man sich als Mann von «Pink Viagra» nicht erhoffen. Aber wie gesagt: Die FDA mag da anderer Meinung sein.

Grenzenlos

Unsere selbstmörderische Einwanderungspolitik.

Von Luzi Stamm

Bei unserer Reise der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats nach Tunesien und Italien (Mai 2015) hat sich bestätigt, was ich bereits vor zehn Jahren im Europarat hörte: Wenn Europa signalisiert, dass es für Afrikaner eine Alternative ist, nach Europa zu kommen, setzten wir eine Völkerwanderung in Gang, wie sie die Welt noch nie gesehen hat.

Und Schweizer machen an vorderster Front mit: denn Medien meldeten, dass die Gewerkschaft Unia zehn Prozent aller Mittelmeerflüchtlinge bei uns aufnehmen will, Nationalrat Grunder (BDP) 50 000 Flüchtlinge allein aus Syrien, Ex-Bundeskanzlerin Huber-Hotz (FDP) sogar 80 000, Nationalrat Glättli (Grüne) sogar 100 000. Das ist zum Verzweifeln.

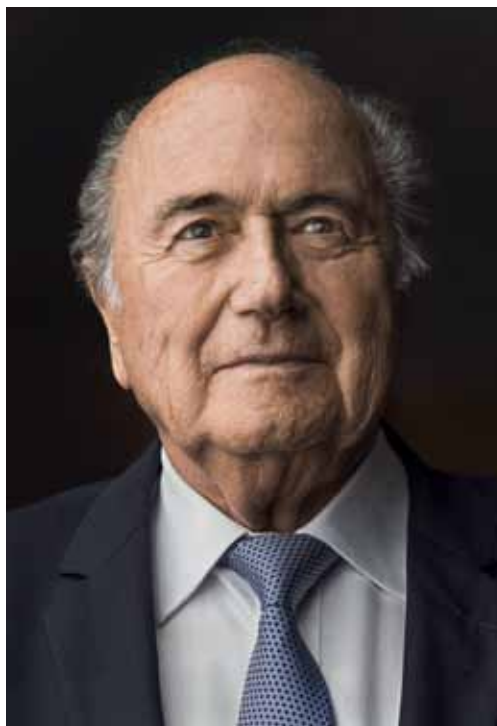
Wohin diese Mentalität führt, haben wir während der Balkankriege erlebt. Aus Ländern wie Serbien, Bosnien, Mazedonien und dem Kosovo hatten wir innert kürzester Zeit eine unheimlich hohe Zuwanderung. So leben heute rund 200 000 Menschen mit kosovarischem Migrationshintergrund in der Schweiz, das heisst, jeder zehnte Kosovare wohnt bereits bei uns. Das wird dramatische Folgen haben, sobald die Balkanstaaten der EU beitreten und die freie Zuwanderung (Personenfreizügigkeit) auch auf diese Länder ausgedehnt wird; gleichgültig, ob das in fünf, zehn oder zwanzig Jahren der Fall sein wird. Werden dann zusätzliche 100 000 oder 500 000 oder sogar eine Million allein aus dem Kosovo nachziehen? Wir wissen es nicht. Wir wissen nur, dass sich der Bundesrat bei seinen Prognosen bisher um das Zehnfache getäuscht hat.

Alle, die erkannt haben, dass es mit der heutigen Einwanderungspolitik nicht mehr so weitergehen kann, werden dringend gebeten, im Oktober an die Urne zu gehen (National- und Ständeratswahlen). Seien dies eher Linksstehende (z. B. Ecopop) oder Bürgerliche; seien dies Sozialarbeiter, Spitalangestellte, Lehrer, Polizisten, welche die Zuwanderungsmisstände hautnah miterleben; oder seien dies einfach Leute, die täglich im Verkehrsstau stecken und erkannt haben, dass der Verkehr wegen der unkontrollierbaren Zuwanderung zusammenbricht.

Luzi Stamm ist Rechtsanwalt und SVP-Nationalrat.

Leserbriefe

«Jetzt haben die Amerikaner mit ihren mittelalterlichen Methoden endlich erreicht, was sie von Anfang an anstrebten.» *Jean-Jacques Hegg*



«Der Lotse geht von Bord»: Joseph Blatter.

Ausschliesslich Feinde

Nr. 23 – Zur Berichterstattung über die Fifa und Joseph Blatter.

Der Lotse geht von Bord.
Valentin Landmann, Zürich

Jetzt haben die US-Amerikaner mit ihren mittelalterlichen Methoden endlich erreicht, was sie von Anfang an anstrebten: die Demission des Fifa-Präsidenten Joseph Blatter. Dabei spielt Fussball in den Vereinigten Staaten eine höchst bescheidene Rolle. Das nunmehrige Chaos sei begrüsst! Muss denn der Konflikt zwischen den USA und Putin die ganze Welt beherrschen?

Was bei der Fifa geschehen ist, mag man ja kritisieren. Eine derart einseitige Darstellung der Fifa-Führung durch Herrn Blatter, wie sie in der Reportage des Fernsehens SRF 1 am 4. Juni 2015 zum Ausdruck kam, ist jedoch ein Skandal! Es kamen ausschliesslich Feinde des in seinem Amt mehrfach wiedergewählten Schweizern zu Wort! So etwas hat Herr Blatter nicht verdient! In Europa nennen wir eine juristische Besonderheit der USA «Kronzeugenregelung». Sie besteht darin, dass ein selber kriminell verdächtiger Denunziant, der einen Kollegen bei der Justiz anschwärzt, eine Milderung seiner Strafe erreicht (sogar bis zu einem Freispruch!), auch wenn er ja selber Dreck am Stecken hat.

Jean-Jacques Hegg, ehemaliger Schweizer Sportfunktionär, per E-Mail

Was ist denn die Fifa anderes als ein klares Abbild der Zustände in der heutigen Welt? Will man nun Sepp Blatter, der mit der Fifa von deren einfachen Anfängen ganz enorme (Entwicklungshilfe-) Fortschritte erzielt hat, für all dies haftbar machen? Blatter konnte die Landesvertreter nicht selbst auswählen! Korruption ist leider im grössten Teil dieser Welt Bestandteil des Systems, das sogar weit in den sogenannten «gutmenschigen», «anständigen» Teil der Welt hinein verzweigt ist. Sicher muss man dagegen angehen, aber die Gefahr bleibt bestimmt bestehen, dass erkannte Täter umgehend wieder durch andere, vielleicht etwas bescheidener oder raffinierter vorgehende Nachfolger ersetzt werden (müssen). Blatter mit seinen grossen Verdiensten um den Weltfussball für all dies haftbar zu machen, ist weder fair noch korrekt. *Peter H. Kuhn, Regensdorf*

Das Blatt hatte sich gewendet

Nr. 23 – «Bewegend»;
Kommentar von Max Wey

Die Menschen wiegten sich in der falschen Sicherheit, über Gottes Wege genau Bescheid zu wissen, und sandten Vorwürfe an den Himmel, die sehr schwer wogen. Alles andere als unbewegt vom Zustand auf Erden, bewog Gottes grosse Liebe ihn dazu, seinen Sohn zu senden. Das Blatt hatte sich gewendet: Das bewegende Leben des Gottessohns war die Antwort auf die Fragen des Journalisten.

Werner Pfleger, Aadorf

Dunstige Ziele

Nr. 23 – «Die lachenden Erben»;
Florian Schwab über die Meili-Millionäre

Wissen diese Söhne eigentlich, woher das Erbe kommt? Ich habe während rund zwanzig Jahren im Betrieb des Erblässers gearbeitet und könnte da Auskunft geben. Keiner dieser Herren hat sich (operativ) jemals um Vaters Betrieb gekümmert, geschweige denn sich darum verdient gemacht. Wahrscheinlich ist es auch besser so. Denn in einem technisch anspruchsvollen Betrieb sind schwammige Vorstellungen und dunstige Ziele nicht hilfreich. Im Nachhinein wird mir auch bewusster, warum in Ernst Meilis Büro statt Fotos der Söhne das Porträt eines Schäferhundes an der Wand hing. Da lobe ich mir die Weitsicht und Wertschätzung des Patrons einer ähnlich gewachsenen Firma in der Nachbargemeinde, der wusste, wem er seinen Erfolg zu verdanken hatte. Deshalb liess er den Hauptteil aus dem Verkaufserlös der Belegschaft zukommen. Das ergab nach zwölfjähriger Firmentreue für jeden Mitarbeiter ein zu-

sätzliches Jahresgehalt – schön, nicht? Das nenne ich ein intelligentes «Vermögensmanagement» im Unterschied zur geforderten Vermögenssteuer, die, wie so oft bei staatlichen Interventionen, den falschen Empfänger erreichen wird. *Kurt Grolimund, Wolfhausen*

Ich arbeite bei Siemens Building Technologies, und zwar in dem Bereich, der sich mit Brandmeldetechnik befasst und der das Föhnlein der ehemaligen Cerberus hochhält. Ich bin 1991 in die Cerberus eingetreten. Zu dieser Zeit hatte sich Herr Meili sen. schon längst aus der Geschäftsleitung zurückgezogen. Ich habe nur einige wenige wissenschaftliche Gespräche mit ihm geführt. Ich habe ihn als ziemlich autoritäre Person erlebt. Es erstaunt mich wenig, dass er der FDP der Firmengründer nahestand und sich von der Wischiwaschi-FDP entfernt hat. Leider habe ich damals noch nicht verstanden, was er für die Firma geleistet hat. Heute würde ich meinen Hut ziehen, wenn ich einen tragen würde.

In der Zeit, als ich bei Cerberus war, wurde sie von Luzius Hug geleitet. Er war Manager, aber er hat die Firma wie ein weitsichtiger Erbe geleitet. Um es möglichst vielen meiner Kollegen zu ermöglichen, unter verantwortungsvollen Erben zu arbeiten, habe ich ein Nein in die Urne gelegt. Ich weiss natürlich, dass es auch andere Erben gibt. Meines Wissens haben sich die jungen Herren Meili nie in der Cerberus betätigt.

Sie sind die genetischen Erben, aber wenn sie behaupten, die Cerberus-Erben zu sein, ist das Blödsinn. Die wahren Erben sind die Angestellten, die sich seit Jahren und auch heute noch um den Erfolg der Firma bemühen. Im Falle der Herren Meili befürworte ich deshalb die Erbschaftssteuer, und zwar zum Speziatsatz von 100 Prozent. *Walter Vollenweider, Steinhausen*

Mit guten Leistungen ins Ausland

Nr. 23 – «Schweizer Luftwaffe am Polarkreis»; Urs Gehrig über die Armee

Zurzeit gibt unsere Schweizer Luftwaffe ein klägliches Bild ab. Der technische Zustand einzelner Kampfflugzeuge sowie die Bereitschaft gibt vielen Bürgern zu denken. Warum wohl? Politiker mit Extremansichten wie Nationalrat Fehr oder der Juso-Präsident Molina schaden der Schweiz. Dank extrem guten Leistungen können und dürfen sich unsere Piloten im Ausland mit andern Profis messen und notwendige, ergänzende Erfahrung sammeln. Politische Bedenken sind unangebracht. Flüge über unser Land durch militärische Maschinen diverser Nationen werden von der Politik ja auch bewilligt. Militär-Helis und -Jets der Schweiz werden für Rückführungen von abgewiesenen Asylbewerbern oder zum spontanen Transport von Flüchtlingen (Albanien) über andere Nationen und sogar von Bundesrätinnen benutzt. Es gibt eben nicht den Fünfer

und das Weggli, weder in der Politik, noch im Handel noch im Gewerbe. *Ulrich Kägi, Seon AG*

Deutliches Nein

Nr. 22 – Zur Berichterstattung über das neue Radio- und TV-Gesetz

Es gibt Tausende von Tante-Emma-Läden und Friseure, die einen Millionenumsatz machen, aber von maximal fünf Prozent respektive 50 000 Franken Gewinnspanne leben müssen! Nun sollen sie als Geschäft 2500 plus privat 400 Franken Gebühren bezahlen! Da kann man nur deutlich nein sagen! *René von Euw, Rotkreuz*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

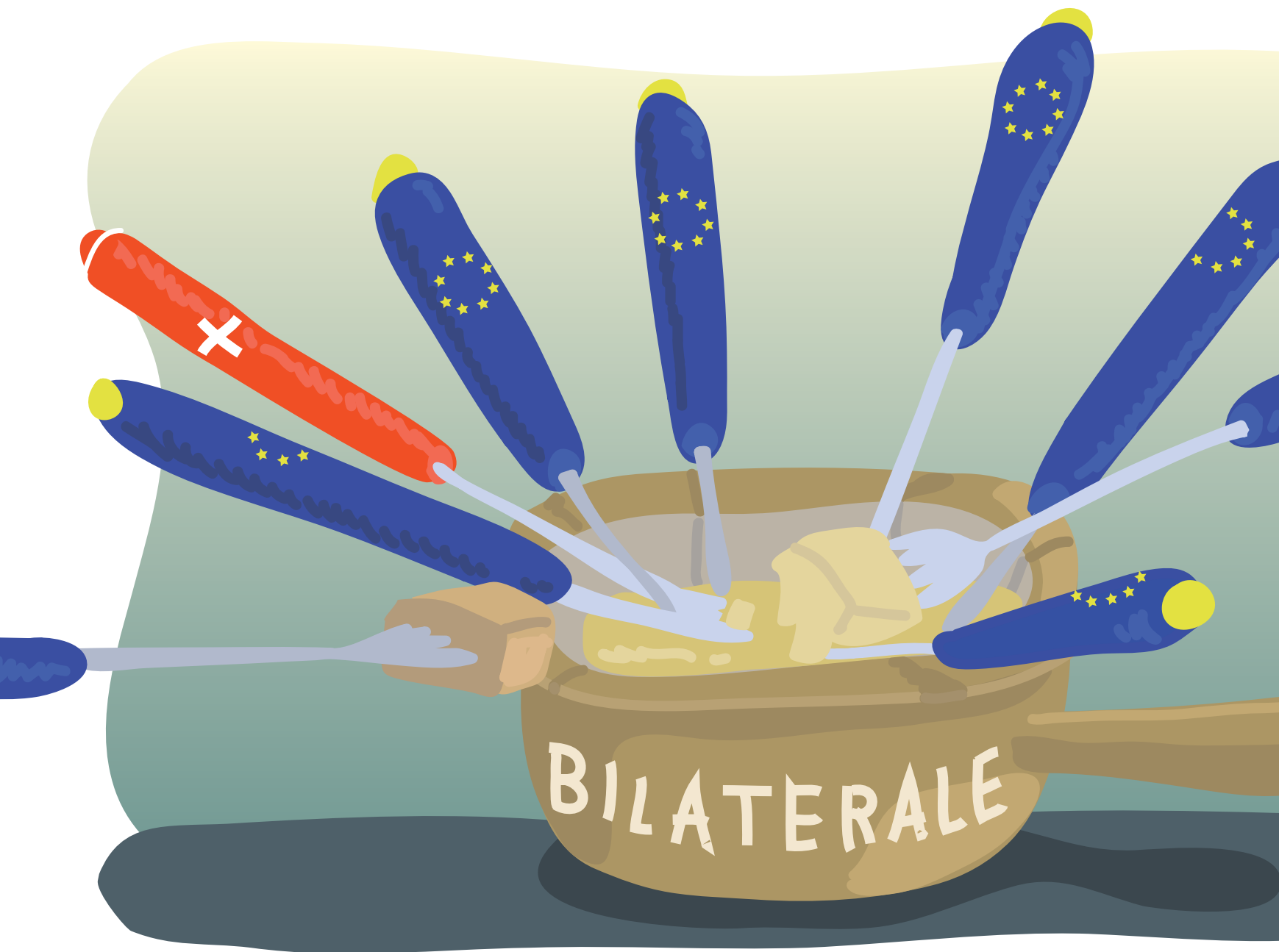


Es gibt nicht die Belegschaft.
Es gibt nicht das KMU.

Jedes Unternehmen ist einzigartig. Deshalb bieten wir Ihnen passgenaue Versicherungslösungen, die Sie vor den finanziellen Folgen krankheits- oder unfallbedingter Abwesenheiten schützen.

Lassen Sie sich von uns beraten per Telefon 058 277 18 00 oder auf www.css.ch/unternehmen. **Ganz persönlich.**





Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden die Vorteile, welche die EU der Schweiz gewährte, auch anderen Staaten eingeräumt.

Was die Bilateralen wert sind

Vor fünfzehn Jahren hat das Stimmvolk die bilateralen Verträge angenommen. Wenn man die Abkommen heute analysiert, stellt man ihren Mangel an Substanz fest.

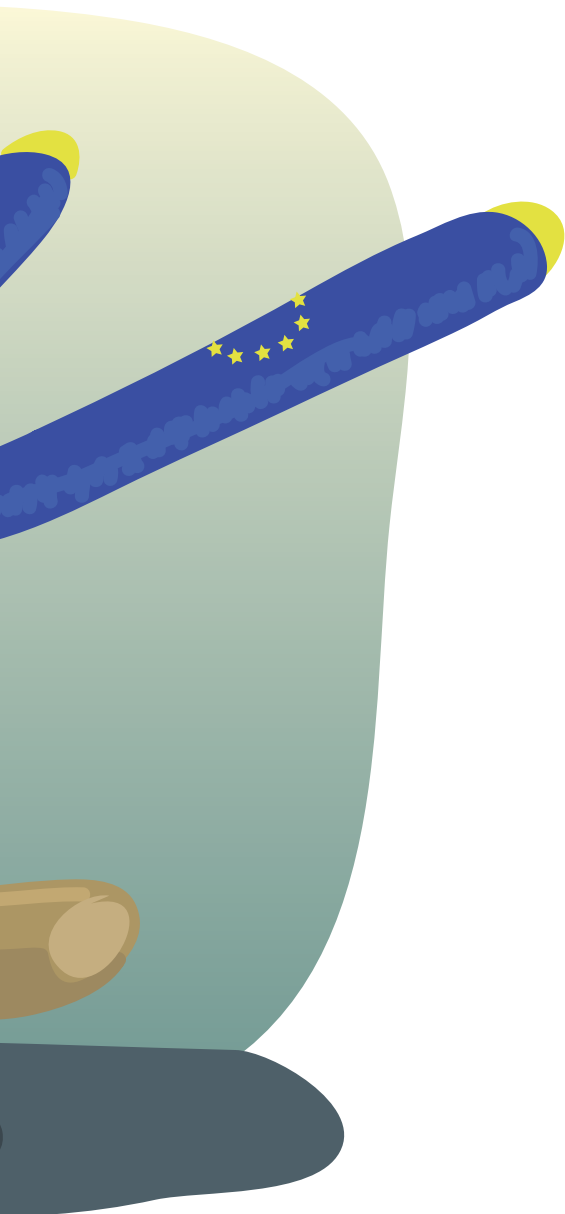
Von François Schaller und Jonas Baumann (Illustration)

Vielleicht kann der Bundesrat die Europäische Kommission doch noch davon überzeugen, den Text und das Grundkonzept der Personenfreizügigkeit abzuändern. Einstweilen aber stellt eine Kündigung der sechs weiteren bilateralen Verträge I seitens der EU weiterhin das grösste Risiko für die Schweiz dar. Darum ist es äusserst schwer zu verstehen, dass immer noch keine grundlegende Analyse ihres Inhalts und ihrer wirtschaftlichen Vorteile für unser Land vorgenommen worden ist. Gemacht haben es weder die Bundesversammlung noch die Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, ja nicht einmal die SVP, die de facto das Ende der Personenfrei-

zügigkeit erzwungen hat. Dabei reicht auch nur ein bisschen Zeit, um sich davon zu überzeugen, dass diese sechs Abkommen keineswegs ein entscheidendes Dispositiv für einen Zugang der Schweizer Wirtschaft zum grossen europäischen Markt darstellen.

Der Vertrag über den Landverkehr ist sogar klar protektionistisch inspiriert, da er – anders als oft angenommen – das Prinzip der Kabotage ausschliesst: Lastwagen aus der EU haben nicht das Recht, innerhalb der Schweiz Transportdienste auszuführen, ebenso wenig haben Schweizer Lastwagen in der EU das

Recht dazu. Schweizer Unternehmen von einer gewissen Bedeutung, die von einem europäischen Land zum andern Transporte durchführen wollen, müssen dort zumindest eine Niederlassung haben, was auch ohne Verträge möglich ist. Man sieht auch nicht so recht ein, weshalb ein Vertrag nötig sein sollte, damit europäische 40-Töner Zugang zu den Schweizer Autobahnen bekommen und die gleiche Schwerverkehrsabgabe wie die Schweizer Unternehmen bezahlen. Die Automobilisten aus den EU-Ländern bezahlen ja auch die gleiche Autobahnvignette wie die Schweizer.



len würden. Aufgrund meiner bescheidenen Nachforschungen bin ich der Meinung, dass eine solche Abstimmung einen Königsweg für die SVP darstellen würde.

Im Gegensatz zum Vertrag über den Landverkehr lässt jener über den Flugverkehr eine Kabotage ausdrücklich zu. Es ist dies sogar sein Zweck. Nun mag es vielleicht schlecht vorstellbar sein, dass europäische Fluggesellschaften Fluglinien innerhalb der Schweiz bewirtschaften wollen, aber das Gegenteil könnte sinnvoll sein. Das Problem ist nur, dass die Swiss als Tochtergesellschaft der unmittelbar betroffenen Lufthansa-Gruppe nicht eine einzige Flugverbindung zwischen zwei EU-Destinationen unterhält. Die Schweizer Easyjet-Tochter betreibt nicht mehr als ein Prozent ihrer Flüge als Kabotage. Ich habe nicht weiter gesucht.

Was die erleichterte Zulassung für die in der Schweiz produzierten Flugzeuge in der EU betrifft, was wohl nur die Pilatus Aircraft in Stans interessieren dürfte, fragt man sich, ob diese Erleichterung nicht auch den amerikanischen, brasilianischen, russischen Firmen gewährt wird, und zwar ohne Personenfreizügigkeit. Dies wäre allerdings überraschend. In diesem Fall könnte man sagen, dass der Vertrag über den Luftverkehr schlichtweg nutzlos ist.

Der Vertrag über das öffentliche Beschaffungswesen – konkret: über die öffentlichen Ausschreibungen für Aufträge unter 8,5 Millionen Franken, die von den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) nicht erfasst werden – betrifft vor allem regionale Bauprojekte, die in der Regel genau beobachtet und dokumentiert werden. Dass dieser Vertrag nie genau evaluiert worden ist, erstaunt – und lässt vermuten, dass es nichts zu evaluieren gibt, was von den befragten Wirtschaftsverbänden in der französischen Schweiz bestätigt wird.

Die Schweizer Unternehmen sind zu teuer, um in grösserem Ausmass öffentliche Aufträge in den EU-Ländern akquirieren zu können. Unüberbrückbare protektionistische Hürden, wie auch die mit der Bewerbung verbundenen Kosten und Risiken, sind zu gross im Vergleich zu den Erfolgchancen. Entsprechend liegt der Beteiligungsgrad nahe null. Auch hier gibt es schweizerische Unternehmen, die auf europäischer Ebene aktiv und dort auch mit mindestens einer Tochtergesellschaft präsent sind, was ihnen als europäische Unternehmen problemlos Zugang zum europäischen Markt verschafft. Die bilateralen Verträge I haben an dieser schon lange bestehenden Situation nichts geändert.

Was die öffentlichen Aufträge betrifft, die französische, italienische, österreichische und deutsche Firmen in der Schweiz akquirieren, so erreicht ihre Zahl zwar nicht das bedenkliche Niveau, das die Befürworter einer nationalen Präferenz in den Grenzregionen etwas

schwarzseherisch vorausgesagt haben. Aber die Schweiz kann auch ohne bilateralen Vertrag ihre «kleinen» Ausschreibungen unilateral für EU-Unternehmen öffnen, falls sie findet, dass dies den Finanzen der öffentlichen Hand dient.

Der Vertrag über die Landwirtschaft betrifft in erster Linie die geschützten Ursprungsbezeichnungen und ähnliche Labels. Diese gegenseitige Anerkennung sichert der Schweiz eigentlich keinen zusätzlichen Zugang zum europäischen Markt. Sie macht nur die Hinterlegung einer geschützten Marke unnötig für den Fall, dass sie angegriffen wird. In Wirk-

Welches sind die Kosten, die mit dem Vertrag seit seiner Umsetzung 2011 eingespart wurden?

lichkeit ist es aber nicht so, dass alle Marken sich täglich gegen solche Angriffe wehren müssten. Man findet in Europa beispielsweise nicht viele Imitationen des Käseprodukts Tête de Moine aus dem Schweizer Jura. Falsche Greyerzer oder Emmentaler können weiterhin wie vulgäre Generika in Frankreich und Deutschland frei verkauft werden. Die Frage ist also: Wie viele geschützte Ursprungsbezeichnungen müssen pro Jahr in der EU gerichtlich verteidigt werden? Mit welchem Resultat? Welches sind die Kosten, die mit dem bilateralen Vertrag seit seiner späten Umsetzung im Jahr 2011 eingespart wurden?

In diesem Zusammenhang muss festgestellt werden, dass die EU etwa 1200 geschützte Ursprungsbezeichnungen besitzt, die Schweiz aber nur deren 30. Die Vertreter der geschützten Ursprungsbezeichnungen bilden einen eigentlichen Machtfaktor und streben seit langem Anerkennungsverträge an nach dem Modell, das im Rahmen der WTO für den Weinmarkt abgeschlossen wurde. Das ist ein schwieriges Unterfangen. Gemäss unserer Kenntnis gelang dies bisher nur mit der Schweiz, was für diese Lobby einen wichtigen Präzedenzfall darstellt, vor allem im Hinblick auf die Diskussionen mit den Mercosur-Ländern und den USA.

Ein anderer wichtiger Aspekt des Landwirtschaftsvertrags ist die Reduzierung der Handelshemmnisse auf dem Käsemarkt, ein klassischer Ansatz der Handelsdiplomatie. Die Zahlen sind sechs Jahre nach der Umsetzung vorhanden und sprechen eine deutliche Sprache: Die Importe von europäischem Käse haben in der Schweiz stark zugenommen (um rund 70 Mio. Fr.), unsere Exporte in die EU-Länder dagegen sind leicht zurückgegangen.

Die Öffnung des Schweizer Markts hat in erster Linie zu einer Verschärfung des Wettbewerbs und zu einem Preisdruck geführt. Man kann verstehen, dass Bundesbern dies als

Und weshalb braucht es eigentlich einen Vertrag, damit die Schweizer Huckepack-Politik in Europa anerkannt wird? Wozu dient eigentlich diese formelle Anerkennung, wenn man weiss, wie verspätet Deutschland und Italien mit dem Bau der Zugang-Terminals sind? Bedeutet dies, dass die Schweiz sich schliesslich an deren Finanzierung in Italien beteiligen muss? Man sollte auch nicht vergessen, dass die EU, die nicht einen Euro zum Bau der Basistunnels an Gotthard und Lötschberg beigesteuert hat, nach wie vor an einer Umgehung der Schweiz via Österreich und Frankreich schmiedet.

Ich möchte nicht auf das zurückkommen, was ich wiederholt zu den bilateralen Verträgen I geschrieben habe (siehe Economie-et-migration.com), sowie auf die Tatsache, dass die Exporte in die EU eigenartigerweise weniger schnell wachsen, seit die bilateralen Verträge in Kraft getreten sind. Aber es gibt eine Reihe von Punkten, die bei einer neuen Volksabstimmung über den bilateralen Weg, von dem die Politiker träumen, eine wesentliche Rolle spie-

gute Nachricht für die Schweizer Konsumenten auffasst. Aber warum muss diese Öffnung mit einem Abkommen formalisiert werden? Das Cassis-de-Dijon-Prinzip wurde ja auch von der Schweiz unilateral zugunsten des Binnenmarkts eingeführt.

Das bilaterale Abkommen über den Abbau der technischen Handelshemmnisse (gegenseitige Anerkennung von Normen und Standards) ist von allen sechs das einzige, von dem man sagen kann, dass es der Schweizer Industrie effektiv einen zusätzlichen Zugang zum europäischen Markt verschafft. Aber auch hier werden nicht das Volumen oder der Wert der Exporte gesteigert, sondern einfach die Homologisierungsverfahren gewisser Produkte verkürzt, weil die Zustimmung eines EU-Staats für die ganze Union gilt. Es geht also um eine Reduktion des Zeitaufwands und der Kosten für die Exportwirtschaft.

Dies ist auch meines Wissens der einzige Bereich, in dem ein Versuch zur Evaluierung unternommen worden ist, und zwar in einer Masterarbeit der Universität Genf, die auf den

Weshalb sollte dieses von der EU als wesentlich eingestufte Prinzip für die Schweiz so wichtig sein?

Zahlen für 2006 aufbaut (das Abkommen ist seit Juni 2002 in Kraft). 2008 hat das Seco auf Basis dieser Arbeit sagen können, dass die Kostenreduktion zwischen 250 und 500 Millionen Franken pro Jahr beträgt. Dies entspräche nach unserer Rechnung zwischen 0,08 und 0,16 Prozent des gesamten Handels zwischen der Schweiz und der EU. Sofern diese freizügige Evaluation, bei der die Schere um 100 Prozent aufgeht, zutrifft, darf man die Behauptung wagen, dass diese Zahlen dem gesamten Vorteil entsprechen, den die bilateralen Verträge I der Exportwirtschaft gebracht haben. Anders gesagt: Damit ist auch das Risiko beziffert, das die Schweiz mit dem Verzicht auf die Personenfreizügigkeit eingeht. Man kann nicht gerade sagen, es gehe hier um einen lebenswichtigen Betrag.

Sollte es zu einer neuen nationalen Debatte über die bilateralen Verträge I kommen, muss der Bund genau erklären, was der Vorteil für die Schweiz ist (sofern es einen gibt), den diese Abkommen gegenüber den Mutual Recognition Agreements aufweisen, welche die EU mit den USA, mit Japan, Kanada, Australien, Neuseeland und Israel abgeschlossen hat. Das Problem ist, dass die Internetplattform der EU die Schweiz in diese Abkommen einschliesst und sie alle gleich behandelt – als ob die EU der Schweiz im Gegenzug zur Personenfreizügigkeit etwas gegeben hätte, was sie den erwähnten Drittstaaten ohne andere Gegenleistungen als die Reziprozität einräumt.

Das bilaterale Abkommen zur Forschung drückt den Willen der EU aus, zum wichtigen Innovations-Pool der Welt zu werden. Dieses Abkommen fällt nicht unter die Guillotineklausele, da es zeitlich begrenzt ist. Geht es nicht um jährliche Abkommen? Die Programme für die Jahre 2016 und 2017 sind im Trockenen, aber die folgenden sind offenbar von der Aufnahme Kroatiens in das immer noch gültige Freizügigkeitsabkommen abhängig. Dies gemäss Bestimmungen, die offenbar als evident gelten, die ich aber immer noch nicht verstanden habe. Auch in diesem Punkt wäre es gut, wenn festgestellt und erläutert würde, inwiefern die Beteiligung der Schweiz an diesen Programmen sich von jener anderer Staaten dieser Welt unterscheidet. Man erkläre uns, was an der Beteiligung der Schweiz so anders ist, dass sie die gemachten Konzessionen, unter anderem die Personenfreizügigkeit, rechtfertige.

Die bilateralen Verträge wurden 2000 vom Stimmvolk klar angenommen, um des Friedens willen, nach zehn Jahren schwieriger und spannungsreicher Auseinandersetzungen um die Europapolitik. Wenn man die Abkommen heute, nach zehn Jahren Gültigkeit, analysiert, stellt man einen Mangel an Substanz fest. Würde diese Bilanz auch von Bern bestätigt, würde sie unser Selbstvertrauen gegenüber der EU steigern, die der Schweiz keine Arrangements zugestehen kann, die sie den Mitgliedsländern verweigert. Und sie würde eine Kündigung der Freizügigkeit rechtfertigen, mit dem Ziel, in anderen Verhandlungsdossiers, in denen eine geradezu unsinnige Verspätung festzustellen ist, endlich vorwärtszumachen.

Die Schweiz braucht keine Personenfreizügigkeit, um die personellen Ressourcen, die ihre Wirtschaft und ihre staatlichen Institutionen benötigen, aus Europa zu importieren. Die Einwanderungsquoten oder Kontingente stellen an und für sich auch keine Hürden dar: Vor der Einführung der Freizügigkeit sind sie nie ausgeschöpft worden. Auch benötigt die Schweizer Wirtschaft keine miteinander verbundenen Abkommen, um jene Vorteile zu bekommen, die die bilateralen Verträge I angeblich bieten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden die Vorteile, welche die EU der Schweiz gewährte, auch anderen Staaten eingeräumt, ohne dass mit ihnen über eine Personenfreizügigkeit diskutiert wurde. Wenn man von der Ideologie absieht – weshalb sollte denn dieses von der EU als wesentlich eingestufte Prinzip für die Schweiz so wichtig sein? Weshalb sollte die Schweiz nicht einfach eine Gleichbehandlung einfordern, gemäss der guten alten Generalklausel der meistbegünstigten Nation?

François Schaller ist Chefredaktor der Genfer Wirtschaftszeitung L'Agéfi.

Freihandel

«Unsicherheit»

Bundesbern übt sich wieder einmal im vorauseilenden Gehorsam. Von Wolfgang Koydl

Karin Keller-Sutter wollte es ganz genau wissen: Was, so fragte die FDP-Ständlerin den Bundesrat, ist besser für die Schweiz in ihrem Verhältnis zur Europäischen Union – die bilateralen Verträge oder ein Freihandelsabkommen, das sich auf den Warenaustausch konzentriert und die politische Dimension ausklammert?

Es gibt Fragen, auf die man von vornherein die Antwort kennt. Keller-Sutter dürfte denn auch nicht überrascht gewesen sein über den 84 Seiten starken Bescheid der Landesregierung auf ihre Anfrage. Man hätte es auch kürzer sagen können: Natürlich ist Bundesbern davon überzeugt, dass das bilaterale Vertragswerk allen Alternativen vorzuziehen ist.

Ein Freihandelsabkommen, so legt der Bericht dar, wäre ein «klarer Rückschritt» und mit «Unsicherheit» verbunden. Es würde «nicht zwingend die gleiche Rechtssicherheit» bringen wie die Bilateralen. Das «Ziel einer grösseren regulatorischen Eigenständigkeit» wäre «höchstens formell gewährleistet». Vor allem aber wisse man ja gar nicht, ob die EU überhaupt Lust dazu hätte, eine solche Übereinkunft auszuhandeln.

Da zeigt er sich wieder, der vorauseilende Gehorsam, mit dem Bundesbern seit je Brüssel begegnet. Wenn die nicht wollen, können wir nichts machen, heisst es achselzuckend. «Unverhandelbar» – mit diesem Schlagwort blockiert die EU die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Und weil sich die Union ja wahrscheinlich auch Gesprächen über ein Freihandelsabkommen verweigern werde (woher will man das so genau wissen?), lassen wir es doch lieber gleich bleiben. Nur nicht unangenehm auffallen.

Das Problem liegt nicht nur darin, welche Übereinkunft besser ist. Das Problem ist auch die Hasenfüssigkeit des Bundesrates. Sicher, unser Land steht nicht im Zentrum europäischer Aufmerksamkeit. Aber es würde schon helfen, wenn die Schweiz mit dem Selbstbewusstsein eines souveränen Staates ihre Interessen vertreten würde. Wer kuscht, kriegt nichts. Auch ein Freihandelsabkommen ist nur so gut wie die Stärke, mit der man es verhandelt.

Professor Biegsam

Im Auftrag des Bundes untersucht der Zürcher Medienwissenschaftler Michael Latzer das Online-Angebot der SRG. Anfangs ging er hart mit dem Forschungsobjekt ins Gericht, doch plötzlich wurde er zahm. Nun hat der Professor erneut den Zuschlag für den Auftrag erhalten. *Von Florian Schwab*

«Mit Datenpfusch Auflagen umschiffen», titelte kürzlich das Medienportal Persoenlich.com in Richtung SRG. Der *Tages-Anzeiger* hatte Fragwürdigkeiten beim sogenannten Konformitätsmonitor aufgedeckt, den das Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung (IPMZ) an der Universität Zürich im Auftrag des Bundesamts für Kommunikation (Bakom) erstellt. Der Vorwurf: Das Bakom habe die Forscher dazu bewegt, während eines laufenden Projekts die Kriterien zugunsten der SRG aufzuweichen.

Trotz der aufkeimenden Kritik entschied das Bakom vor zwei Wochen, den Auftrag erneut an den österreichischen IPMZ-Professor Michael Latzer zu vergeben. Dadurch nährt das Bundesamt für Kommunikation den Verdacht von Kritikern, dass es sich zugunsten der SRG einsetze.

Gregor Rutz (SVP) von der «Aktion Medienfreiheit» ist diese Nähe schon länger ein Dorn im Auge: «Das Bakom sagt, was der Bundesrat sagt, und der Bundesrat sagt, was die SRG sagt.» Tatsächlich war beispielsweise der Forschungsleiter des Bakom früher beim Forschungsdienst der SRG beschäftigt.

Auf wundersame Weise geschmolzen

Worum geht es bei der fraglichen Untersuchung? Latzers Team muss anhand des Konformitätsmonitors überprüfen, ob sich das Internetangebot des halbstaatlichen Mediengiganten innerhalb der rechtlichen Grenzen bewegt. Damit soll sichergestellt werden, dass die SRG kein vollwertiges Nachrichtenportal im Internet unterhält und damit private Anbieter konkurrenziert. Die Regeln schreiben vor, dass die SRG längere Textbeiträge nur dann im Internet publizieren darf, wenn diese einen «zeitlichen und thematischen» Bezug zu einer Radio- oder Fernsehsendung haben, so der Wortlaut der Konzession.

In einer ersten Untersuchung 2013 war der zeitliche und thematische Bezug in fast fünfzig Prozent der Fälle fragwürdig, so der damalige Bericht Latzers. Im jüngsten Bericht schmolz diese «Grauzone» auf wundersame Weise auf unter zehn Prozent zusammen. Prompt rühmten sich Roger de Wecks Leute: «SRG hält Vor-



Zugunsten der SRG? Medienprofessor Latzer.

gaben der Konzession ein». Während die SRG die wundersame Schrumpfung der Grauzone auf ihre Bemühungen bei der Mitarbeiterschulung zurückführte, notierte Latzer den wahren Grund: Das Bakom habe seine Rechtsauffassung darüber geändert, wie der zeitliche Bezug zu definieren sei. Wird ein Online-Artikel ohne Datumsangabe publiziert, so sei der zeitliche Bezug automatisch gegeben.

Das Bakom bezeichnet die Darstellung des *Tages-Anzeigers*, laut der die «Spielregeln» geändert worden seien, als «falsch». Es sei «umeinereine Interpretation der Konzessionsbestimmung» gegangen. Latzer betont, die «rechtliche Interpretation der Konzessionsbestimmung und die Feststellung, ob es sich um Verstösse handelt, ist selbstverständlich vom Bakom vorzunehmen». Seine Aufgabe bestehe lediglich darin, Entscheidungsgrundlagen zu schaffen. Tatsache ist: Durch eine simple Anpassung der Methode stand die SRG plötzlich hervorragend da. In Fachkreisen rümpft man über Latzers Aufgabenverständnis die Nase. Das Universitätsgesetz hält nämlich fest, dass in Projekten für Dritte der Grundsatz der Wissenschaftlichkeit zu wahren ist. Eine plötzliche Änderung der Beurteilungskriterien auf Geheiss von oben – ohne wissenschaftliche Begründung – ist damit schwer in Einklang zu bringen.

Eine Erklärung für die Bereitwilligkeit, mit der Latzer seine Untersuchung anpasst, könnte das Auftragsvolumen sein: Immerhin 688 000 Franken gibt das Bakom dafür während vier Jahren aus. Damit handelt es sich um einen Grossauftrag. Laut Auskunft der Universität Zürich machen die Drittmittel am IPMZ pro Jahr rund eine Million Franken aus – ein Fünftel davon stammt also aus Latzers Bakom-Projekt. Mehr als 11 000 Stunden soll das Projekt umfassen. Dies ist den Unterlagen zur Ausschreibung zu entnehmen.

Plötzlich ergeben sich weitere Fragen: Berechnet man aus dem Auftragsvolumen und aus dem Stundenaufwand einen durchschnittlichen Stundenlohn, so erhält man einen Wert von unter 60 Franken. Das Gesetz hält die Universität unmissverständlich an, ihre Dienstleistungen zu Markt-

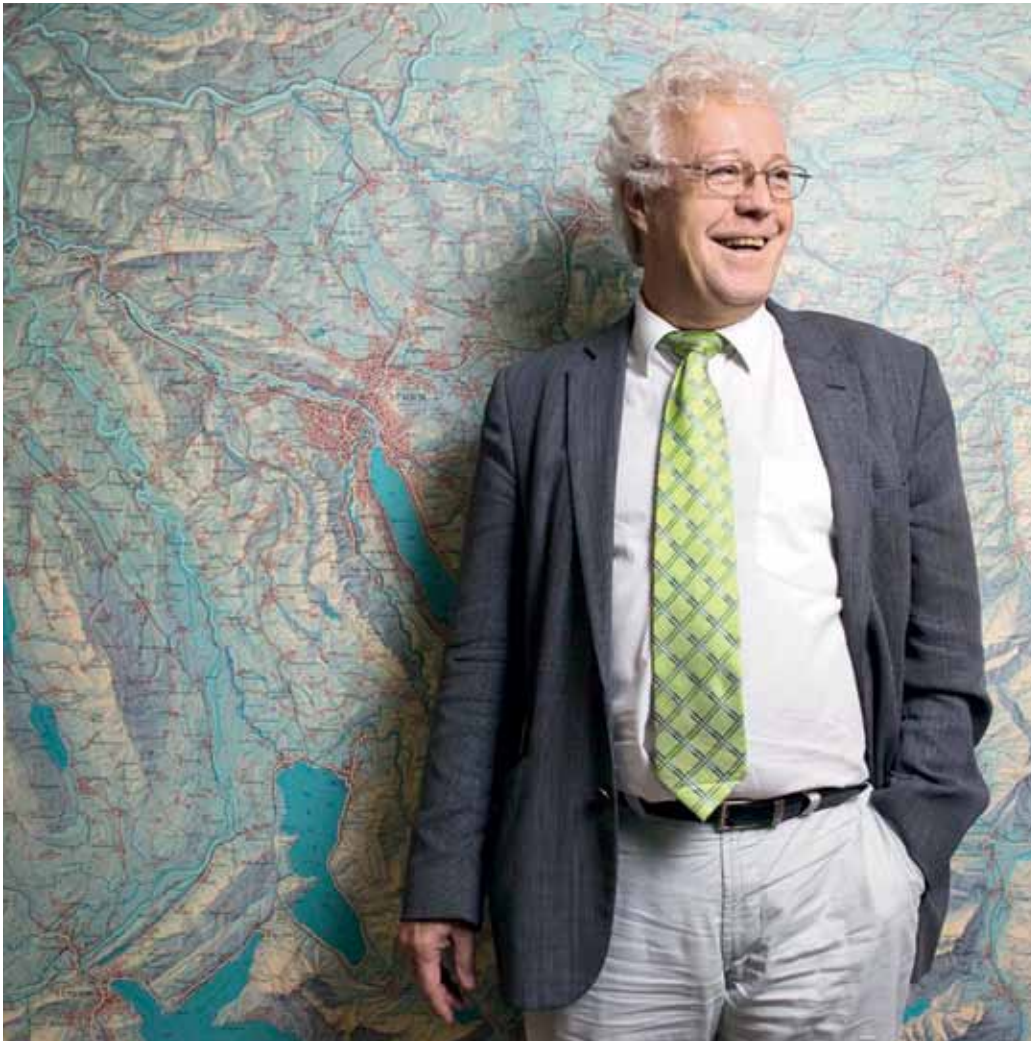
preisen zu verrechnen. Bei den anspruchsvollen Programmieraufgaben, die das Projekt mit sich bringt, wären aber Stundensätze von weit über 100 Franken marktüblich. Zudem, so schreibt es die Uni vor, müssten die Dienstleistungen «mindestens kostendeckend» verrechnet werden, zu berücksichtigen seien alle Gehälter, Administrationskosten, Raum- und Infrastrukturkosten sowie ein Deckungsbeitrag an die fixen Kosten der zentralen Verwaltung.

«Übliche Löhne»

Wie kommt die Universität Zürich dazu, anspruchsvolle Dienstleistungen zu einem Preis zu verrechnen, der nur unwesentlich über dem Niveau anspruchsloser Handarbeit wie beispielsweise solcher in der Reinigungsbranche liegt? Diskriminiert die öffentliche Institution mit einer solchen Tiefpreispraxis nicht mögliche Mitbewerber aus der Privatwirtschaft? Dass es im Ausschreibungsverfahren Konkurrenzofferten gegeben hat, ist anzunehmen. Mit Blick auf den noch nicht rechtsgültigen Vergabeentscheid möchte sich Latzer nicht zu der Berechnung äussern; er verweist jedoch darauf, «dass unsere Budgetpläne auf Basis der üblichen Löhne an der Uni Zürich und deren Richtlinien erfolgen». Wenn es um die SRG geht, so scheint Bakom-Gutachter Latzer in jeder Hinsicht flexibel. ○

«Bleiberecht für alle»

Der Kanton Zürich fordert die Gemeinden dazu auf, illegalen Migranten zu helfen, ihre Kinder vor den Einwohner- und Migrationsbehörden zu verstecken. Das zeigt ein aktueller Fall. Damit verstärkt der Staat die Anreize für die unrechtmässige Einwanderung. *Von Philipp Gut*



Wiederholte Druckversuche: Volksschulamt-Chef Wendelspiess.

Man stelle sich vor: Ein Kanton ruft Gemeinden auf, Gesetze zu missachten und ihre eigenen Verwaltungsabläufe ausser Kraft zu setzen. Und als sich die Gemeinden weigern, hakt der Kanton mehrfach nach, sogar Chefbeamte mischen sich ein. Sie fordern, dass die Gemeinden illegales Verhalten nicht nur dulden, sondern es aktiv fördern sollen. Laut Kanton sollen die Gemeinden also zu Komplizen der Rechtsbrecher werden.

Was klingt wie aus einem Krimi von Friedrich Dürrenmatt, ist keine Fiktion, sondern Realität, etwa im Kanton Zürich. Der *Weltwoche* liegt der Fall einer mittelgrossen Gemeinde vor, in der sich genau solche Vorgänge abgespielt haben. Konkret geht es um die Aufnahme, das Verstecken und die Spezialbehandlung von illegal anwesenden Kindern in öffentlichen Schulen. Im vergangenen Jahrgang ging auf der Schulverwaltung der erwähnten

Gemeinde – nennen wir sie F. – der Anruf einer Lobbyistin des Vereins für die Rechte illegalisierter Kinder ein. Es gebe in der Gemeinde ein Kind illegaler Migranten, das eingeschult werden solle, teilte die Sprecherin des Vereins mit. Und sie stellte gleich eine Forderung auf: Die Daten dürften auf keinen Fall der Einwohnergemeinde gemeldet werden. Die Schulverwaltung wurde auch mit Kampagnenmaterial eingedeckt: «Sans-Papiers-Kinder in der Schule. Handlungsempfehlungen für Lehrpersonen und Schulbehörden».

Keine Schulreisen in Grenznähe

Darin sind detaillierte Anweisungen enthalten, wie Gemeinden, Schulen und Lehrer die Illegalen decken sollen: «Sobald die Schule Informationen über Sans-Papiers-SchülerInnen und deren Eltern an die Einwohnerbehörden oder die Polizei weitergibt, wird ein bürokratisches Verfahren in Gang gesetzt, an dessen

Ende die Ausschaffung der Kinder wie ihrer Familien steht.» Auch sonst sei «Vorsicht und Zurückhaltung angebracht, was die Kommunikation des Aufenthaltsstatus betrifft. Wird man als LehrerIn von Eltern oder SchülerInnen als Vertrauensperson eingeweiht, sollte man gut überlegen, wen man gegebenenfalls noch miteinbezieht (eventuell Schulleitung, KlassenkollegInnen), und dies nur in Abstimmung mit den SchülerInnen bzw. deren Eltern tun.»

Forderungen von links aussen

Der Forderungskatalog geht noch weiter, bis in kurios anmutende Details hinein, die den Schulalltag ganz auf die Bedürfnisse der Illegalen ausrichten: keine Schulreisen in grenznahe Gebiete; spezielle Vorsichtsmassnahmen, wenn «fremde Personen» die Klasse besuchten; die Illegalen informieren, dass auch sie Anspruch auf Krankenversicherung hätten. Schliesslich sei es geradezu «pädagogische und ethische Pflicht» der Lehrer, sich «für den Schutz und die Regularisierung des Aufenthalts» der Illegalen einzusetzen und sich politisch einzumischen. Das Ausländerrecht? Am liebsten abschaffen. Denn: «Kein Kind ist illegal.» Und wenn es die Kinder nicht sind, können es auch die Eltern nicht sein: «Bleiberecht für alle», lautet der bekannte Slogan dieser Kreise.

Natürlich stammen diese Forderungen aus der linken Ecke. Gegründet wurde der Verein für die Rechte illegalisierter Kinder von den Sans-Papiers-Beratungsstellen Basel, Bern, Zürich, dem Sans-Papiers-Kollektiv Genf, den Hilfswerken Terre des hommes Schweiz und Heks sowie den Gewerkschaften Unia und VPOD. Erstaunlich aber ist, dass sich der Kanton Zürich – und nicht nur er – diese Postulate von links aussen weitgehend zu eigen macht.

Die Gemeinde F. weigerte sich nicht, das illegal eingewanderte Kind einzuschulen. Sie anerkannte das verfassungsmässige Recht auf Bildung. Doch sie beharrte auf einer Gleichbehandlung aller Kinder. F. ist eine sogenannte Einheitsgemeinde, das heisst: Die Schul- und die Einwohnergemeinde arbeiten eng zusammen. Die verschiedenen Amtsstellen tauschen ihre Daten automatisch elektronisch aus, was die Abläufe vereinfacht und bürokratische Umtriebe erspart.

Doch nun schaltete sich, wie angedeutet, der Kanton ein. Das Volksschulamt wollte der

Gemeinde untersagen, ihre gängige Praxis des Datenaustauschs durchzuführen. Als die Schulverwaltung standhaft blieb, mischte sich der Chef des Zürcher Volksschulamts, Martin Wendelspiess, persönlich in die Angelegenheit ein. Dabei frisierte der gewiefte Rhetoriker seine Sprache: Er vermied es in seinen Schreiben konsequent, von «Illegalen» zu reden, stattdessen nannte er diese «Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus» oder, noch schönfärberischer, «ohne geregelten Aufenthaltsstatus». «Das Recht auf Bildung», belehrte der Volksschulamts-Chef die Gemeinde, «muss im Handeln der Schulbehörden höher gewichtet werden als die ausländerrechtlichen Regelungen, die das Migrationsamt anwendet.» Die Daten der illegalen Kinder müssten separat geführt werden, es seien Absprachen mit der Einwohnerkontrolle zu führen. Die Weitergabe der Daten ans Migrationsamt habe unter allen Umständen «zu unterbleiben».

Die eine Verwaltungseinheit des Kantons Zürich – das Volksschulamt – ruft also dazu auf, die Arbeit einer anderen Amtsstelle des Kantons – des Migrationsamts – zu hintertreiben, zu der sie gesetzlich verpflichtet ist. Sabotage als Verwaltungstechnik.

In den entsprechenden Richtlinien, die Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) im Mai 2007 verabschiedete, heisst es klipp und klar:

«Die Schulpflege weist die Eltern darauf hin, dass der Schulbesuch keinen Einfluss auf die Regelung des Aufenthalts hat. Allein die Einwohnerkontrolle und das Migrationsamt sind für die Regelung des Aufenthalts zuständig.» Wie aber, so fragt sich, sollen Einwohnerkontrolle und Migrationsamt urteilen können, wenn sie laut Volksschulamt nicht über die Aufnahme illegaler Schüler informiert werden dürfen?

Das Vorgehen des Kantons ist nicht nur unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten bedenklich.

Auch die Volksschulverordnung, Paragraph 2, Absatz 3, verlangt: «Die für die Einwohnerkontrolle zuständigen Behörden informieren die Schulpflegen über die Kinder, die schulpflichtig werden, und über Zu- und Wegzüge von schulpflichtigen Kindern.» Auch dieser Informationspflicht können die Behörden nicht nachkommen, wenn ihnen die Daten vorenthalten werden. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Im Bestreben, das geltende Ausländergesetz auszuhebeln, verstrickt sich der Kanton in unauflösbare Widersprüche.

Das Vorgehen des Kantons ist nicht nur unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten be-

denklich. Er bürdet damit auch den Gemeinden erhebliche Kosten auf. Die Illegalen, die oft Intensivdeutschkurse und andere Angebote in Anspruch nehmen, benützen Leistungen, bezahlen selber aber keine Steuern. Das Nachsehen haben die Bürger, die sich an die Gesetze halten und mit ihren Steuergeldern unfreiwillig die illegale Migration unterstützen. Der Staat setzt falsche Anreize: Illegale Migration in die Schweiz lohnt sich – das ist das Signal, das er aussendet.

Das Volk darf sich nicht äussern

Wie ging die Geschichte zu Ende? Nachdem sich die Gemeinde F. auch den wiederholten Druckversuchen des Volksschulamts nicht gebeugt hatte, hörte sie plötzlich nichts mehr von der untergetauchten Familie. Schweizweit aber werden Tausende von solchen Kindern unter fragwürdigen Bedingungen von den Behörden gedeckt. Auch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren predigt diese Praxis. So sabotiert der Staat weiterhin sich selber – nach dem Willen der Politiker. Als es vor einem halben Jahr um die Ermöglichung von Berufslehren für Illegale ging, verhinderte der Ständerat, dass die Vorlage referendumsfähig wurde. Die Kantonsvertreter wollten nicht, dass das Volk darüber abstimmen konnte. Es hätte die schizophrene Politik wohl kaum abgesegnet. ○



Firmen zu internationalem Wachstum verhelfen: Auch das ist die Post.

Die Post macht viel mehr, als man denkt. Wir bieten zum Beispiel international tätigen Firmen massgeschneiderte Versandlösungen. Egal, ob es dabei um Briefe, Kleinwaren, Printmedien oder Direct Mailings geht. Und das erst noch in gewohnter Schweizer Qualität. Ergreifen auch Sie Ihre Wachstumschancen und überwinden Sie mit der Post Grenzen: post.ch/gelb-bewegt

DIE POST 
Gelb bewegt.



Helfer: Hajan (l.), Thaibox-Meister Gashi.



Der Kurde Hajan kämpft gegen sein eigenes Volk.



Hajan mit Kampfgefährte im sogenannten IS.



Vor seinem Tod in Kobane.

Raus aus dieser dreckigen Welt

Winterthur scheint das Mekka der Schweizer Dschihadisten-Szene zu sein. Extremisten tummeln sich in der An-Nur-Moschee, bei Koran-Verteilungsaktionen und in Kampfsportzentren. *Von Kurt Pelda*

Die Fassade ist gräulich, das Haus im Winterthurer Problemviertel Wülflingen wirkt heruntergekommen. Am Eingang zum Keller hängt ein Plakat, das vor Einbrechern warnt. Bei einem der Klingelknöpfe ist immer noch der Name Hajan vermerkt, doch den zugehörigen Briefkasten hat jemand mit braunem Klebband überklebt. Darauf steht: «Weggezogen! Ins Ausland.»

Im ersten Stockwerk links befindet sich eine Dreizimmerwohnung. Hier hatte ein Drama seinen Anfang genommen, das Ende Januar ein blutiges Ende gefunden haben soll. Der 20-jährige Hajan wurde im syrischen Kobane angeblich Opfer eines amerikanischen Luftangriffs. Als er noch in Winterthur war, hatte er auf Facebook geschrieben: «O, Allah, gib uns einen ehrenvollen Abgang aus diesem dreckigen Diesseits, amen.»

Nike und Wahhabismus

Hajans Vater Mohammed, ein Kurde, stammt aus der nordirakischen Stadt Halabdscha. In der Schweiz lebte er zuletzt in der renovationsbedürftigen Mietskaserne in Wülflingen. Ein paar Schritte entfernt befindet sich ein Quartierladen, der mit Videokameras bestückt ist, als wäre er eine Bank. Der Besitzer, ein Muslim, ärgert sich über die vielen Ladendiebstähle und die Kriminalität in der Nachbarschaft und sagt: «Ein guter Tag ist, wenn die Polizei weniger als fünfmal in unsere Strasse kommen muss.»

Es ist die Umgebung, in der Hajan aufwächst. Als seine Familie noch intakt ist, gibt er den radikalen kurdischen Nationalisten. Daran erinnert sich ein ehemaliger Freund. Er sei für die Sache der Kurden und gegen die Türkei gewesen. Dies ändert sich erst, als Vater Mohammed die gemeinsame Wohnung verlässt und zurück nach Kurdistan geht. Während der Vater eher säkular eingestellt ist, gerät der Sohn nun zunehmend unter den Einfluss seiner religiösen Mutter, ebenfalls eine Muslimin aus dem Irak. Sie habe Hajan gesagt, er solle sich mehr mit dem Islam befassen, erzählt der frühere Freund weiter. Er ist überzeugt, dass der Abgang des Vaters entscheidend zu Hajans Veränderung beigetragen hat. Hajan sei früher ein lustiger Typ gewesen, interessiert an Alkohol und Frauen, aber auch ein Sportler und guter Leichtathlet, der beim

Staffellauf in der U-16-Kategorie Schweizer Meister geworden sei.

Hajan beginnt eine Lehre, doch sein Interesse liegt schon ganz woanders. Auf Facebook schreibt er, womit man den Islam erlernen solle. Als Erstes nennt er vier Bücher von Mohammed ibn Abd al-Wahhab, einem Gelehrten des 18. Jahrhunderts und Begründer des Wahhabismus saudi-arabischer Prägung. Seine Werke sind die Grundsäulen der Ideologie des sogenannten Islamischen Staats (IS) und von al-Qaida. Esoterisch anmutende Videos des deutschen Salafisten Marcel Krass mit dem Titel «Endstation» tragen bei Hajan ebenso zur Radikalisierung bei wie bei Christian, einem 18-jährigen italoschweizerischen Konvertiten, der in derselben Strasse nur wenige Schritte von Hajans Wohnung entfernt lebt.

Der junge Kurde trägt nun gerne Hochwasserhosen, weil das der Prophet angeblich auch getan hat. Das hält ihn aber nicht davon ab, sich zugleich an Markenprodukten wie Nike, Adidas oder Apple zu ergötzen. Er steht auf schnelle Audis und liebt Red Bull. Später, nach der Eroberung des syrischen Militärflughafens Tabqa durch den IS im August 2014, lässt sich Hajan dort mit einer Pistole in der rechten Hand und einer Red-Bull-Dose in der linken ablichten. Wie viele radikale Islamisten scheint er den Widerspruch nicht zu bemerken, wenn man sich einerseits an der islamischen Frühzeit im 7. Jahrhundert orientiert und andererseits Symbole der westlichen Konsumwelt verehrt, Erfindungen der verhassten «Kuffar», der Ungläubigen.

Dschihadisten-Treff Winterthur

In Winterthur betet Hajan nun mit seinen radikalen Freunden auch öffentlich, zum Beispiel im Brühlgutpark. Er macht Werbung für Vorträge, die der Hassprediger Selman Ramadan in der An-Nur-Moschee («Nur» heisst Licht auf Arabisch) im Hegi-Quartier halten möchte. Die Moschee wird immer mehr als Treffpunkt von Extremisten und IS-Fans missbraucht. Sämtliche Winterthurer Dschihadisten gehen dort ein und aus, neben Hajan auch Visar und Christian. In der Moschee verkehrt auch der libanesischstämmige Schweizer Ahmed, Jahrgang 1990, den die Bundesanwaltschaft im April am Flughafen Kloten verhaften lässt. Man wirft ihm vor, er habe über Istanbul nach Syrien reisen wollen, um



Unbemerktter Widerspruch: mit Pistole und Red Bull auf der syrischen Luftwaffenbasis Tabqa.

sich einer Terrorgruppe anzuschliessen. Im Verhör behauptet Ahmed allerdings, er habe nur Ferien machen wollen und vom IS wisse er gar nichts. Inzwischen hat er seinen Bart abrasiert und ist wieder bei seinem Kind und seiner schwangeren Frau.

Neben der An-Nur-Moschee treffen sich Extremisten auch bei der Koran-Verteilungsaktion «Lies!» des deutschen Hasspredigers Ibrahim Abou-Nagie. Im Umfeld der «Lies!»-Stände in der Winterthurer Innenstadt hat Hajan Kontakt mit Gleichgesinnten, jungen Leuten, die wie er ihre Ausbildung abbrechen und nach dem Sinn des Lebens suchen. Nach und nach tauchen dort die späteren Dschihadisten Visar (ebenfalls aus Winterthur) und Alperen (aus Arbon) auf. Mit von der Partie ist auch der Kölner Extremist Sabri Ben Abda, der zeitweise ins syrische Kriegsgebiet gereist ist und den deutsche Medien verdächtigen, bei der Entführung deutscher Helfer in Nordsyrien die Hand im Spiel gehabt zu haben.

Und was tut die Bundesanwaltschaft?

Dass die Winterthurer Salafisten-Szene gut mit der deutschen vernetzt ist, zeigt auch das Auftauchen des deutschen Thaibox-Meisters Valdet Gashi. Gashi, der inzwischen auch beim IS ist – nach eigener Aussage als Helfer – und für diesen unter anderem fotografiert, wie angebliche Verbrecher auf offener Strasse geköpft werden, freundet sich vor seiner Abreise mit Hajan an. Dieser sowie Christian, Visar

und eine Reihe weiterer Salafisten werden in Winterthur von Gashi in die Kampfsportart Mixed Martial Arts eingeführt. Offenbar unbemerkt von den Behörden, verschwindet Hajan im letzten Sommer im Irak und dann beim IS, derselben Terrortruppe, gegen die Hajans Vater Mohammed als kurdischer Peschmerga kämpft. Im Dezember folgen Hajan der noch nicht einmal 17-jährige Visar und dessen Schwester Edita, allerdings reisen sie via Türkei. Valdet Gashi schliesst sich dem IS im Januar an. Sein Kontakt ist dabei Hajan, der nur kurze Zeit später vom IS nach Kobane geschickt wird und dort umkommt.

Die Behörden hüllen sich in Schweigen, tun so, als ob es keine Winterthurer IS-Zelle gäbe.

Am 3. Februar fliegt schliesslich der 18-jährige Christian nach Istanbul und reist nach Syrien, wo er auf Valdet Gashi stösst. Wie Christian aus Syrien verlauten lässt, studiert Visar jetzt Islamwissenschaften, und zwar in Raqqa, der Hauptstadt des IS. Die 15-jährige Schwester Edita sei verheiratet. Westliche Frauen oder Mädchen, wie man in diesem Fall sagen sollte, taugen beim IS nur als Dschihadisten-Bräute.

In rund zwei Dutzend Fällen von sogenannten Dschihad-Reisenden, wie der offizielle Terminus lautet, ermittelt inzwischen die Bundesanwaltschaft – auch gegen Christian.

Mehr als zwei Monate nach dem Verschwinden des jungen Italo-Schweizers kommt die zuständige Staatsanwältin beim Bund auf die Idee, dass der Laptop und das iPhone des Dschihadisten vielleicht wertvolle Hinweise zur Art und Weise liefern könnten, wie sich der Polybau-Lehrling radikalisiert hat und wer seine Kontakte waren.

Naiv ist, wer da an einen Zufall glaubt

Die Staatsanwältin unterschreibt in der zweiten Aprilhälfte einen entsprechenden Hausdurchsuchungsbeschluss. Doch bis zur Beschlagnahmung des Computers dauert es nochmals mehr als eine Woche, angeblich weil die Bundeskriminalpolizei nicht über genügend deutschsprachige Ermittler verfügt. Und der Stadtpolizei Winterthur will man einen so wichtigen Fall ja nicht anvertrauen.

Die Behörden hüllen sich in Schweigen, tun so, als ob es keine Winterthurer IS-Zelle gäbe. Der Nachrichtendienst des Bundes zählt inzwischen 29 bestätigte Fälle von Dschihad-Reisenden, die nach Syrien beziehungsweise in den Irak verschwunden sind. Das entspricht 0,36 Dschihadisten auf 100 000 Einwohner. Allein aus Winterthur stammen mindestens vier dieser Fälle, wenn man den mutmasslichen Möchtegerndschihadisten Ahmed nicht berücksichtigt. Das sind 3,67 Dschihad-Kämpfer auf 100 000 Winterthurer, das Zehnfache des landesweiten Durchschnitts. Naiv ist, wer da an einen Zufall glaubt. ○

Vollbremsung im Bundeshaus

Finanzministerin Widmer-Schlumpf will beim Personal, beim Regionalverkehr, bei der Armee, bei Bildung und Forschung und bei der Entwicklungshilfe gegen vier Milliarden Franken sparen. Anders sind tiefrote Zahlen nicht mehr zu verhindern. Massiver Widerstand ist programmiert. *Von Hubert Mooser*



Rosskur: Bundesrätin Widmer-Schlumpf.

Das Thema belastet das Klima im Bundesrat seit Wochen: Weil die Einnahmen schrumpfen, muss die Verwaltung abspecken: «Wir haben eine schwierigere Situation, als sie sich vor einem Jahr präsentierte», sagte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) am 5. Juni vor den Medien, als sie bei der Präsentation der Unternehmenssteuerreform III auch die Situation des Bundeshaushaltes kurz streifte. Das hört sich harmloser an, als es ist, wenn man die Rosskur in Betracht zieht, die Widmer-Schlumpf den anderen Bundesräten zumutet: Sie will die Ausgaben der Bundesverwaltung zwischen 2016 und 2019 um 3,8 bis 4 Milliarden Franken kürzen, wie Recherchen der Bundesverwaltung zeigen.

Ohne diese massiven Ausgabenkürzungen drohen in den kommenden Jahren Bundes-

defizite in Serie. Denn die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer sprudeln nicht mehr so üppig wie in der Vergangenheit. Jetzt muss die Finanzministerin nachholen, was sie in den letzten Jahren versäumt hat: bei den Ausgaben die Zügel wieder straffer anziehen. Das ist leichter gesagt als getan.

Berset gegen konkrete Sparvorgaben

Im Februar hat die Finanzministerin den Bundesrat über die schwierige Situation des Bundeshaushaltes informiert. Sie sprach von der Notwendigkeit eines Entlastungsprogramms und verteilte Aufträge an die Departemente. Diese sollten ihre Bundesämter nach Möglichkeiten zu Sparmassnahmen durchforsten. In der Zwischenzeit hat Widmer-Schlumpf auch den Rahmen des Sparprogramms abgesteckt.

Für 2016 stehen die genauen Sparvorgaben zwar noch nicht definitiv fest. Nach dem Stand der Diskussionen sind gegenüber 2015 Kürzungen in Höhe von mindestens 253 Millionen vorgesehen. Ein Jahr später geht es dann richtig zur Sache: 2017 sollen die Departemente 960 Millionen Franken, 2018 1,2 Milliarden Franken und 2019 sogar 1,4 Milliarden Franken weniger ausgeben. Seit diese Zahlen bekannt sind, ist die Stimmung futsch.

Da wäre einmal Innenminister Alain Berset (SP) mit seinen grundlegenden Bedenken gegen die Sparvorgaben von Kollegin Widmer-Schlumpf: Der Freiburger lehnt die Ideen der BDP-Bundesrätin ab, weil sie aus seiner Sicht auf nicht mehr aktuellen Konjunkturprognosen fussen. Widmer-Schlumpf wehrt sich: Der gegenwärtige Zahlenstand sei genügend gesichert, um Gesamtvorgaben vorzulegen. Nur eben: Hat dies nicht auch ihre Steuerverwaltung geglaubt, als sie Jahr für Jahr höhere Einnahmen bei der direkten Bundessteuer in den Finanzplan schrieb?

Der Asylbereich wird geschont

Federn lassen müssen vorerst andere – zum Beispiel Verteidigungsminister Ueli Maurer (SVP). Nach erster Einschätzung wird er auf den Kauf neuer Transportflugzeuge verzichten müssen. Weniger stark wachsen sollen die Ausgaben im Bereich Bildung und Forschung im Departement von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (FDP). Didier Burkhalter (FDP) muss bei der Entwicklungshilfe sparen, das Infrastrukturdepartement von Doris Leuthard (CVP) Abstriche beim Regionalverkehr hinnehmen.

Auch beim Bundesbeitrag für den neuen Strassenfonds stehen Kürzungen zur Debatte. Aus diesem Fonds sollen künftig der Unterhalt und der Ausbau des Nationalstrassennetzes finanziert werden. Das Departement von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (SP), die mit ihrer grosszügigen Flüchtlingspolitik für ein kräftiges Wachstum bei den Ausgaben im Asylbereich sorgt, bleibt nach heutigem Stand von Sparmassnahmen verschont.

Das könnte sich noch ändern. Weil in den ersten Monaten des Jahres 2015 weniger Flüchtlinge in der Schweiz um Asyl nachfragten, als es von Sommarugas Migrationsamt geschätzt worden war, erwartet Widmer-Schlumpf von der Bundespräsidentin eine Geste – die Ausgaben im Asylbereich sollen also entsprechend schrumpfen.

Widmer-Schlumpf will auch bei den Personalausgaben den Rotstift ansetzen. Denn trotz Lippenbekenntnissen und früheren Versuchen, den Beamtenapparat einzudämmen, wächst die öffentliche Verwaltung ungebremst weiter. Das Kostenwachstum im Personalbereich liegt weit über der Teuerung und auch weit über dem Wirtschaftswachstum. So sind von 2007 bis 2014 die Personalausgaben des Bundes um über zwanzig Prozent auf 5,4 Milliarden Franken steil nach oben geklettert.

Nervosität bei den Kantonen

Im Parlament verlangen Ständerat Peter Föhn (SZ) und Nationalrat Leo Müller (LU) Sofortmassnahmen. Widmer-Schlumpf will erst im Jahr 2017 auf die Bremse treten und die Personalausgaben dann bei insgesamt 5530 Milliarden Franken plafonieren. Davon sind zwar alle Departemente betroffen, aber nicht im gleichen Ausmass.

Laut dem zurzeit im Bundesrat diskutierten Verteilschlüssel müsste Maurer mit 33 Prozent den grössten Anteil der beim Personal geplanten Sparmassnahmen schultern, das Finanzdepartement 24 Prozent und das Departement für auswärtige Angelegenheiten 11 Prozent. Der Anteil der anderen Departemente liegt zwischen 7 und 8 Prozent. Die Bundeskanzlei muss bloss 0,8 Prozent übernehmen.

Zur Diskussion steht eine Korrektur beim

sogenannten Lohnautomatismus. Viele Mitarbeiter erhalten am Ende des Jahres für ihre Leistung eine gute Bewertung. Und das bedeutet dann automatisch 2,5 bis 3,5 Prozent Lohn-erhöhung. Bei einer Leistungsbewertung mit sehr guten Resultaten bekommt man sogar 4,5 Prozent mehr Lohn. Dieses System will man ändern. Kürzen will der Bundesrat auch die Treueprämie nach fünf Jahren, ebenso den Ortszuschlag nach Distanz. Berset und Sommaruga haben in Mitberichten hier Widerstand angemeldet. Und Widmer-Schlumpf will bei den Personalverbänden des Bundes das Terrain sondieren.

Noch ist nichts in Stein gemeisselt, und die Bundesräte diskutieren weiter. Bis am 11. Juni sollen die Departemente umstrittene und offene Punkte zum Sparpaket klären. Dann folgt am 12. Juni eine weitere Aussprache im Bundesrat. Am 24. Juni will die Finanzministerin das Sparpaket vorlegen. Bis dahin kann sich also noch einiges ändern.

Die Kantone sind bereits in heller Aufregung: In einem Interview mit der NZZ warnte der Waadtländer Finanzminister Pascal Broulis (FDP) seine Kollegen: Die Geberkantone müssten beim Finanzausgleich den Krieg untereinander über die Höhe der Ausgleichszahlungen sofort beenden. Nur geeint könne man verhindern, dass der Bundesrat bei seiner Sparübung den Kantonen zusätzliche

Lasten aufbürde. Die Messer sind gewetzt und Sparmassnahmen sind vor Parlamentswahlen nicht sehr beliebt.

Hausgemachte Probleme

Heikel ist das auch für die Finanzministerin, die im Dezember um ihre Wiederwahl zittern muss. Erst recht, weil die Probleme, die sie zu diesem Sparprogramm zwingen, hausgemacht sind. Die Finanzministerin hat plötzlich gemerkt, dass die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer 2014 um 2,1 Milliarden Franken unter Budget geblieben sind. Dann ging sie noch einmal über die Bücher und gewann die Erkenntnis, dass die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer seit fünf Jahren stagnieren. Die Ausgaben wuchsen weiter. Und nun ist der Bundeshaushalt nach Jahren beachtlicher, aber offenbar zufälliger Überschüsse in Schiefelage geraten.

Die Finanzministerin wehrte sich bisher gegen Kritik mit einem Verweis auf das Parlament: Dieses bürde der Verwaltung immer neue Aufgaben auf – zum Beispiel Bau, Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen, die Energiestrategie 2050, eine Erhöhung der Ausgaben für die Entwicklungshilfe und Massnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität. Schuld seien auch die steigenden Asylzahlen. Das macht die Situation auch nicht besser. ○

Advertorial

Sparen lohnt sich wieder: investomat.ch

Attraktive Rendite – maximale Flexibilität.



Selber Anlegen lohnt sich!

Investomat.ch ist ein Onlineprodukt der Glarner Kantonalbank, mit dem Sie Ihr Geld einfach, professionell und günstig in Exchange Traded Funds (ETF) anlegen. Ab 5'000 Franken sind Sie bereits dabei. Investieren Sie in globale Themen Ihrer Wahl wie zum Beispiel Wasser, Gold oder Energie.

Von der Registration über die Anlageprofilanalyse bis hin zum individuellen Anlagevorschlag werden Sie durch investomat.ch professionell begleitet und erledigen alles unabhängig von Filialen, Öffnungszeiten und Beratungsterminen.

Ihr Anlagecockpit

Mit dem Online-Cockpit von investomat.ch haben Sie den Anlagemarkt und Ihr Portfolio stets im Blick. Werden Sie Ihr eigener Fondsmanager und übernehmen Sie das Steuer oder lehnen Sie sich zurück und schalten Sie auf «Autopilot».

Ihre Vorteile:

- ✓ Attraktive Rendite dank Sparen mit ETFs (börsenkotierte Fonds)
- ✓ Einstieg bereits ab 5'000 Franken
- ✓ Geld jederzeit einzahlen und wieder beziehen
- ✓ Bequem mittels Dauerauftrag Vermögen aufbauen
- ✓ Günstige All-In-Fee (nur 0,6 % des Depotwerts)



1. Anlageprofil und Themenschwerpunkte festlegen.



2. Anlagevorschlag auswählen oder individualisieren.



3. Bestellung elektronisch senden.



4. Sie erhalten die Eröffnungsunterlagen per Post.



5. Ihr persönliches Cockpit wird freigeschaltet.



6. So oft Sie wollen Geld einzahlen und automatisch investieren.



«Der Anteil an Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationshintergrund ist zu tief»: Ethnologieprofessor Leimgruber.

«Wir sollten die Menschen mitnehmen»

Ein Volkskundler setzt sich für die Einwanderer ein: Walter Leimgruber führt die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen. Der Basler Professor fordert die Schweizer auf, an die Zukunft des Landes zu denken, statt über die Fremden zu schimpfen. *Von Markus Schär*

Herr Leimgruber, sind die Schweizer Fremdenfeinde?

Nein. Es gibt in der Bevölkerung immer gewisse Anteile von Fremdenfeinden; sie schwanken je nach Zeit, Schicht, Wirtschaftslage, politischen Stimmungen. Aber die Schweizer halten sich diesbezüglich im selben Bereich wie viele andere Nationen auch – also völlig normal.

Warum beklagt sich denn Ihre Kommission über eine zunehmend fremdenfeindliche Stimmung?

Wir hören von Zugewanderten, auch von Leuten mit dem Schweizer Pass, dass ihnen diese andauernde Auseinandersetzung Mühe macht. Sie hören immer nur: «Die

Migration ist ein Problem, die Migranten sind ein Problem.»

Wie kommen Sie zu diesem Stimmungsbild? Nur aufgrund von Anekdoten?

Es gibt keine repräsentativen Umfragen. Aber in unserer Kommission sitzen mehrere Migranten, die in ihren Organisationen gut vernetzt sind, also die Stimmung seit Jahren einschätzen können. Sie sagen uns, aufgrund der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative fragten sich immer mehr Migranten: «Wird eigentlich, was ich hier leiste, immer nur negativ beurteilt?»

Sie stellen fest, der 9. Februar 2014 bedeute eine Zäsur in der Schweizer Ausländerpolitik. Warum?

Erstmals nahm das Volk eine Initiative an, die weitreichende Konsequenzen hat, nicht nur auf der symbolischen Ebene wie bei der Minarett-Initiative oder für eine kleine Minderheit wie bei der Ausschaffungsinitiative. Sie gilt generell als ein Ausdruck des Misstrauens gegenüber der Migration und den Migranten.

Die Initiative richtete sich doch gar nicht gegen die Zugewanderten und auch nicht gegen die Zuwanderung. Die Schweiz will sie nur wieder eigenständig kontrollieren können.

In solchen Abstimmungskämpfen bleibt die Diskussion aber nie auf der sachlichen Ebene. Es geht immer um Gefühle bei Aussagen wie: «Die Ausländer nehmen uns die Jobs weg, sie

treiben die Wohnkosten hoch, sie sorgen für Dichtstress.» Das zielt nicht nur auf jene, die noch kommen, sondern auch auf jene, die schon hier leben. Solche Dauerdiskussionen gibt es in anderen Ländern nicht. **Wie bitte? Was ist denn mit den Dänen, den Briten oder den Niederländern, von Pegida nicht zu reden?**

Die Debatte läuft, von Pegida mal abgesehen, nicht so laut und so stetig.

Weil die Leute in diesen Ländern sich nicht direkt demokratisch ausdrücken können.

Ja, auch ich schätze an der Schweiz, dass wir diese Fragen offen diskutieren. Aber wir diskutieren immer so, wie wenn die Migranten gar nicht da wären. Nie sagt jemand: «Der grösste Teil der Migranten macht einen tollen Job und trägt viel zu diesem Land bei.» Diese Stimmung sickert bei den Zugewanderten ein und führt auch zu Verhärtungen.

Zum Beispiel?

Dazu, dass sie sich nicht einbürgern lassen. Es gibt in diesem Land knapp eine Million Leute, die den Schweizer Pass beantragen könnten, aber darauf verzichten.

Warum?

Es gibt ganz verschiedene Gründe. Aber ich kenne einige Secondos, die sagen: «Ich lebe seit meiner Geburt hier, ich spreche die Landessprache, ich fühle mich hier daheim – und jetzt soll ich noch ein jahrelanges, extrem kompliziertes Verfahren durchlaufen und am Schluss für den Pass bezahlen? Das muss ich nicht haben!»

Gerade in Ihrer Kommission sitzen Leute, die von der Integrationsleistung der Schweiz stark profitiert haben.

Das ist sicher so.

Dürfen wir da nicht etwas Dankbarkeit erwarten?

Die Leute sind diesem Land auch dankbar. Doch für sie gilt, wie für viele Erfolgreiche: Wir erwarten Dankbarkeit von ihnen, aber wir bedanken uns nie für alles, was sie leisten.

Die Schweizer freuten sich in den letzten Tagen über den Erfolg einer Frau namens Timea Bacsinszky und denjenigen eines Mannes namens Stan Wawrinka, etwas weniger über jenen von Ivan Rakitic aus Möhlin AG, der leider für die kroatische Nationalmannschaft spielt. Sie würdigen doch, was Migranten diesem Land bringen.

Im Sport ist es so, ja. In der Wirtschaft inzwischen wohl auch. Aber in anderen Lebensbereichen nicht. Das beste Beispiel für mich sind die Schulen: Der Anteil an Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationshintergrund ist zu tief. An den pädagogischen Hochschulen gibt es sieben Prozent ausländische Dozierende. Dabei wäre es gerade in der Schule wichtig, dass die Migrantenkinder Vorbilder haben, die ihnen zeigen: «Hey, ich kann etwas erreichen.»

Eine Studie zur Masseneinwanderungsinitiative stellt fest, das ja lasse sich nicht einfach als Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit verstehen: «Kaum ein Mensch ist feindselig gegen alles Fremde eingestellt, und kaum ein Mensch kann mit beliebig viel Fremdheit umgehen.» Das Problem ist doch, dass immer mehr Leute an diese Schwelle kommen.

Das ist die grosse Frage: Gibt es eine solche Schwelle? Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts gab es immer Gruppen von Leuten, die fanden, die Schwelle sei erreicht: vor dem Ersten Weltkrieg mit den sogenannten Ostjuden – damals kam der Begriff «Überfremdung» auf –, in den fünfziger und sechziger Jahren mit den Italienern, in den neunziger Jahren

«Wir diskutieren immer so, wie wenn die Migranten gar nicht da wären.»

mit den Kosovaren. Ich weiss, ehrlich gesagt, die Antwort nicht.

Das Problem ist doch das Tempo der Zuwanderung.

Das mag so sein. Die Zuwanderung der letzten zehn Jahre war ja das Ergebnis eines unglaublichen Booms: Wir wuchsen nicht nur jährlich um 60 000 bis 80 000 Leute, sondern wir schufen auch ebenso viele Arbeitsplätze.

Letzte Woche sagte der Waadtländer Staatsrat Pierre-Yves Maillard im Bundeshaus, man müsse sich seinen Kanton vor zehn Jahren ohne Lausanne vorstellen. Seither ist er um die Bevölkerung der Stadt gewachsen, also um 130 000 Leute.

Die Frage, ob eine Gesellschaft so wachsen kann, ist in der Tat zentral. Darüber müssen wir uns verständigen. Aber es ist zu simpel, wie die Befürworter der Ecopop-Initiative zu sagen: «Wir fahren die Zahl der Zuwanderer zurück, dann sind alle Probleme gelöst.» Der Migrationsdiskurs ist die Ersatzdiskussion für die Diskurse, die wir nicht führen, vor allem über die Auswirkungen der Globalisierung und der Digitalisierung. Wir fragen uns alle: «Was kommt da auf uns zu?» Aber wir finden: «Da können wir eh nichts machen.» Und wir lagern die Debatte auf die Migration aus.

Für den grossen Teil der Schweizer ist dieses Land nun einmal der einzige Ort, wo sie leben können. Gehen Sie nicht etwas leichtfertig mit den Gefühlen dieser Leute um? Oder anders gefragt: Warum bringen die Ethnologen nicht mehr Verständnis für diese Eingeborenen auf?

Ich beschäftige mich als Volkskundler fast ausschliesslich mit dem Schweizer Kulturgut, ich finde die Schweizer extrem spannend zum Erforschen. Ich bin Teil dieser Kultur, das kann und will ich nie verleugnen. Wir führen viele interessante Diskussionen in diesem

Land, aber meiner Meinung nach nicht die richtigen. Keine der Parteien, die ja zumeist aus dem 19. Jahrhundert stammen, findet mit ihrem Ansatz eine Lösung. Alle machen nur auf Besitzstandswahrung, weil es uns immer noch gutgeht. Wir müssten uns doch fragen, welche grossen Herausforderungen auf uns zukommen. Da sehe ich nichts.

Wir hängen, abgesehen von der Energiewende, einfach nicht mehr dem Irrglauben an, die Entwicklung unseres Landes lasse sich mit Gesamtkonzepten steuern.

Das mag sein, ja. Aber nehmen wir als Beispiel die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Wenn wir für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet sein wollen, müssen wir die Leute darauf vorbereiten, ihnen also eine möglichst gute Ausbildung bieten. Es gibt aber in der Schweiz 600 000 Leute ohne Ausbildung über die Volksschule hinaus. Das finde ich für eine so extrem hoch entwickelte Volkswirtschaft erschreckend. Wo sind die Massnahmen, um diesen Leuten eine Ausbildung zu bieten und, vor allem, um dafür zu sorgen, dass es in der nächsten Generation nicht wieder so viele ohne Ausbildung gibt? Dagegen kann doch niemand etwas haben. Dennoch passiert praktisch nichts. Darum frage ich mich manchmal: «Worüber diskutieren wir eigentlich, wenn wir nicht einmal die Probleme angehen, die wir mit relativ geringen Kosten lösen könnten?» So liesse sich auch die Zuwanderung dämpfen: wenn wir die Leute optimal einsetzen, die hier leben, und nicht jene hereinholen, die gerade am billigsten sind.

Der Entwicklungsökonom Ha-Joon Chang schreibt in seinem Buch «23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen»: «Alle Gesellschaften haben begrenzte Kapazitäten, um Zuwanderer mit einer oft ganz anderen Kultur aufzunehmen, und es wäre falsch, von einem Staat zu verlangen, dass er über diese Grenze geht.»

Dagegen ist wenig einzuwenden. Wir leben in einem System, in dem die Nationalstaaten immer noch viel zu sagen haben, auch wenn sie sich durch globale Entwicklungen einschränken lassen müssen, wie wir das beim Bankgeheimnis sehen. Die Vorstellung, die Migration solle frei sein, ist wohl eine Utopie; dafür ist das Wohlstandsgefälle viel zu gross. Und es lässt sich auch nichts dagegen sagen, dass sich jeder Staat Gedanken macht, wie viel Zuwanderung er zulässt und wie er die Zuwanderer anzieht, die er will. Dafür gibt es Vorbilder in Australien, Kanada, den USA.

Welches ziehen Sie vor?

Persönlich meine ich: Wir sollten klare Anreize für die Zuwanderung in jenen Bereichen schaffen, in denen wir zu wenig Leute haben, wie bei der IT. Wir dürfen uns einfach nicht der Vorstellung hingeben, wir könnten alles allein entscheiden. >>>



«Hey, ich kann etwas erreichen»: zugewanderte Lehrerin.

Aber einen gewissen Entscheidungsspielraum gestehen Sie uns zu?

Ja, natürlich. Ich halte übrigens die Idee der totalen Freizügigkeit, wie sie die EU entwickelt hat, für genauso problematisch. Denn die Unterschiede im Entwicklungsstand der Mitgliedsländer sind derart gigantisch, dass sich die Migration nicht zum Wohle aller auswirkt – auch nicht für die Herkunftsländer. Und im Gegenzug schottet sich die EU nach aussen ab, wie es die Nationalstaaten früher machten.

Sie sagten kürzlich in einem Referat bei der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos), jeder Ausbau des Sozial-

«Ich bin ein altmodischer Mensch, ich setze auf Erziehung und auf Bildung, auf allen Stufen.»

staates führe zu mehr Abgrenzung, weil die Idee der Solidarität stark auf der Vorstellung der nationalen Gemeinschaft beruhe. Wollen Sie den Sozialstaat abbauen?

Nein, für mich stellt sich nicht die Frage: Sozialhilfe, ja oder nein? Sondern: welche Sozialhilfe? Eine Hilfe, die einfach die Leute in ihrer Lage – randständig, ausgeschlossen – belässt, ist für mich keine Hilfe. Sie muss die Leute zurückbringen, und das heisst in der Regel: zurück in den Arbeitsmarkt. Wer in diesem Land nicht im Arbeitsmarkt ist, der hat ein Problem. Über Jahrzehnte Sozialhilfe zu leisten – das kann es nicht sein. Ich bin ein altmodischer Mensch, ich setze auf Erziehung und auf Bildung, auf allen Stufen. Wir haben das Recht, von den Leuten etwas zu verlangen. Aber es ist mir klar,

dass mir der eine oder andere sagt: «Du bist ein Träumer.»

In der Schweiz kommen Kinder in die Schule, die kein Wort Deutsch sprechen oder die Schuhe nicht binden können. Was machen Sie mit ihnen?

Das ist eine gute Frage, da ist es eigentlich schon zu spät. Darum spreche ich mich für eine möglichst frühe Integration aus. Die Schweiz hält ja am traditionellen Familienmodell fest, dass der Vater für das Einkommen sorgt und die Mutter zu den Kindern schaut. Es funktioniert heute nicht mehr. Früher gab es noch ältere Geschwister, Grosseltern, Nachbarn; heute fehlt diese Erziehung durch das soziale Umfeld an vielen Orten. Das bereitet gerade Migrant*innen Mühe. Deshalb müssen wir die Kinder möglichst früh abholen.

Das läuft aber auf die Verstaatlichung der Kindheit hinaus.

Es läuft darauf hinaus, dass wir uns von der Vorstellung verabschieden, die Kinder hätten es die ersten fünf Jahre zu Hause am besten. Das stimmt nur, wenn sie daheim die Anregung und Unterweisung bekommen, die sie brauchen. Wenn nicht, muss die Schule später reparieren, was in den ersten fünf Jahren schiefgelaufen ist.

Nehmen wir das Beispiel der eritreischen Mutter von Hagenbuch ZH mit ihren sieben Kindern. Da griffen die Behörden ja ein, und gerade wegen der Massnahmen explodierten die Kosten.

Ich kenne diesen Fall nicht im Detail. Aber ich halte Fremdplatzierungen grundsätzlich für problematisch. Ich sah bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Aktion «Kinder der Landstrasse», was es bedeutet, Eltern die Kin-

der wegzunehmen. Wir müssen versuchen, die Familien so zu stabilisieren, dass sie als Familien funktionieren. Das würde bedeuten, den Kindern eine andere Tagesstruktur zu geben und die Eltern zu lehren, welche Erziehung es braucht. Das kostet natürlich

«Die Schweiz hält am traditionellen Familienmodell fest. Es funktioniert nicht mehr.»

etwas. Aber langfristig ist es günstiger, als einfach Geld zu geben.

Betreiben Sie Arbeitsbeschaffung für Ihre Studenten?

Nein, meine Studierenden finden zumeist leicht einen Job. In diesem Bereich braucht es Betreuer ...

... mit Ethnologiestudium. Finden Sie das eine gesunde Entwicklung?

Mir wäre es lieber, wenn wir weniger Sozialarbeiter und Ethnologen brauchten. Es braucht Auszubildende, ganz klassisch.

Sie sagten bei der Skos auch: «Die herkömmliche Art der Sozialhilfe hat mittel- bis langfristig immer weniger Chancen.»

Was denn sonst? Es wird immer und wohl immer mehr Leute geben, die in der Arbeitswelt keinen Platz finden.

Die Vorstellung, dass immer mehr Menschen aus dem System fallen, vor allem auch Junge, die wir dann vierzig Jahre mitschleppen müssen, ist ein Horror sowohl für die Betroffenen wie auch für die Gesellschaft. Deshalb müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um es zu verhindern.

Schaffen wir es?

Das weiss ich nicht. In einer globalisierten Welt, in der immer mehr Menschen herumziehen, wird es jede Form von Solidarität schwerer haben. Wenn wir es aber schaffen, unsere Innovationskraft weiter mit unserer Integrationskraft zu verbinden, dann kann das uns den Wohlstand sichern. Ich sah in den letzten Tagen in Paris ganze Familien auf dem Trottoir übernachten, nicht in den Banlieues, sondern auf dem Boulevard Saint-Michel. Es mag ein altmodisches Credo sein, dass wir die Menschen nicht sich selbst überlassen, sondern mitnehmen sollen – aber daran möchte ich festhalten.

Walter Leimgruber, 56, leitet das Seminar für Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie an der Universität Basel und führt als Präsident die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen.

Von Stiefkindern und Ziehtöchtern

Von Thilo Sarrazin — Der G-7-Gipfel hat gezeigt: Entscheidungen in der Politik entziehen sich dem Gesetz der Logik.



Drei Themen haben den G-7-Gipfel im oberbayerischen Elmau beherrscht: Die Klimapolitik, die Zukunft Griechenlands in der Währungsunion sowie die Unordnung in Afrika und im Nahen Osten, die zu den Flüchtlingsdramen im Mittelmeer führt. Was vereint so unterschiedliche Themen wie die Energiewende, den «Grexit» und die Flüchtlinge aus Afrika? Alle drei sind komplex, kontrovers, und die Meinungen dazu sind emotional eingefärbt. Alle drei sind von grösster Bedeutung für die deutsche Zukunft. Zudem kann man bei allen dreien rationale Begründungen für ganz gegensätzliche Positionen finden. Deshalb sind alle drei – zwingend und ganz legitimerweise – Gegenstand politischer Entscheidungen.

Daran liegt es aber nicht, dass man am eigenen Verstand zweifelt, wenn man die Debattenlinien und Entscheidungslagen verfolgt. In allen drei Fällen vergeht sich die Politik an einem Gesetz, das für sie ganz unverfügbar ist und sich politischer Entscheidungsfindung definitorisch entzieht, dem Gesetz der Logik. Der Volksmund hat viele Worte dafür: Man kann den Kuchen nicht essen und behalten, man kann nicht gleichzeitig auf zwei Hochzeiten tanzen, wer A sagt, muss auch B sagen und so weiter.

Logik ist das ungeliebte Stiefkind der Politik. Diesem Stiefkind wird die geliebte Ziehtochter Wunschenken gerne vorgezogen:

— Bei der Energiewende unterstelle ich für die Zwecke dieses Arguments, dass die Sorge um den weltweiten Temperaturanstieg berechtigt ist und dieser nur durch niedrigere CO₂-Emissionen bekämpft werden kann. Ferner ist die Tatsache wichtig, dass der gesamte jährliche deutsche CO₂-Ausstoss dem jährlichen weltweiten Anstieg von 2 Prozent entspricht. Auch ein CO₂-freies Deutschland brächte uns also dem weltweiten Klimaziel kaum näher. Rational ist es dann, europäische Abbauziele zu unterstützen, den Emissionshandel zu fördern, für weltweite Abbauziele und entsprechenden Emissionshandel zu werben und die knappen Mittel jeweils dorthin zu bringen, wo sie den grössten Ertrag erbringen. Es passiert aber das exakte Gegenteil, wenn Deutschland sichere und

gänzlich CO₂-freie Kernkraftwerke abschaltet und zudem durch den Einspeisenzwang für deutschen subventionierten Wind- und Sonnenstrom moderne Gas- und Kohlekraftwerke so unrentabel macht, dass alte abgeschriebene Anlagen am Netz bleiben. Sie werden ja wieder gebraucht, sobald die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht.

— Bei der Gründung der Europäischen Währungsunion hielt man es für angebracht, Geld- und Finanzpolitik strikt voneinander zu trennen und die Finanzierung von Staatshaushalten durch die Europäische Zentralbank (EZB) auszuschliessen. Beim ersten Wirklichkeitstest 2010 hat man das System suspendiert und europäische Beistandsmechanismen für Staatshaushalte in Schwierigkeiten geschaffen. Solche Mechanismen wurden aber von Auflagen abhängig gemacht. Griechenland will diese Auflagen nicht mehr erfüllen, möchte aber weiterhin finanzielle Haushaltshilfen. Logisch wäre es, Griechenland vor die Wahl zu stellen, ob es nach den Regeln spielen oder die Währungsunion verlassen will. Diese Logik möchte aber niemand gelten lassen. So werden schleichend vollendete Tatsachen im Sinne Griechenlands geschaffen: Die EZB hat bereits die Einlagelücken der griechischen Geschäftsbanken mit Emergency-Liquidity-Assistance-Krediten in



Wirklichkeitstest: EZB-Präsident Draghi.

Höhe von 80 Milliarden Euro gestopft. Diese dürfte es eigentlich gar nicht geben. Fielen sie weg, so wären in Griechenland sowohl die Banken als auch der Staat insolvent.

— Wie das letzte halbe Jahrhundert gezeigt hat, haben die USA und Europa kaum nennenswerte Möglichkeiten, auf die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Afrika sowie Nah- und Mittelost einzuwirken. Interventionen wie in Somalia, dem Irak, Afghanistan oder Libyen haben nichts verbessert und vieles verschlechtert. Gleichwohl bleibt es richtig, diese Regionen bei der Lösung ihrer inneren Probleme zu unterstützen, wo sie dies wünschen, und politisch Verfolgten Asyl zu gewähren. Das hat aber nichts zu tun mit Masseneinwanderung aus wirtschaftlichen Gründen. Anreize dazu entfallen erst, wenn der Versuch zur illegalen Einreise chancenlos ist. Das erfordert ein entsprechendes Grenzregime und eine entsprechende Abschiebungspraxis. Beides existiert kaum oder gar nicht. Rational ist das nur, wenn man die weitere Masseneinwanderung aus Afrika und Nahost befürwortet. So wird aber nicht diskutiert.

Gefährlicher Unsinn

Es gehört quasi zu den ewigen Versuchungen der Politik, die Frage nach dem Entweder-oder mit einem kräftigen Sowohl-als-auch zu beantworten. Das ist der Boden, auf dem politische Kompromisse wachsen, und so mancher grosse Wandel kam durch viele kleine Kompromisse zustande, die über Jahrzehnte aneinandergereiht wurden. Das ist ja auch allemal besser als eine Revolution. Oft bilden solche Kompromisse einen gesellschaftlichen Wandel oder eine Veränderung der realen Verhältnisse ab, die ja, je nach Standpunkt, unvermeidlich oder begrüssenswert sind.

Aber der Übergang vom vertretbaren Kompromiss zum gefährlichen Unsinn ist schleichend. In der Politik ist diese Zone besonders da kritisch, wo die sachgerechte politische Debatte sowieso bereits durch die Komplexität des Sachverhalts erschwert wird: Kaum ein Bürger kann die Gefahren der Kernkraft oder die Risiken des Klimawandels selbst beurteilen, und die meisten trauen sich das auch gar nicht zu. Auch die inneren Verbindungen zwischen Geld- und Finanzpolitik und die damit verbundenen Risiken stehen dem allgemeinen Urteil schwerlich offen. Bei der Flüchtlingspolitik wiederum streiten konkrete Gefühle und abstrakte Einsichten miteinander.

So bleibt den meisten nur das Vertrauen in die verantwortlichen Politiker. Was aber, wenn diese selbst nicht verstehen, worum es geht, oder sich gerne in Ersatzhandlungen flüchten, anstatt der Wirklichkeit ins Auge zu schauen?

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.

Erfolgreich erfolglos

Weder Banken noch Versicherungen betreiben im Bundeshaus ein so aggressives Lobbying wie die Kulturszene. Der Schweizer Film kann sich freuen: Er bekommt neu 254 Millionen Franken Fördergelder. *Von Peter Keller*



Wohlorchestriert: Bundesrat Berset, Regisseurin Oberli (z.v.l.), Ex-Miss und Schauspielerin Winiger (r.).

Böser Lobbyismus, guter Lobbyismus. Böse Kasachen, gute Künstler. Wenn sich Nationalrätin Christa Markwalder (FDP) einen Vorstoss mit ein paar Fragen fremdformulieren lässt, ist der Teufel los. Dabei waren ihre Kasachen geradezu dezent im Vorgehen, verglichen mit dem Sturmlauf, den die Subventionskunst im Vorfeld der bundesrätlichen Kulturbotschaft aufführte. Bis fünf Minuten vor Sitzungsbeginn dauerte die Belagerung: Ex-Miss-Schweiz-Schauspielerin Melanie Winiger verteilte frühmorgens mit Sonnenbrille noch Flyers vor dem Bundeshaus, um die ankommenden Ratsmitglieder freigebig zu stimmen. Immerhin bekam sie für ihre Strassenaktion wieder mal einen TV-Auftritt im Bereich «Glanz & Gloria» anstatt im üblichen Umfeld von Vujo & vulgär.

Rund drei Milliarden Franken fliessen jährlich in die staatliche Kulturförderung, wenn man die ganzen Gelder von Gemeinden, Kantonen und Bund zusammenrechnet. Nun werden es bald ein paar hundert Millionen mehr sein. Bundesrat Alain Berset (SP) und sein Bundesamt für Kultur gaben den Takt vor, das Gros der Parlamentarier marschierte brav mit. Um 3,4 Prozent sollen die Ausgaben

jährlich steigen – obschon der Bund rote Zahlen schreibt, die Wirtschaft keucht, das Geld an allen Ecken und Enden fehlt.

Aber wenn es um die hehre Kunst geht (und Wahlen anstehen), sieht manches anders aus. Dutzende E-Mails, Anrufe, Briefe aus der organisierten Kulturszene verfehlten ihre Wirkung nicht. Ein wohlorchestriertes Werben: Die regionalen Profiteure der nationalen Kulturförderung meldeten sich gezielt bei ihren regionalen Parlamentariern. Es gehört zu den gerne geglaubten Legenden unter der Bundeshauskuppel, dass die Wirtschaft, etwa der Dachverband Economiesuisse, die Politik nach Belieben schmiere und dirigiere. Mitnichten. Viel effektiver und vor allem viel aggressiver geht die Sozial-, Öko- und Kulturindustrie vor – nur noch übertroffen von der Schwulenlobby: Wer öffentlich gegen die Homo-Ehe hüstelt, muss mit digitaler Hinrichtung rechnen.

«Herzblut» mit Welpenblick

Nun ist der Geldbeutel geschnürt: 1,12 Milliarden Franken Ausgaben sieht der Bund in den kommenden fünf Jahren für die Subventionskultur vor. Auf den grössten Brocken darf sich

der Schweizer Film freuen mit insgesamt 254 Millionen Fördergeldern. Zufrieden kann damit auch der Präsident der zuständigen Kommission Wissenschaft, Bildung Kultur (WBK) sein, SP-Nationalrat Matthias Aebischer, der gleichzeitig Präsident des Branchenverbandes Cinésuisse ist. Wenn er mit treuherzigem Welpenblick im Ratssaal versichert, er sei «stolz» auf diesen Job und er setze sich mit «Herzblut» für den Schweizer Film ein, dann wollen wir ihm das glauben.

Dass sein Herzblut mit tausend Franken im Monat entschädigt wird, zeigt Aebischer jedoch als profanen Lobbyisten. Wahrscheinlich ist auch Karin Keller-Sutter stolz auf ihr Verwaltungsratsmandat bei der Versicherungsgruppe Baloise, das ihr rund 200 000 Franken im Jahr einbringt. Was die St.Galler FDP-Ständerätin mit ihrem sozialdemokratischen Nationalratskollegen aus Bern verbindet: Beide bekamen ihr Mandat nach der Wahl ins Parlament und mit einem klaren Auftrag: das Beste für ihre Interessengruppe in Bundesbern herauszuholen. Die paar tausend

Franken Investition der Schweizer Filmschaffenden in Matthias Aebischer haben sich jedenfalls gelohnt: Sie erhalten 42 Millionen Franken mehr für die Jahre 2016 bis 2020 als in der vorangegangenen Kulturbotschaft. Gelohnt hat sich offenbar auch der Einsatz der mit dem Fall Markwalder aufgefliegenen Lobbyistin Marie-Louise Baumann (FDP). Sie kassierte laut *NZZ am Sonntag* letztes Jahr 50 000 Franken von Cinésuisse. Da nimmt sich ihr 7000-Franken-Honorar für die Kasachen geradezu bescheiden aus.

Millionen für die Kulturfunktionäre

Wohin die staatlichen Fördergelder genau fliessen, ist kaum mehr zu überblicken. Das Sekretariat der WBK hat einen vielhundertseitigen Bericht zusammengestellt mit den jährlichen Finanzhilfen seitens des Bundesamtes für Kultur und der Stiftung Pro Helvetia. Was auffällt: Die staatliche Kulturförderung fördert zunächst einmal den Förderapparat selbst. Unzählige Stellen und Einrichtungen werden unterhalten und lassen Millionenbeträge verdampfen, bevor sie bei den Künstlern selber ankommen. Bei Pro Helvetia fliessen 79,7 der insgesamt 210,9 Millionen in

Personal- und Betriebskosten – mehr als ein Drittel der Ausgaben. Jedes Hilfswerk bekäme angesichts solcher Overhead-Kosten Schwierigkeiten mit der Aufsicht Zewo, die Gütesiegel für Spendenorganisationen verteilt.

Noch ineffizienter sieht die Verwendung der Subventionsgelder bei der Stiftung CH aus. Sie sollte unter anderem den Sprachaustausch in der Schweiz fördern. Eine Überprüfung ergab, dass vom jährlichen Budget 87 Prozent in Personal und Betrieb fliessen und nur gerade 10 Prozent in Projekte. Die Antwort des Bundesrates auf diesen Schlendrian? Er erhöht den Etat in der jetzt verabschiedeten Kulturbotschaft von 1 auf 1,5 Millionen Franken ...

Eine Evaluation der unterstützten Projekte und Künstler ist fast unmöglich. Erfolg ist kein Kriterium. Im Film sind ganze Subven-

Vom jährlichen Budget fliessen 87 Prozent in Personal und Betrieb und nur 10 Prozent in Projekte.

tionsketten auszumachen. Sie führen von der Unterstützung der Produktion (10 000 Franken), sowie des Drehbuchs (in der Regel 27 000 Franken) bis zur Herstellung (oft mehrere hunderttausend Franken). Am Ende winkt nicht selten ein Filmpreis. Schon eine Nomination an den Solothurner Filmtagen bringt für jeden der fünf jeweils vorgeschlagenen Spielfilme 25 000 Franken.

Wobei auch hier üppige Beträge verlässlich zu den Kulturapparatschiks fliessen: 440 000 Franken erhielt 2013 der Verein Schweizerische Gesellschaft Solothurner Filmtage. Damit waren aber offenbar die Kosten nicht abgedeckt. Nochmals 170 398 Franken steuerte der Bund für «Projektmanagement», «Medienarbeit», «Website» und so weiter bei. Allein für die Moderation an der Verleihung des Schweizer Filmpreises durch den Musiker Alain Croubalian liess Pro Helvetia ein Honorar von 6469 Franken springen. Die Siegerfilme dürfen anschliessend noch ein bisschen Hoffnung auf internationale Anerkennung haben: Für die Oscar-Kampagnen investiert der Bund pro Jahr rund 70 000 Franken. Letztlich hinausgeworfenes Geld.

An den Kinokassen sieht es gewohnt düster aus: 2013 teilten sich zehn US-amerikanische Produktionen die Top Ten in der französischen Schweiz. In der Deutschschweiz schaffte es einzig die Klamotte «Achtung, fertig, WK!» auf Platz zehn. Wirklich erfolgreich ist der Schweizer Film nur im Lobbying für mehr staatliche Fördergelder.

Peter Keller ist Autor der *Weltwoche* und Nidwaldner SVP-Nationalrat.

Hochschulen

Kunst aus alten Socken

Letztes Jahr bezogen die Zürcher Kunststudenten den 750 Millionen Franken teuren Luxusbau. Was haben sie gelernt? Von Rico Bandle



Moral- und Sittenwächter: Plakat der ZHdK.

Es wirkt, als müsse er sich rechtfertigen. Giaco Schiesser, Leiter des Departements Kunst & Medien an der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK), beschwört bei seiner Eröffnungsansprache zur ersten Diplomausstellung im neuen Toni-Areal-Campus, dass die Kunst wie andere Studienbereiche auch «irgendwie wichtig für unsere Gesellschaft» sei. Und er spricht den Absolventen Mut zu: Ihre Fähigkeiten würden schon irgendwie gebraucht werden. Die meisten Adressaten haben sich jedoch längst abgewendet, zu verlockend ist der kostenlose Alkohol an der Bar. Der Redner ist trotz Verstärkung in dem Lärm kaum mehr zu hören.

Bereits im Vorfeld der Ausstellungseröffnung war es zu Unstimmigkeiten gekommen. Rund hundert Studenten und Dozenten hatten gegen die Werbeplakate protestiert, auf denen unter anderem Ex-Miss-Schweiz Christa Rigozzi mit einem Kussmund abgebildet war. «Wir halten die im Bildpool angesammelten Bilder für eine Wiedergabe der rassistischen und sexistischen und stereotypisierenden Bildsprachen der europäischen/westlichen Pressefotografie», hiess es in dem Protestschreiben, über das sich die Boulevardzeitung *Blick* genüsslich ausbreitete. Die Aktion zeigt exemplarisch den Wandel im Selbstverständnis der jungen Künstlerge-

neration auf: War es einst die Obrigkeit, die die Kreativen und Querschläger auszubremsten versuchte, gebärden sich nun die Künstler in ihrem Luxuspalast als Moral- und Sittenwächter.

Dies zeigt sich auch bei den ausgestellten Abschlussarbeiten, die kaum je durch besondere Gewagtheit auffallen. In der Designabteilung reiht sich ein Apple-Computer an den andern, sie sind das Statussymbol jedes noch so kapitalismuskritischen Studenten. Was hier an virtuellen Spielchen und Darstellungen präsentiert wird, ist optisch oft beeindruckend, vor allem wenn neuartige Virtual-Reality-Techniken zum Einsatz kommen. Inhaltlich aber scheinen die Absolventen in erster Linie nach dem Prädikat «pädagogisch wertvoll» zu streben.

Fässer mit schmutzigem Wasser

Im Kunstbereich, wo das Handwerk bloss eine untergeordnete Rolle spielt, bleibt es dem Besucher oft ein Rätsel, weshalb da ein drei- oder vierjähriges Studium nötig war. Eine Absolventin zum Beispiel quetscht alte Socken durch eine Walze, bis sie in Fasern zerlegt sind. Aus den Fasern schöpft sie Papier, sie nennt es «Sockenpapier», das in einer Vitrine bestaunt werden kann.

In einem anderen Raum ist zerfetztes Zeitungspapier in Glaskästen aufgespannt. Es handelt sich, so erklärt der frisch diplomierte Künstler, um Papier, das Bienenvölker zerfressen haben. Der Brummtönen aus den kleinen Lautsprechern sei das Summen der Bienen. Gleich nebenan steht eine andere Diplomarbeit: zwei rostige Fässer, gefüllt mit schmutzigem Wasser.

Vielleicht stecken hinter diesen Installationen tiefgründige Gedanken, nur erfährt man als Besucher nichts davon. Dabei gäbe es im Haus einen eigenen Studiengang Kulturvermittlung. Doch anstatt sich der Vermittlung der eigenen Kunst zu widmen, behandeln die eidgenössisch zugelassenen Kulturvermittler in ihren Arbeiten Themen wie «Die Raupe als Auslöser für Reflexionen über den Ursprung des künstlerischen Prozesses». Garantiert rassistisch- und sexismusfrei.

Diplomausstellung 2015: Zürcher Hochschule der Künste, Toni-Areal, bis 13. Juni

Der therapierte Entführer

Unter einem perfiden Vorwand verschleppte Zain Tlais seine Töchter in ein Schmugglernest im Libanon, wo er sie monatelang einsperrte, terrorisierte und unter Zwang verheiraten wollte. Über fünf Jahre nach dem Verbrechen kommt es endlich zum Prozess. Der Mann sieht sich selber als Opfer. *Von Alex Baur*

Während diese Zeilen gedruckt werden, wird sich der 48-jährige Zain Tlais voraussichtlich wegen mehrfacher Freiheitsberaubung, Entführung unter erschwerenden Umständen (Art. 184 StGB) sowie Entziehung von Unmündigen vor dem Kreisgericht im St. Galler Rheintal zu verantworten haben. Zwischen Freispruch und zwanzig Jahren Gefängnis ist theoretisch alles möglich. Doch wie immer das Gericht urteilen wird – zumindest für die Opfer spielt es nach all den Jahren juristischen Lari-faris keine grosse Rolle mehr.

Gratisdienste für den Täter

Abgesehen davon steckt der Gang durch die Instanzen ja erst in seinen Anfängen. Sekundiert von Anwälten, Ärzten, Therapeuten und Sozialassistenten, die gratis zu seinen Diensten stehen, das darf man getrost prognostizieren, wird Zain Tlais nichts unversucht lassen, um einer Strafe zu entgehen. Seit über fünf Jahren narrt der Libanese mit Schweizer Pass die St. Galler Justiz. Seine Opfer, Marjam und Anna Tlais, verstecken sich derweil vor ihrem Vater, der, finanziert vom St. Galler Sozialamt, das Leben in Freiheit und den Müsiggang geniesst. Für ihn gibt es keinen Grund zur Eile.

Als er ihnen Pässe und Handys entreisst, ist ihnen klar, dass sie in eine Falle gelockt wurden.

Marjam und Anna sind derweil zu jungen Frauen herangewachsen. Gewiss, der Horror, den sie in der Heimat ihres Vaters durchlebten, hat sie auch stärker, reifer gemacht. Und je älter sie werden, desto geringer die Gefahr, dass Zain Tlais sie erneut entführen wird. Doch «ein Jahr, sieben Monate und acht Tage Geiselschaft» – so nannten es die Mädchen selber – unter ständiger Angst vor einer Zwangsheirat gehen nicht spurlos an einem Teenager vorbei.

Die Horrorgeschichte beginnt am 9. September 2009, als Zain Tlais seine Frau Barbara mit den vier Kindern zu einem verlängerten Wochenende in den Libanon einlädt. Das Geld für den viertägigen Trip haben angeblich seine Angehörigen geschickt, die im Bekaa-Tal ein grosses Hochzeitsfest planen. Doch in Tlais' Heimat, die unter der Kontrolle der berüchtigten Hisbollah-Miliz steht, gibt es keine Feste. Spätestens als Zain Tlais seiner Frau und den Kindern Pässe und Handys entreisst, ist ihnen klar, dass sie in eine Falle gelockt wurden.



«Das ist stinkfrech gelogen»: Anna und Marjam Tlais.

Nach wochenlangen Verhandlungen gelingt es Barbara Tlais, wenigstens mit den Söhnen in die Schweiz zu fliehen. Ihr Mann bleibt mit den Töchtern zurück. Sein Ziel: Die beiden Teenager sollen Arabisch lernen, zum Islam konvertieren und verheiratet werden. Für die siebzehnjährige Marjam steht bereits ein Bräutigam bereit: ihr Cousin Bilal. Dank Presseberichten aus der Schweiz wird die Zwangsheirat in letzter Sekunde verhindert. Auch Bilal will nun nicht mehr mitmachen.

Es folgte ein monatelanges Feilschen um die Mädchen, in das neben der St. Galler Staatsanwaltschaft auch das Aussendepartement und libanesische Gerichte involviert waren (*Weltwoche* Nr. 7/11, «Straffreie Entführung»). Ein Versuch der Mutter, ihre beiden Töchter aus dem familiären Verlies im Bekaa-Tal zu befreien, scheiterte kläglich. Dabei stellte sich heraus, dass der Clan alle Gespräche der Mädchen überwachte und aufzeichnete. Wegen des Fluchtversuchs verprügelte Zain Tlais seine ältere Tochter Marjam gemäss ihren Schilderungen brutal mit einem Metallschlauch. Danach kehrte der Libanese in die Schweiz zurück und stellte, vorerst unbehelligt von der Justiz, verschiedene Forderungen. Mal verlangte er, dass seine Frau ihren Scheidungsantrag zurückziehe und sich im Libanon bei seinem Clan persönlich entschuldige, mal forderte er einen erhöhten Anteil von ihrer Pensionskasse.

Schliesslich stellte sich Tlais auf den Standpunkt, dass die Entführung seiner Töchter nicht in seiner Macht liege: Sie sei von seinem älteren Bruder befohlen worden, der im Clan das Sagen habe. Diese Version, an der er bis heute festhält, widerspricht sämtlichen Aussagen seiner Frau und der vier Kinder. Als ihn der damalige St. Galler Staatsanwalt Manfred Moser im Juni 2010 für ein paar Tage verhaftete und ersuchte, wenigstens der Rückführung der Kinder zuzustimmen, zeigte sich Zain Tlais plötzlich von der höchst sensiblen Seite: «Nein, dieses Protokoll unterschreibe ich nicht, Sie setzen mich unter Druck.»

Insgesamt 46 Tage sass Zain Tlais in Untersuchungshaft. Als die Mädchen Ende April 2011 endlich freikamen, wurde auch er aus der Haft entlassen. Seine Noch-Ehefrau Barbara hatte versprochen, ihre Strafanzeige zurückzuziehen, wenn er ihre Töchter in die Schweiz zurückbringe. Abgesehen davon, dass Entführung ein Offizialdelikt ist und von Amtes wegen verfolgt werden muss, erscheint es fragwürdig, dass eine erpresste Zusage bindend ist. Vor allem aber: Der Vater hatte nichts mit der Freilassung zu tun, vielmehr versuchte sein Clan die Ausreise der Mädchen in letzter Minute noch über ein Scharia-Gericht zu sabotieren.

Die Freilassung der Mädchen ist nicht zuletzt dem Einsatz der Schweizer Botschaft in Beirut zu verdanken (*Weltwoche* Nr. 17/11; «Für den Clan waren wir Geiseln»). Eine entscheidende Rolle spielten sodann eine todesmutige libanesische

Sozialarbeiterin und ein Beiruter Richter. Den vielleicht wichtigsten Beitrag leisteten aber die Teenager Marjam und Anna selber: Indem sie stur an ihren katholischen Ritualen festhielten und sich dem islamischen Glauben wie den archaischen Sitten verweigerten, wurden sie zusehends zu einer Belastung für den Clan.

Staatsanwalt Moser rechtfertigte die Freilassung des Entführers mit der Unschuldsvermutung. Zain Tlais hatte stets bestritten, seine Töchter in eine Falle gelockt zu haben, die beiden jungen Frauen konnten während ihrer Gefangenschaft dazu nicht befragt werden. Und jetzt, wo er mit ihnen reden konnte, hatte Moser keine Zeit. Fast ein Jahr ging nach der Befreiung ins Land, bis Marjam und Anna am 28. Februar 2012 endlich einvernommen wurden. Dabei beschrieben sie ihr Martyrium genau so, wie sie dies zuvor gegenüber der *Welt-*

Indem sie sich den archaischen Sitten verweigerten, wurden sie zu einer Belastung für den Clan.

woche getan hatten. Auf Mosers Einwand, ihr Vater behauptete, sie seien von dessen älterem Bruder festgehalten worden, antwortete Marjam: «Das ist stinkfremd gelogen; wenn es so gewesen wäre, hätte sicher nicht mein Vater mein Handy genommen, mich dauernd ausgefragt, untersucht und geschlagen.»

Allerlei Erklärungsversuche

Nach der Befragung ruhte das Dossier wieder ein Jahr lang. Am 7. März 2013 gab Moser eine gerichtspsychiatrische Begutachtung in Auftrag, die neun Monate später vorlag. Das Resultat: Die Persönlichkeit von Zain Tlais weist zwar dissoziale Züge auf (Gleichgültigkeit gegenüber Gefühlen anderer, Missachtung sozialer Normen, mangelndes Schuldbewusstsein, aggressives Verhalten), aber seine Zurechnungsfähigkeit ist uneingeschränkt.

Der Verteidiger legte dagegen Zeugnisse mehrerer Therapeuten ins Recht, die Zain Tlais' Symptome von Epilepsie und Depressionen zuschreiben. Moser gab deshalb ein Ergänzungsgutachten in Auftrag, welches – wiederum nach einem Jahr Bedenkzeit – am 24. November 2014 zum Schluss kam: An der Diagnose ist nicht zu rütteln, der Entführer ist in keiner Weise geisteskrank und damit voll zurechnungsfähig. Dies haben im Übrigen auch schon mehrfach Ärzte der Invalidenversicherung festgestellt, bei der sich Sozialrentner Zain Tlais seit Jahren wegen diffuser Gebrechen erfolglos um eine IV-Rente bewirbt.

So schreibt Staatsanwalt Moser am 9. Februar, kurz vor seiner Pensionierung, eine Anklageschrift nieder. Er beantragt fünf Jahre Gefängnis – in Anbetracht der Schwere der Verbrechen eine sehr milde Strafe. Man fragt sich, was ein Entführer noch alles tun muss, um die

Höchststrafe von zwanzig Jahren Gefängnis zu erwirken. Doch Zain Tlais weist jede Schuld von sich und beharrt auf einem Freispruch.

In Hinblick auf den öffentlichen Prozess hat Verteidiger Robert Baumann schon mal eine ganze Reihe von Beweisanträgen eingereicht. Verschiedene Therapeuten aus der St. Galler Sozialindustrie, die Zain Tlais seit Jahren intensiv betreuen, wollen herausgefunden haben, dass ihr Klient neuerdings unter «paranoier Schizophrenie» leiden könnte – und für seine Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen werden dürfe. Es müsse deshalb ein Obergutachten eingeholt werden werden. Zudem fordert Baumann die Einvernahme der Richter im Libanon, welche die Freilassung der Mädchen verfügten. Und last, but not least sollte ein «ethnologisches (evtl. ein ethnologisches-orientalisches) Gutachten» klären, ob Zain Tlais «im Libanon und speziell in seinem Dorf» doch derart unter dem Druck seines Clans gestanden sein könnte, dass er gar nicht anders konnte, als seine Töchter einzusperren, zu verprügeln und einer Zwangsheirat zuzuführen. Schliesslich soll auch ein Sozialarbeiter befragt werden, dem der Angeklagte jeweils sein Leid klagte.

Kreisrichter Patric Looser wies den Beweisantrag zurück, der den Prozess um Monate, vielleicht auch um Jahre weiter verschleppt hätte. Die Therapeuten hätten nichts vorgebracht, was den Gerichtsgutachtern nicht schon bekannt gewesen wäre, schrieb Looser. Und im Hinblick auf das geforderte ethnologische Gutachten: Geurteilt werde nicht über die libanesische Kultur, sondern über das Verschulden des in der Schweiz eingebürgerten Zain Tlais. Vorsorglich liess Richter Looser einen Übersetzer aufbieten, für den Fall, dass dem Libanese neben der abendländischen Kultur plötzlich auch noch die deutsche Sprache abhandengekommen sein sollte. ○



Bund der Steuerzahler
www.bds-schweiz.ch



EINLADUNG
zum öffentlichen Anlass

mit **ROGER KÖPPEL**

Verleger / Chefredakteur DIE WELTWOCHNE,
Nationalratskandidat

«Die Schweiz im Wahljahr – eine Standortbestimmung»

Mittwoch, 24. Juni 2015, Beginn: 20.15 Uhr
The Dolder Grand, Kurhausstr. 65, 8032 Zürich

Der Bund der Steuerzahler (BDS) freut sich auf Ihre Teilnahme!



Alfred Heer
Nationalrat,
Präsident



Thomas Fuchs
a/Nationalrat,
Geschäftsführer

Der befreite Supermann

Bruce Jenner, Olympiaheld im Zehnkampf und Reality-Star in «Keeping up With the Kardashians», sagt, er habe sein Leben lang gelogen. Heute ist er die Frau, die er angeblich immer sein wollte – und macht seine Geschlechtsumwandlung zur Reality-Show. *Von Beatrice Schlag*

Wenn das Titelbild erscheine, sagt die 65-jährige Caitlyn Jenner, werde sie endlich frei sein. Die Medien berichteten flächendeckend: Bruce Jenner, Modellathlet und Vater von zwei Kindern mit Ex-Ehefrau Kris Kardashian, outet sich als Frau. «Nennt mich Caitlyn», bittet sie auf dem Cover der neuen *Vanity Fair*, operiert, frisiert, geschminkt und sehr geschmackvoll hindrapiert in einem weissen Dessous, das nichts Peinliches hat.

Der amerikanische Präsident gratulierte Caitlyn für ihren Mut, die Reaktionen in den sozialen Netzwerken waren begeistert. Der Shitstorm blieb aus. Ein Jahr zuvor hatte Conchita Wurst den Eurovision Song Contest gewonnen, ein schwuler Travestiekünstler mit Bart und einer grossartig weiblichen Erscheinung. Im Mai stimmte das katholische Irland für die Zulassung der Schwulenehe.

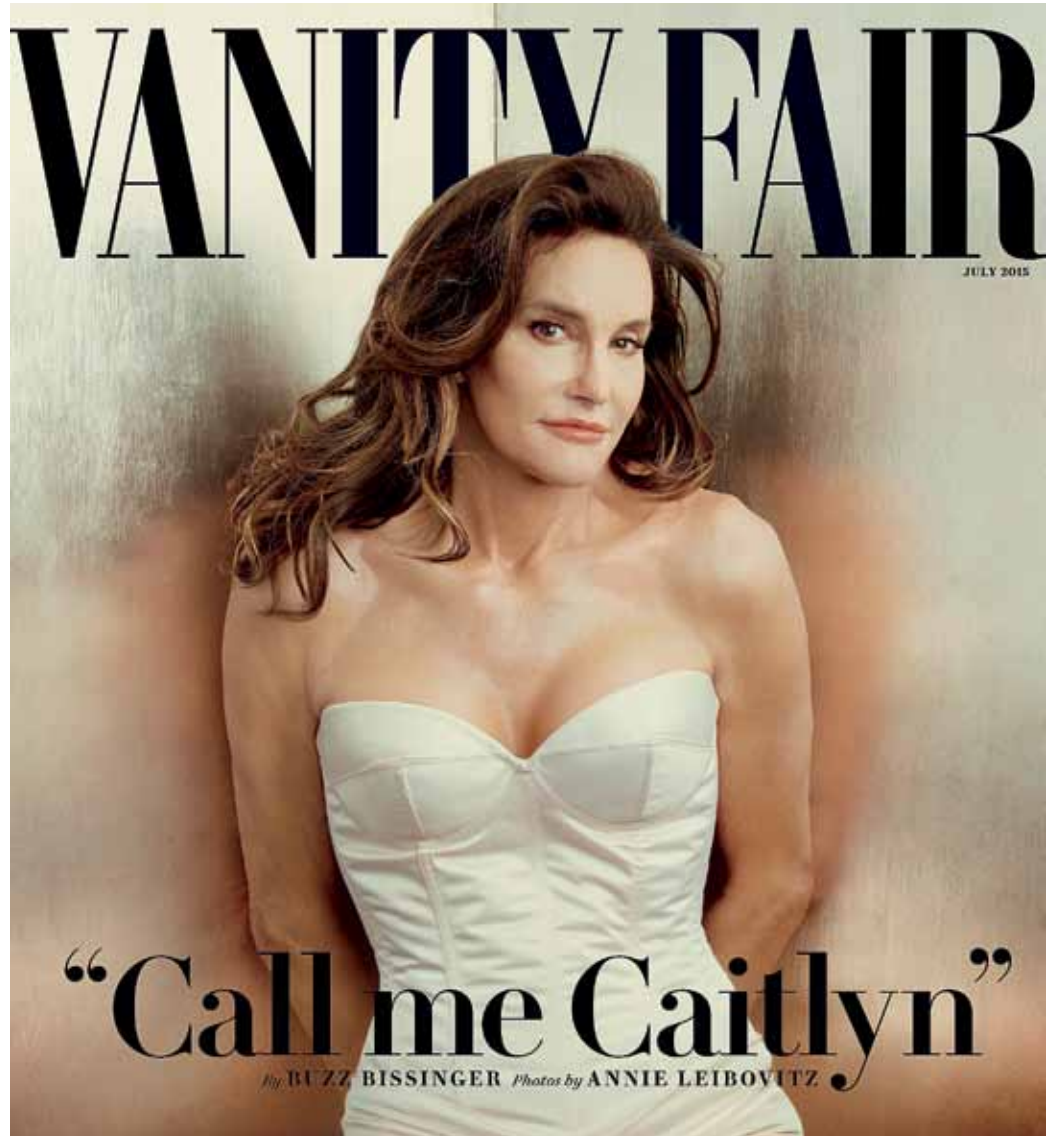
Dass Caitlyn Jenner, ehemals Bruce, und Conchita alias Thomas Neuwirth völlig unterschiedliche Biografien haben und beide nichts mit Irland verbindet, ist nebensächlich:

«Ich mache das nicht für Geld.
Kein Mensch ändert sein
Geschlecht für Geld.»

Manchmal purzeln Dinge ganz plötzlich, wie der Ostblock, sind weg und tot. Jetzt gerade ist es im Westen die Vorstellung, dass der Mensch zwingend ein sexuell eindeutiges Wesen ist und legal nur heiraten darf, wenn der Partner nicht demselben Geschlecht angehört.

Im Film «The Danish Girl» ist der diesjährige Oscar-Gewinner Eddie Redmayne im Herbst als Malerin Lili Elbe zu sehen, einer der ersten Männer, die sich einer Geschlechtsumwandlung unterzogen. «Absolut aktuell», schrieb vor kurzem ein Hollywood-Blatt. Das Drehbuch war schon vor zwölf Jahren fertig. Aber im Kino, befand damals jemand mit gutem Instinkt, würde noch niemand dafür Eintritt bezahlen. Vor einem Jahr, etwa zu der Zeit, als Bruce Jenner mit lackierten Fingernägeln von einem Paparazzo fotografiert wurde, begannen die Dreharbeiten zu «The Danish Girl».

Bruce Jenner, der 1976 bei den Olympischen Spielen Goldmedaillengewinner im Zehnkampf wurde, sah so gut aus, dass ihn die amerikanische Frauenzeitschrift *Playgirl* auf den Titel hob. Er war in den USA der Macho-Supermann schlechthin, der unbesiegbare



Weg zur Frau: Caitlyn – vormals Bruce – Jenner.

Sportler, attraktiv und liebenswürdig dazu. Er sagt, er habe schon damals zu Presseterminen BH und Strumpfhosen unter seinem Anzug getragen und gedacht: «Sie wissen nichts über mich. Sie haben keine Ahnung, wie leer ich innerlich bin. Ich habe immer nur gelogen.»

Die Frau war sechsfacher Vater

Man liest das mit gemischten Gefühlen. Der Mann, der sagte, schon als Kind die Kleider der Schwester und die Schals der Mutter getragen zu haben, einfach, weil es sich gut anfühlte, war nach dem Gewinn der Olympiemedaille ein gefragter Mann und hochbezahlter Werbeträger. Er war zweimal geschieden und vierfacher Vater, als er 1991 Kris Kardashian, Matriarchin des Kardashian-Clans, heiratete. Kris

hatte ebenfalls bereits vier Kinder und zeugte mit Jenner weitere zwei, Kendall und Kylie. 2014 liess sich das Paar scheiden. Der Ex-Ehemann, heute Caitlyn Jenner, wirkte fünf Jahre lang mehr als Statist denn als Familienmitglied in der Reality-Soap «Keeping Up with the Kardashians» mit. Was in der angeblichen Reality-Show nie zu erfahren war: Kris Jenner wusste von Anfang an, dass ihr Ehemann Frauenkleider liebte und Östrogene nahm. «Ich war wahrscheinlich nicht ehrlich genug, ihr zu sagen, dass das mein wahres Ich war», sagte Bruce Jenner in einem Interview. Dass ausgerechnet er Teil einer Reality-Show war, scheint ihm rückblickend grotesk: «Die einzige wahre Geschichte in dieser Familie war die, die ich nicht erzählen konnte. Das Ding, was

vielleicht jemanden hätte berühren können, war da, in meiner Seele, und ich konnte es nicht sagen.»

Es klang vor wenigen Monaten wie eine richtig schlechte Hollywood-Schmonzette. Der Mann war berühmt, hatte Geld, war frisch geschieden und konnte tun und lassen, was er wollte. Er liess sich die Haare wachsen und wellig föhnen, lackierte die Fingernägel, seine Gesichtszüge wurden straffer und femininer. Dank Paparazzi-Shots wusste die interessierte Welt schon Wochen vor dem Titel von *Vanity Fair*, dass Bruce Jenner auf dem Weg war, als Frau zu leben. Die Gerüchte, dass er für eine Reality-Show über seinen Weg zur Frau unterschrieben habe, sind inzwischen bestätigt. Die Reality-Show «I am Cait» startet in den USA am 26. Juni. Caits Slogan: «I'm the new normal.» Zu dem Verdacht, dass sein Wandel nichts als eine coole Inszenierung sei, sagt Caitlyn Jenner: «Ich mache das nicht für Geld. Kein Mensch ändert sein Geschlecht für Geld. Ich hoffe einfach, auch ändern Mut zu machen.»

Von Sandra zu Sandro

Anders als Caitlyn Jenner versuchen die meisten Menschen, die ihr gebürtiges Geschlecht wechseln, damit so wenig Aufsehen wie möglich zu erregen.

Der Westschweizer Sandro Melzi* ist unauffällig attraktiv. Unauffällig, weil dem Mittvierziger mit den hohen Backenknochen und dem ungewöhnlich herzlichen Lächeln die vom Spiegel bestätigte Gewissheit zu fehlen scheint, gut auszusehen. Melzi ist selbstbewusst, aber wirkt völlig frei von Eitelkeit. Nichts an ihm weist darauf hin, dass er als Mädchen geboren wurde. «Doch», sagt er, «die schmalen Hände.» Es fällt ausser ihm niemandem auf. Vor zwanzig Jahren hiess Melzi Sandra und ging, ausser für die Schule und später für die Arbeit, kaum aus dem Haus, weil er mit seinem weiblichen Körper nicht zurechtkam. Dass er anders war als andere, fiel ihm erst auf, als man es ihm sagte. «Ich wusste genau, wer ich bin und was ich

spüre. Ich sagte immer, ich sei im Fall ein Bub. Und ich hatte überhaupt nicht das Gefühl, mit mir stimme etwas nicht», sagt Melzi. «Kinder wissen sehr genau über sich Bescheid und formulieren klar. Aber man hat mir zwanzig Jahre lang gesagt, was ich fühle, stimme nicht.» Es ist das Grundproblem fast aller Transgender-Menschen, die sich mit der Geschlechterrolle, die ihnen aufgrund ihrer Sexualorgane zugewiesen wird, nicht identifizieren können. Sie leiden an den Erwartungen, die man aufgrund ihres Geschlechts an sie stellt. Sandro Melzi sagt, seine grösste Erlösung sei der Psychiater gewesen, der ihn fragte: «Herr Melzi, was machen Sie hier? Sie sind nicht krank. Das hat man Ihnen eingeredet.»

Sandra Melzi war ein Mädchen mit grossem Bewegungsdrang, das Fussball interessanter

Dass er anders war als andere, fiel ihm erst auf, als man es ihm sagte.

fand als Puppen und Gummitwist. Aber wenn grad keine Buben da waren, spielte sie mit Mädchen. Auch in Ordnung, es machte nur etwas weniger Spass. Die Probleme begannen mit der Einschulung: «Mädchen-WC, Buben-WC, Mädchen gehen in die Handarbeit, Buben ins Werken. Ich wollte lieber werken. Sie sagten, Mädchen müssen in die Handarbeit. Da fängt deine Verwirrung an: Wenn du spürst, dass das, was du möchtest, für die andern nicht richtig ist. Dabei war ich doch wie meine Brüder. Warum sollte ich nicht werken?»

Unlösbar wurde ihr Konflikt, als Sandra Melzi in die Pubertät kam. Ihr Busen wuchs und wuchs. Sie fand ihn grauenhaft. «Wenn ich rannte, wackelte alles. Ich hatte sportlich gut mit den Buben mithalten können. Aber jetzt drosselten die Östrogene meine sportliche Leistung, während die der Buben sich weiter steigerte. Und die Buben, mit denen ich mich identifiziert hatte, wollten von mir nichts mehr wissen. Ich gehörte nirgends mehr dazu.» Die Mädchen redeten über Körper, Kleider, Schminke, Menstruation, davon wollte Sandra Meli nichts wissen. Sie trug weite Hemden und drückte die Schultern nach vorn, damit ihre Brüste weniger auffielen. Wenn sie sagte, sie wolle nicht zum Schwimmen gehen, weil im Badeanzug ihr Körper nicht zu verstecken war, reagierten die Erwachsenen verständnislos und ablehnend.

Sandra Melzi zog sich immer mehr zurück und versuchte, ihren Körper zu ignorieren. Sie lernte, sich vor dem Spiegel zu kämmen, ohne sich ins Gesicht zu blicken. Sie sagt, sie habe damals nicht mehr gewusst, wie

ihr Körper aussah. Sie übte stundenlang Zaubertricks in ihrem Zimmer. So lange sie allein war, kam sie gut zurecht. Aber die Aussenwelt war Feindesland.

Mit 21 wusste Sandra Melzi, dass sie etwas tun musste, «weil sonst mein ganzes Leben blockiert ist. Ich schrieb einen Brief an die «Liebe Marta» [Marta Emmenegger, damals *Blick*-Sexberaterin, die Red.] und bekam von ihr einen wunderschönen Brief zurück. Sie nahm mich völlig ernst, empfahl Adressen für medizinische und psychologische Beratung.» Sandra wusste zu diesem Zeitpunkt sehr klar, dass sie einen anderen Körper wollte, mit oder ohne Unterstützung der Eltern. Ihre Brüder waren sofort auf ihrer Seite. Die Mutter sorgte sich, ob die Tochter dann je eine Beziehung finden würde. «Als ob ich mit meinem damaligen Körper je eine gefunden hätte!», sagt Sandro Melzi heute. «Ich war gar nicht fähig, auf jemanden zuzugehen.»

Die Testosteronbehandlung empfand Melzi vor allem als psychische Erleichterung. Mit fast 25 lernte er, sich zu rasieren. Später liess er sich die Brüste amputieren und Gebärmutter und Eierstöcke entfernen. Er fühlte sich enorm befreit. Er konnte sich wieder bewegen wie als Bub, nichts wackelte mehr. Einen künstlichen Penis lehnte er ab, nachdem er sich näher informiert hatte: «Das ist ein riesiger Eingriff und doch nur ein Gebastel. Ich habe mehr davon, wenn ich noch etwas spüre.»

Kurz nach der Operation lernte er seine heutige Frau kennen. Er hatte sich immer mit Buben und Männern identifiziert, aber sexuell hatten sie ihn nicht interessiert. Zum ersten Mal im Leben hatte Melzi, der inzwischen Sandro hiess, Schmetterlinge im Bauch. Aber, sagt er, wieder Vertrauen zu jemandem zu bekommen und zu sich selber, sei keine schnelle Sache gewesen.

Seine Frau hatte mit seiner Geschichte, seinem vernarbten Oberkörper und der Tatsache, dass Melzis Unterleib weiblich ist, zu seiner Überraschung kein Problem. Dass er seine drei Kinder nicht zeugen konnte, beschäftigte ihn nicht: «Ich wusste schon als Kind, dass ich nie eigene Kinder haben würde. Aber da ich immer Vater werden wollte, dachte ich, vielleicht würde ich einmal Kinder adoptieren.» Inzwischen gab es Spendersamen.

Dass Goldmedaillengewinner Bruce Jenner sich erst mit 65 entschloss, Caitlyn zu werden, kann Sandro Melzi nachempfinden: «Man definiert sich über eine Tätigkeit, die keine Zeit für anderes lässt. Aber Ablenkungen bleiben Ablenkungen. Sie funktionieren irgendwann nicht mehr.» Dass Melzi im Gegensatz zu Jenner seinen Vornamen nur um einen Buchstaben veränderte, war eine bewusste Entscheidung: «Ich wurde ja kein anderer Mensch. Ich war immer schon so gewesen.»

*Name von der Redaktion geändert.



BH unter dem Anzug: Bruce Jenner (M.), Kim (l.), Kris Kardashian.



Handfestes aus Eisen und Stahl: Professor Auguste Piccard (r.) mit Familie, vor der von ihm entwickelten Druckkapsel.



Sphärische Moden

Von Daniele Muscionico

Wo wären wir hingekommen, wenn er seinen Wahnsinn nicht so ernst genommen hätte wie wir unsere Bürokrattennatur? Die Liebe zur Lebensversicherung und zur Ruhe der Nacht. Gewiss nicht in die Stratosphäre wären wir gekommen ohne Auguste Piccard. Wir kämen bis heute bestenfalls auf den nächsten Barhocker, um uns dort vor lauter Langeweile kurzatmig zu betrinken.

Hier steht Auguste Piccard, der Grossvater von Bertrand Piccard, dem Solarsegler, auch er ein Schweizer, der keine Grenzen akzeptiert hat. Vor allem keine Grenzen, die andere für ihn festgelegt haben. Hier steht der Physiker im Alter von 54 Jahren samt Familie und seinem Assistenten Paul Kipfer vor einer Kugel, die er entwickelt hat.

Mit ihr will Piccard Beweise sammeln, Belege für die Theorien seines Studienfreundes Albert Einstein – und das nirgendwo anders als in der Stratosphäre. Dabei fliegen ihm en passant zu: ein Höhenrekord beim Stratosphärenflug 1931 mit 15780 Metern – noch höher ging's ein Jahr später, als er 16940 Meter hoch in die Luft stieg.

Kein gewöhnliches Familienporträt ist dieses Gruppenbild mit Wissenschaftler. Denn der Wissenschaftler und seine Familie versammeln sich nicht dort, wo sich unsereiner versammelt – damals vor dem neuen Fahrrad, der neuen Bücherwand, heute vor dem geleasteten Hummer oder vor der temporären Südsee-seligkeit.

Die Piccard-Familienaufstellung 1930 findet in der Werkhalle statt, und wie zum Beweis des edlen Tuns inspiziert ein Mitarbeiter im Drillich im entscheidenden Moment die Luftreisekugel. Im Vordergrund tragen die beiden Hauptpersonen blütenreine Kittel, und das, obwohl zu ihren Füßen nichts Feinstoffliches liegt, sondern Handfestes aus Eisen und Stahl.

Professor Auguste Piccard, hochgeschossen, spargeldünn, mit wildem Haarwuchs, war das real existierende Vorbild für eine Kunstfigur, für Hergés Professor Bienlein (im Comic «Tim und Struppi»). Aber ob der Zeichner ihn jemals so angetroffen hat? In der Vollmontur von Piccards Wissenschaftlerwesen?

Denn es ist ja nicht so, dass der Professor ein Hasardeur und Todesmutiger gewesen wäre. Dieser kluge Mann baut vor und steht mit beiden Beinen auf dem Boden, auch wenn sein Kopf in anderen Sphären schwebt. Und den sichert er ganz besonders – mit einem gut gepolsterten, weich bestückten Korb. Fantasie muss man schonend behandeln – und den Fantasten als rohes Ei.

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Lori Nelson Spielman:** Nur einen Horizont entfernt (*Fischer Krüger*)
- 2 (2) **Donna Leon:** Tod zwischen den Zeilen (*Diogenes*)
- 3 (–) **Guillaume Musso:** Nacht im Central Park (*Pendo*)
- 4 (7) **Blanca Imboden:** Matterhörner (*Wörterseh*)
- 5 (3) **Martin Suter:** Montecristo (*Diogenes*)
- 6 (10) **Lori Nelson Spielman:** Morgen kommt ein neuer Himmel (*Fischer Krüger*)
- 7 (4) **Martin Walker:** Provokateure (*Diogenes*)
- 8 (8) **Viveca Sten:** Tod in stiller Nacht (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 9 (6) **Andrea Camilleri:** Das Spiel des Poeten (*Bastei Lübbe*)
- 10 (5) **Ruth Schweikert:** Wie wir älter werden (*S. Fischer*)

Sachbücher

- 1 (2) **Giulia Enders:** Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 2 (1) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (*Bibliographisches Institut GmbH*)
- 3 (3) **Per J. Andersson:** Vom Inder, der auf dem Fahrrad ... (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 4 (–) **Wilhelm Schmid:** Gelassenheit (*Insel*)
- 5 (6) **Jamie Purviance:** Weber's Grillbibel (*Gräfe und Unzer*)
- 6 (5) **Thomas Maissen:** Schweizer Heldengeschichten ... (*Hier und Jetzt*)
- 7 (4) **Thomas Gottschalk:** Herbstblond (*Heyne*)
- 8 (9) **Eben Alexander, Ptolemy Tompkins:** Vermessung der Ewigkeit (*Ansata*)
- 9 (–) **Rolf Dobelli:** Wer bin ich? (*Diogenes*)
- 10 (7) **Joachim Bauer:** Selbststeuerung (*Blessing*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Garten

Die Geschichte der Menschen beginnt mit einem Garten – dem Garten Eden –, in dem Gott Adam und Eva immergrüne Pflanzen bereitstellt. Im Gegensatz dazu muss der Mensch seine Gärten selber schaffen, pflegen. Die berühmteste Anmerkung zu einem Garten entstammt Voltaires «Candide» (1759): «Man muss seinen Garten kultivieren», sagt Candide am Ende des Buches. Nachdem er Abenteuer bestanden und die Grausamkeit der Menschen erfahren hat, zieht er sich in ein Landhaus zurück. Mit der Aufforderung, den eigenen Garten zu bebauen, formuliert er das Philosophen-Dasein schlechthin: Philosophieren heisst die Probleme der Welt erfassen, sich dann in sich selber wie in einen Garten zurückziehen, ein Problem durcharbeiten, als jäte man die Erde, um dann der Öffentlichkeit mit einer Lösung aufzuwarten, als reiche man ihr Blumen. (*sap*)



Der Gewinner steht fest: Büchels «Mosque» an der Biennale in Venedig.

Kunst

Auszeichnung eines Angstmachers

Der Basler Christoph Büchel ist der diskreteste Guerilla-Künstler überhaupt – und einer der weltweit wichtigsten. Jetzt erhält er vom Bund den Prix Meret Oppenheim. *Von Daniele Muscionico*

Er will eine Boeing 727 in der kalifornischen Mojave-Wüste vergraben. Er baut in Chicago eine Messie-Wohnung nach und nennt sie «Trainingsgelände für Demokratie». Er inszeniert in London einen Sweatshop für muslimische Näherinnen, versteckt hinter einem Laden für Import-Export-Geschäfte. In der Kunsthalle Basel sammelt er akribisch die Überreste eines mutmasslich von Terroristen gesprengten Reisebusses. Oder er nimmt, wie an der Biennale in Venedig, an einer katholischen Kirche, seit Jahrzehnten privatisiert und ein Lagerraum für Krempel, eine Nutzungsänderung vor – und eröffnet sie als Moschee, «The Mosque».

Die Islamische Gemeinde Venedigs ist entzückt und benutzt die Kunst-Moschee als Andachtsraum. Anders die venezianischen Stadtbehörden, flankiert von kunsthistorischen Sachwaltern, sie finden daran nur bedingt Gefallen. Nach nur zwei Wochen und zahllosen Schlagzeilen in der Weltpresse wurde «The Mosque» (sie fungiert an der Biennale als Länderpavillon von Island) Ende Mai geschlossen, mit dem scheinheiligen Argument allerdings, dass Sicherheitsbedingungen nicht eingehalten würden – und der Gewinner steht fest:

Der Basler Künstler Christoph Büchel hat es wieder einmal geschafft. Er hat seine Hand in eine offene Gesellschaftswunde gestossen. Denn hinter seinem Coup in der erzkatholischen Lagunenstadt steht die messerscharfe Frage: Was ist das eigentlich, eine Kirche?

Wer ist Christoph Büchel?

Gibt es darauf eine Antwort? Vielleicht ebenso wenig wie auf die Frage, die man sich derweil in der Schweiz stellen mag: Wer ist das eigentlich, Christoph Büchel? Der 1966 in Basel geborene Künstler wird am 15. Juni anlässlich der Kunstmesse Art vom Bundesamt für Kultur (BAK) mit einer der wichtigsten Auszeichnungen geehrt, die das Land einem zeitgenössischen Kunstschaffenden verleihen kann: mit dem «Grand Prix Kunst/Prix Meret Oppenheim». Büchel wird von vielen wichtigen Museen weltweit gesammelt und hat von der Eidgenossenschaft schon während seiner Studienzeit (in Basel, New York und Düsseldorf) Förderpreise erhalten. Ihn heute auszuzeichnen, ist richtig und konsequent zugleich.

Aber wer ist das eigentlich, Christoph Büchel? Es gibt kaum Fotos von ihm, Schnapp-



und Einbauten in bestehende Räume, wenn er in Museen rund um die Welt haarklein und haargenau einen Supermarkt, eine McDonald's-Fritten-Filiale oder einen real existierenden Swingerklub installiert – in Wien zum Beispiel den «Raum für Sexkultur» als Antwort auf die gleichenorts bewunderte Nacktkultur des Gustav Klimt. Oder dann, wenn er ganz simpel eine Wand einreissen lässt, die das Museum von dem benachbarten Altersheim trennt. So geschehen in Basel 1994, «Happy End» taufte Büchel die Installation.

Büchel lässt Besucher durch Kühlschränke kriechen, durch Kanalaröhren, dunkle Labyrinth in abgespaltene Seelenräume und Parallelwelten, die gerne unter der Erde liegen – bitterböse ist das und dunkelschwarz. Doch seine Kunstwirklichkeit ist niemals böser und dunkler als die wirkliche Wirklichkeit. Zumindest jene Teile der Wirklichkeit, die wir gerne im Dunklen belassen: Ausbeutung, Ausgrenzung, Ungerechtigkeit, Sexualität. Auf sie reagiert Büchel als ein fieser Fritzel der Kunst. Er gibt unserer Spassgesellschaft, was sie verdient: Erlebnis-Kunst in Erlebnis-Räumen von hochgradig manipulativer Wirkung.

Was ist Christoph Büchel überdies? Leichter zu sagen, was er nicht ist: Er ist kein Provokateur. Auch wenn seine Kritiker ihn dafür halten wollen. Doch die Provokation ist bei Büchel nicht das Ziel, sondern Mittel zum Zweck. Er ist überdies das Schattenbild, das Gegenteil von Pipilotti Rist, der Künstlerin, die ihren Körper öffentlich macht. Erst kürzlich hat sie sich im Feuilleton der Wochenzeitung *Die Zeit* auf zwölf Seiten als lebensgrosser Star-Schnitt veräussert, als «Fix-it-Frau» zum Ausschneiden käuflich zu erwerben.

Büchels Person ist nicht Arbeitsmaterial wie die Person Pipilotti Rist. Die Person Büchel ist lediglich eine Folie, sie ist unwichtig. Im Gegenteil sogar: Seine Total-Installationen leben von der Abwesenheit des Autors, sie ernähren sich von der Spekulation und von der Fantasie. Sie leben von der Spekulation über den Urheber und von der Spekulation über des Urhebers Motiv. Büchels Kunst beginnt im Museum, und sie realisiert sich, läuft zu ihrer grössten Wirkung auf – in unserem höchstgelegenen Kopf.

Denn nichts ist bekanntlich massloser als unsere Fantasie. Büchel baut realiter, was wir heimlich fantasieren, so einfach ist das. Und so unangenehm. Büchel ist der Architekt unserer Fiktionen. Unserer Ängste und Hysterien. Kunst ist Verunsicherung. Das ist ihre Macht. Diesbezüglich ist Christoph Büchel im Land der Mächtigste.

Ausstellung Swiss Art Awards 2015 mit den Arbeiten von Christoph Büchel in der Halle 4 der Messe Basel: Vernissage 15. Juni, Ausstellung: bis 21. Juni. Der Eintritt ist frei.

Jazz

Der lange Weg zur Schönheit

Von Peter Rüedi

Aufs erste Hinhören hin scheint die Band tatsächlich wie das Remake eines berühmten Vorbilds: des Trios Paul Motian, Joe Lovano, Bill Frisell – dies in erster Linie, weil Third Reel, die Gruppe des Genfer Klarinettenisten und Saxofonisten Nicolas Masson, des Tessiner Gitarristen Roberto Pianca und von Emanuele Maniscalco aus Brescia, im gleichen, nach unten offenen Format musiziert, also ohne Bass. Die Originalität des italo-schweizerischen Trios offenbart sich allerdings bald, wenigstens jenem Hörer, der in diesem Bogen von dreizehn Konzisen, meist elegisch-poetischen Miniaturen das subtile Gleichgewicht zwischen weit offen komponierten Klangräumen und immer formbewusster Improvisation wahrnimmt. Third Reels «Many More Days» bringt eine ungewöhnlich subtil zwischen Planung und Spontaneität austarierte Musik, ganz durchsichtig in den polyvalenten Interaktionen, sehr gelassen und sehr konzentriert zugleich (das längste Stück ist mit knapp fünf Minuten Piancas Ballade «Lara's Song»). Alle drei Partner sind exzellente Komponisten, alle drei suchen den grossen Atem und haben eine Abneigung gegen Geschwätzigkeit. Alle drei sind grosse lyrische Melodiker. Masson sagt es so: «Oft spielen wir um die schönen Melodien herum, die Emanuele Maniscalco mitbringt; Roberto Piancas Stücke befassen sich oft mit der Entwicklung und Nuancierung von Akkordfarben, und ich selber tendiere zu kontrapunktischem Schreiben.» Alle drei haben Erfahrungen mit freier Improvisation gemacht. Masson als Zwanzigjähriger mit Cecil Taylor, Frank Lowe und Ken McIntyre in New York; Maniscalco, Autodidakt auf seinen beiden Instrumenten, mit Enrico Rava (und in der Folge mit ungefähr der gesamten kreativen Italo-szene); Roberto Pianca, ausgebildet in Lugano (Scuola di musica moderna) und am Konservatorium von Amsterdam, mit John O'Gallagher und Russ Lossing, Joey Baron und anderen in New York. Alle haben einen weiten Weg zurückgelegt bis in die gemässigten Zonen dieser nachdenklichen Musik. Alle bringen sie darin die Intensität ihrer Free-Erfahrungen ein. Sehr schön. Und sehr spannend.



Third Reel (Nicolas Masson, Roberto Pianca, Emanuele Maniscalco): Many More Days.
ECM 2431 4723813



Gelebte Basler Diskretion: Künstler Büchel.

schüsse bestenfalls, Atelierbesuche oder Interviews lehnt er ab. Auch keine Manifeste wie bei Thomas Hirschhorn oder öffentliche Gespräche gibt es im Fall Büchel, sie fehlen auch dort, wo sie üblich sind, zum Beispiel in der jetzt vom BAK anlässlich des Preises publizierten Broschüre. Büchel verweigert sich den Medien, wo er kann, und statt Interviews zu gewähren, reagiert er mit einer künstlerischen Arbeit.

Christoph Büchel lebt gegenwärtig in Island. Er hat dort, an der Ostküste, das im Andenken an Dieter Roth gegründete Skaffell Center for Visual Art geleitet und offenbar Gefallen an der entlegenen Insel gefunden. Und das erstaunt nicht. Büchel ist gelebte Basler Diskretion, wenn auch zu ureigenem Ziel und Zweck: Dieser Künstler ist ein Kunst-Guerillero.

Christoph Büchel ist ein Maulwurf im Unterholz von Gesellschaft und Politik. Auf sie reagiert er mit Installationen, Interventionen im öffentlichen und halböffentlichen Raum, mit Videos. Und immer wieder auch mit Um-

Top 10

Knorr's Liste

1	Bouboule	★★★★☆
	Regie: Bruno Deville	
2	Das ewige Leben	★★★★☆
	Regie: Wolfgang Murnberger	
3	Woman in Gold	★★★★☆
	Regie: Simon Curtis	
4	Mad Max: Fury Road	★★★★☆
	Regie: George Miller	
5	Geronimo	★★★★☆
	Regie: Tony Gatlif	
6	A World Beyond	★★★★☆
	Regie: Brad Bird	
7	Avengers: Age of Ultron	★★★★☆
	Regie: Joss Whedon	
8	Child 44	★★★☆☆
	Regie: Daniel Espinosa	
9	Spy	★★★☆☆
	Regie: Paul Feig	
10	San Andreas	★★★☆☆
	Regie: Brad Peyton	

Kinozuschauer

1 (-)	Spy	9407
	Regie: Paul Feig	
2 (1)	San Andreas (3-D)	6723
	Regie: Brad Peyton	
3 (3)	Mad Max: Fury Road (3-D)	3560
	Regie: George Miller	
4 (2)	Pitch Perfect 2	3446
	Regie: Elizabeth Banks	
5 (4)	Poltergeist (3-D)	1980
	Regie: Gil Kenan	
6 (5)	Woman in Gold	1481
	Regie: Simon Curtis	
7 (-)	Bouboule	1322
	Regie: Bruno Deville	
8 (6)	Tomorrowland	1169
	Regie: Brad Bird	
9 (8)	Ostwind 2	866
	Regie: Katja von Garnier	
10 (-)	Child 44	824
	Regie: Daniel Espinosa	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	John Wick (Ascot Elite)
2 (-)	Baymax – Riesiges Robowabohu (Disney)
3 (-)	96 Hours – Taken 3 (Rainbow)
4 (-)	Birdman (Fox)
5 (1)	Herz aus Stahl (Sony)
6 (-)	Unbroken (Universal)
7 (2)	Der Hobbit – Die Schlacht ... (Warner)
8 (3)	The Best of Me (Ascot Elite)
9 (5)	Der grosse Trip – Wild (Fox)
10 (4)	Mortdecai (Ascot Elite)

Quelle: Media Control



Holzweg des Leidens: «Love & Mercy».

Kino

Bad Vibrations

Brian Wilson, kreativer Kopf der Beach Boys, schuf kühne Musik und war lange ein psychisches Wrack. Der nicht weniger kühne Film «Love & Mercy» erzählt sein Leben. Von Wolfram Knorr

Weich und kindlich, das lockige Haupthaar schulterlang, sitzt er am Flügel und zugleich über einem sehr irdischen Spielplatz: mit den nackten Füßen in einem Sandkasten, um das Surfer-Gefühl über die Fusssohlen in seinen Kopf zu leiten und in Harmonien zu verwandeln. Mit verklärter Qual will er Physisches in wohltemperierten Klang umsetzen. Brian Wilson heisst der exzentrische Tonsetzer, der bei dieser bahnbrechenden Transformation eines Lebensgefühls in Musik gerade mal 24 Jahre alt war. Als innovativer Kopf der Beach Boys schuf er, zusammen mit Brüdern und Cousins, raffiniert gesetzte, swingende Dauer-Wellen. Ihr sogenannter «Pet Sound» hat die Popmusik neben den Beatles entscheidend mitgeprägt.

Nur entsprach Wilson überhaupt nicht jenem Image, das sein Song «Good Vibrations» vermittelte: dem freier, dynamischer Jugendlicher, die ihre gebräunten Gesichter, umrahmt von langem Blondhaar, in den Wind reckten und auf den Wellen ritten. Brian, den innere Töne traktierten wie Kathodenstrahlen, wurde zum Psycho. Vom herrischen Vater in der Kindheit geschlagen, als Komponist gedemütigt, von Bandkollegen und Plattenfirmen nicht verstanden, flüchtete er sich in Drogen, Alkohol und Fressorgien, stürzte aus seinem klingenden Kosmos, landete in der Schizophrenie und in den Klauen des windigen Psychoanalyti-

kers Dr. Eugene Landy, der ihn gezielt medikamentös falsch behandelte, um sich zum Vormund machen zu lassen und ihn auszunehmen wie eine gestopfte Gans. Die Autoverkäuferin Melinda Ledbetter war es schliesslich, die ihn aus der Hölle befreite.

Was für ein Fressen für Biopics! Begnadeter Künstler krebst durchs irdische Jammertal! Auf der Milchstrasse des Kommerz-Erfolgs und zugleich auf dem Holzweg des Leidens! Doch Bill Pohland, Produzent ambitionierter Projekte wie Terrence Malicks «The Tree of Life» oder Steve McQueens «12 Years a Slave», vermeidet in seiner ersten Regiearbeit die ausgetretenen Pfade eines biografischen Potpourris mit historisch nachweisbaren Stationen, sondern geht einen ziemlich kühnen Weg: Er teilt die Bio in zwei Zeitebenen und lässt Brian Wilson von zwei verschiedenen Schauspielern verkörpern, die keinerlei Ähnlichkeit miteinander haben – und das macht Sinn.

Den schöpferischen Kopf der Beach Boys spielt Paul Dano («Prisoners») mit glühenden Augen und weichen Zügen, der die Stimmen im Kopf nicht befreien kann, weil der väterliche Spott und das Gemaule der Kollegen es verhindern. Den psychotischen Brian der achtziger Jahre, der kaum noch weiss, wer er ist, komplett abhängig von Dr. Landy (Paul Giamatti), einem Terror-Monster mit Korkenzieherfrisur und

den gierigen Augen eines magenkranken Gourmets, verkörpert John Cusack («Maps to the Stars») mit dunkler innerer Leere und ausgeräumtem Seelenhaushalt. Beim Kauf eines Autos lernt er Melinda Ledbetter (Elizabeth Banks) kennen. «Love & Mercy» entfaltet seine Spannung im Wechselspiel der beiden Wilsons und im raffinierten Einsatz der Musik. Wenn Brian Melinda mit Blicken seine Liebe erklärt, übernimmt «Wouldn't It Be Nice» den Dialog. Die zuweilen semidokumentarischen Studioaufnahmen sind voll von solch musikalischen Feinheiten. ★★★★★

Weitere Premieren

The Age of Adaline — Der Jugendwahn als Fluch – oder doch nicht? Adaline (Blake Lively) verunfallt 1937 mit 29 Jahren, doch ein Blitz reanimiert sie und blockiert ihr Alter auf ewig. 2014 ist sie 106, sieht aber eben immer noch aus wie 29. Seitdem lebt sie in völliger Zurückgezogenheit. Keine Männer, nix Liebe. Wieso eigentlich? Jeder Mann wäre doch glücklich, wenn er mit seinen Kukident-Zähnen noch eine Frau zur Seite hätte, die selbst mit achtzig noch wie 29 aussieht. Zumal Adaline auch psychisch nicht gealtert ist. Dann verliebt sie sich aber doch noch, und den geneigten Zuschauer könnte das Gefühl beschleichen, dass die Alterslosigkeit reine Behauptung und das Jungbleiben halt scho' was Feines ist. Die



Überzeugend besetzt: «The Age of Adaline».

Schwurbel-Mixtur aus Fantasy, Lovestory und Melodram ist nur deshalb goutierbar, weil sie mit Blake Lively überzeugend besetzt ist und Lee Toland Krieger die komische Story souverän inszeniert. ★★★☆☆

Jurassic World — Klar, nachdem alles recycelt wird, von «Batman» über «Mad Max» bis «Star



Wie eh und je: «Jurassic World».

Wars», kann auch der Hit aus den neunziger Jahren nicht verschont bleiben. Und da sich die Computertechnik gewaltig entwickelt hat, muss sie auf der Leinwand auch vorgeführt werden. Die Story allerdings ist wie eh und je. Ein gefährlicher Killersaurier läuft aus dem Ruder, und ein Held (Chris Pratt) muss retten. Aber locken Dinos heute noch ins Kino? ★★★☆☆

Hot Pursuit — Die Frauen rüsten auf. Nach der Eroberung der Männerdomäne Spionage («Spy») sitzen sie auch im Cop-Film am Steuer. Die pflichtbewusste Polizistin Cooper (Reese Witherspoon) muss eine wichtige Zeugin, die Witwe eines Drogengangsters (Sofía Vergara), zum Gericht nach Dallas chauffieren. Die Dame soll gegen den Kartellboss aussagen, was der natürlich zu verhindern sucht – und schon kommt's zu einer irrwitzigen Verfolgungsjagd, an der sich nicht nur die Gangster beteiligen, sondern auch Detektive und andere. Ist ja alles nicht neu, man kennt die Karambolagen – nur sind eben jetzt Frauen am Drücker. ★★★☆☆

Fragen Sie Knorr

Stimmt es, dass es einen von der Fifa produzierten Spielfilm über die Fifa und ihren Chef Joseph Blatter gibt? Wenn ja, warum kommt er nicht ins Kino oder wenigstens auf die Mattscheibe? P. V., Dübendorf



Ja, den gibt es, und er heisst «United Passions», hatte, glaube ich, vor zwei Jahren in Cannes Premiere und soll dann in einigen Ländern wie Serbien und Ungarn in die Kinos gekommen sein. Ich habe ihn nicht gesehen, aber gehört, er sei grottenschlecht. Tim Roth,

bekannt aus der TV-Serie «Lie to Me», spielt Blatter, und er soll sich furchtbar schämen, die Rolle angenommen zu haben. Vor allem die Dialoge seien, gerade im Licht der Aktualität, von unfreiwilliger Komik. Höhepunkt soll eine Dialogpassage sein, in der Roth als Blatter seine Mitarbeiter mahnt, sich bei allen Geschäften ethisch zu verhalten. Der Film, heisst es, habe 25 Millionen Euro gekostet. Eigentlich wahr: Gerade jetzt sollte er hier ins Kino.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Im gelobten Land

Von Rico Bandle

Für die Verantwortlichen unseres gebührenfinanzierten Senders ist es «Teufelszeug», die Schweizer Landidylle in Unterhaltungssendungen abzufeiern. Man müsse verhindern, «dem Publikum ein reaktionäres Weltbild zu vermitteln», hiess es, bezogen auf die erfolgreichen «SRF bi de Lüt»-Sendungen, in einem von der *Weltwoche* publik gemachten internen Papier.

Nun zeigt die SRG, wie für sie politisch genehmes Unterhaltungsfernsehen aussieht: Am Freitag lief die erste Folge von «Grüezi Schweiz» über Einwanderer. Dabei handelt es sich um ein Service-public-



Reputationsproblem? «Grüezi Schweiz».

Vorzeigeprojekt, an dem SRG-Journalisten aus allen vier Landesteilen beteiligt sind. Sie begleiten vier Einwandererfamilien auf ihrem Weg in die neue Heimat.

Vom angeblichen Reputationsproblem der Schweiz im Ausland ist in der ersten Folge rein gar nichts zu spüren: Die Schweiz ist für die Einwanderer das gelobte Land mit sicheren Jobs, einem funktionierenden System und freundlichen Leuten. Die Masseneinwanderungsinitiative kommt auch zur Sprache – die einen finden, bei ihnen wäre eine solche Initiative noch deutlicher angenommen worden, andere sagen, sie wollten jetzt erst recht schnell in die Schweiz gelangen, bevor es zu spät sei.

Ausser für die syrische Familie verläuft die Einwanderung bislang für alle völlig unproblematisch. In einer der nächsten Folgen werden die Emigranten wohl doch noch auf gewissen Widerstand stossen müssen. Sonst droht die Serie, wie schon «SRF bi de Lüt», bei den SRF-Obersten als «reaktionär» und «verkitscht» unter die Räder zu kommen.

Grüezi Schweiz – die Einwanderer:
Freitag, 21 Uhr, SRF 1

Zauberhafte Zuckerwatte

Circus Knie auf dem Sechseläutenplatz; G-7 der Jubilare; kein Wohltätigkeitsball im «Baur au Lac». *Von Hildegard Schwaninger*



Besonders schön herausgeputzt: Zirkusdirektor Fredy Knie.

Der Circus Knie hat seine Zelte am Zürcher Sechseläutenplatz abgebrochen und ist weitergezogen nach Wettingen und Basel. Das einen Monat dauernde Gastspiel in Zürich war ein Riesenerfolg, das Zelt in den letzten Tagen bis auf den letzten Platz besetzt, es gab sogar zusätzliche Vorstellungen. Der Circus Knie auf dem Sechseläutenplatz ist eine Bereicherung. Jung und Alt freut sich, die Artisten locken, das Bellevue duftet nach Zuckerwatte, und fröhlich dudelt die zirkustypische Jahrmarkt-musik aus dem Zelt.

Im Nacken sitzt der Zirkusfamilie jetzt das Initiativkomitee, das für einen freien Sechseläutenplatz Unterschriften sammelt. Hardliner fordern, dass der Platz 365 Tage im Jahr von Veranstaltungen verschont und damit für die Bevölkerung frei bleiben soll. Der Zirkus gehört aufs Bellevue! Für den Circus Knie ist das auch existenziell.

Zirkusdirektor **Fredy Knie**: «Am Bellevue gehen Leute spontan an die Kasse und kaufen ein Billett. Auf der Landiwiese, wo wir wegen des Sechseläutenplatz-Umbaus gastierten, fehlten uns diese Spontanbesucher.» Es ist, als hätte sich die Familie Knie für die Rückkehr auf den Sechseläutenplatz ganz besonders schön herausgeputzt. Die Pferdenummern der Familie Knie sind Weltklasse. Die «Amadeus»-Schleuderbrett-Nummer auf Stelzen (in Mozart-Kostümen zu Mozart-Musik) der russischen

Truppe Sokolov ist nur eine der Sensationen im Programm «Phénoménal».

Im Vatikan gibt es nur einen ehemaligen Papst, in Zürich gibt es gleich drei ehemalige Stadtpräsidenten. **Elmar Ledergerber**, **Josef Estermann** und **Thomas Wagner**. Alle drei waren am Samstagabend an einer grossen Geburtstagsparty im Theatersaal Gessnerallee versammelt, eine G-7 helvetischer Art. Sieben Geburtstagskinder (sechs Männer, eine Frau) feierten ihren Siebzigsten. Schriftsteller **Jürg**



Grund zum Feiern: Elmar Ledergerber.

Acklin, Philosoph **Georg Kohler**, Rechtsanwalt und Constaffel-Herr **Florian von Meiss**, der Kulturbeamte **Jean-Pierre Hoby** sowie drei ehemalige Redaktoren der NZZ. Riesen-

fest mit vielen Leuten, vielen Ansprachen (das wurde manchmal etwas lang), hervorragendem Essen, guter Musik. Regisseur **Rolf Lyssy** tanzte ausgelassen mit Schauspielerin **Graziella Rossi**.

Eine Charity, die kein Geld einbringt, macht keinen Sinn. Sich unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit einen lustigen Abend zu machen und dann kein Geld an die karitative Institution abzuliefern (weil nichts übrigbleibt), ist zutiefst unseriös. Das haben sich die Organisatoren des Balls zugunsten von *Terre des hommes* überlegt und deshalb die Gala von letztem Samstag kurzfristig abgesagt.

Der *Terre-des-hommes*-Ball sollte zum vierten Mal im Hotel «Baur au Lac» in Zürich stattfinden. **Megy Pfortmüller**, die Modekauffrau (führt zurzeit in Zürich die Boutique Marie Claire) und Ehefrau von Rechtsanwalt und Schauspielhaus-Freunde-Präsident **Herbert (Herbie) Pfortmüller**, führt das Organisationskomitee an. Die zirka 200 Karten für die Gala waren verkauft, aber schon Anfang des Jahres sind die wichtigsten Sponsoren ausgestiegen. Wie Pfortmüller sagt, «wegen des Franken-Schocks». Dior, Falcon Private Bank, Manor waren die Hauptsponsoren, aber auch kleinere Sponsoren wie Notenstein Privatbank, Swarovski, Kanebo, IWC und die Jacobs Foundation nahmen als Donatoren eine Auszeit. So hätte man mit dieser Ballnacht bestenfalls eine



Mutig: Megy und Herbert Pfortmüller.

schwarze Null ertanzt und nicht wie 2013 die stolze Summe von 213000 Franken an das *Terre-des-hommes*-Projekt «Reise ins Leben» überweisen können. Das machte für Megy Pfortmüller keinen Sinn, und schweren Herzens sagte sie den Ball «aus finanziellen Gründen» ab. «Es brauchte Mut abzusagen», meint Pfortmüller, aber sie ist optimistisch. «Wir arbeiten daran, dass die *Terre-des-hommes*-Gala wieder gewinnbringend stattfinden kann.»

Sehr anständig hat sich das Hotel «Baur au Lac» verhalten. Man zeigte Verständnis und akzeptierte die Annullierung des Festsaaes – kostenlos.

Im Internet

www.schwanagerpost.com

Gewusst wie

Die Stand-up-Komikerin Jessica Fass, 32, weiss aus Erfahrung, wie schwierig es ist, in Tel Aviv den passenden Partner zu finden. Aus ihren Fehlschlägen hat sie eine Strategie abgeleitet.



Matchmaker: Jessica Fass.

Erfolgreiche Integration: Dating ist heute überall schwierig, im multinationalen Staat Israel aber ganz besonders. Zehntausend junge Frauen und Männer aus allen Teilen der Welt kommen nach Israel, und ja, die meisten suchen einen israelischen Mann oder eine israelische Frau. Lassen sie sich in Tel Aviv, einer weltoffenen und säkularen Stadt, nieder, bleiben sie – ohne meine Hilfe – mit ziemlicher Sicherheit erfolglos.

Andere Sitten: Die Tricks aus Europa und den USA funktionieren in Tel Aviv überhaupt nicht. Wenn eine Frau einem Mann ihre Telefonnummer gibt und er erst drei Tage später anruft, kann er sicher sein, dass er eine Abfuhr kassiert. Ebenfalls wichtig: Gefallen sich Frau und Mann, kann man bereits beim ersten Treffen küssen. Was anderswo erst nach Monaten geschieht, geht hier oft schneller voran. Nicht ungewöhnlich ist, dass Männer und Frauen sehr bald in die Familien eingeladen werden. Am Sabbat macht man Bekanntschaft mit Tanten, Onkeln, Geschwistern und den Eltern, die einen ausgiebig zu religiösen Gepflogenheiten, karrieretechnischen Zukunftsplänen und dem Kinderwunsch befragen. Die Verwandten stehen dem wichtigen Anliegen des zweiten Dates nicht unbedingt im Weg: Sex. Der bedeutet beziehungs-technisch aber gar nichts.

Effort reduzieren: Natürlich sind das Verallgemeinerungen. Was ich tatsächlich sagen möchte: Geht man ohne Vorbereitung und spezifisches Wissen über die Gepflogenheiten in Israel auf Partnersuche, wird es nicht einfach. Ich stamme ursprünglich aus Los Angeles und lebe erst seit drei Jahren in Tel Aviv. Ich habe viele Männer getroffen, aber es hat nie geklappt. Aufgrund meiner Erfahrungen biete ich heute Seminare und Beratungen für amerikanische Frauen und Männer an, die in Israel einen Ehepartner suchen. Mein wichtigster Ratschlag, bevor sich dieses Anliegen erfolgreich in die Tat umsetzen lässt: Man soll keinen allzu grossen Effort machen und am Anfang wenig erwarten. Meine eigentliche Strategie basiert allerdings auf Fragebogen, die beide ausfüllen müssen, dabei interessiert es mich durchaus, was ein Mann als Letztes macht, bevor er zu Bett geht, und wie lange seine letzte Beziehung gedauert hat. Aufgrund der Antworten finde ich schnell heraus, ob der Kandidat überhaupt die Voraussetzungen für eine feste Beziehung mitbringt.

Volltreffer: Ein wichtiger Aspekt ist, dass viele Leute Partner und Partnerinnen suchen, dafür aber im Grunde genommen noch nicht reif sind. Es klingt nicht gerade emanzipiert, aber

«Gefallen sich Frau und Mann, kann man bereits beim ersten Treffen küssen.»

es ist schon so, dass sich das männliche Ego mehr um die berufliche Karriere dreht als das weibliche. Darum müssen Männer in diesem Bereich zufrieden sein, bevor sie sich auf eine feste Beziehung einlassen. Frauen hingegen sollten innerlich ruhig und selbstbewusst sein, und die Partygirl-Phase muss hinter ihnen liegen. Nach Auswertung der Fragebogen treffe ich meine Kunden zu längeren Gesprächen und coache sie im eigentlichen Sinn in den turbulenten Zeiten und übersetze ihnen die Bedeutung der israelischen Sitten. Ich sehe mich als modernen *matchmaker*, und zu meiner grossen Freude gibt es bereits ein erstes Paar, das geheiratet hat.

www.fasspasstolove.com

Protokoll: Franziska K. Müller

Solar am Puls

Von Andreas Thiel —
Und die Crew fliegt mit Benzin.

Journalist: Herr Piccard, fliegt Ihr Solarflugzeug wirklich nur mit Solarstrom?

Piccard: Nur mit Solarstrom.

Journalist: Und da ist kein bisschen Flugbenzin im Spiel?

Piccard: Kein Tropfen.

Journalist: Unglaublich! Aber in Nagoya mussten Sie notlanden.

Piccard: Ja, das Wetter war schlecht. Und die Crew war nicht da.

Journalist: Die Crew war nicht im Solarflugzeug?

Piccard: Nein, wir mussten die Crew nach Nagoya fliegen. Das Solarflugzeug hat zwar die Spannweite eines Jumbo-Jets, kann aber nur das Gewicht eines Piloten tragen.

Journalist: Und das auch bloss bei schönem Wetter.

Piccard: Ja, leider. Die Crew muss separat fliegen mit den Transportflugzeugen, in welchen der mobile Hangar für das Solarflugzeug mitfliegt.

Journalist: Funktioniert wenigstens Ihr Smartphone mit Solarstrom?

Piccard: Es wird bei Regen natürlich mit Atomstrom aufgeladen. Aber wir arbeiten an einem mobilen Pumpspeicherkraftwerk mit einem 2-Liter-Wassertank, welchen man seitlich an sein Smartphone montieren kann. Das Wasser läuft durch eine kleine Turbine, welche das Smartphone mit Strom versorgt.

Journalist: Das Smartphone wiegt ja dann über zwei Kilo.

Piccard: Nur wenn der Tank voll ist. Ein leerer Tank wiegt so gut wie nichts.

Journalist: Und wie lange können Sie mit den zwei Litern telefonieren?

Piccard: Ungefähr dreissig Sekunden. Wir arbeiten aber an einem Modell mit zwanzig Litern in hängenden Wasserbeuteln an einem rollenden Infusionsständer, den man bequem mit sich rumschieben kann. Das erweitert die Gesprächszeit bereits auf zehn Minuten.

Journalist: Und Sie verstehen sich auch als Botschafter für die Energiepolitik von Doris Leuthard?



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Riesling aus dem Gotha

Von Peter Rüedi



Es muss mit uns, wie mit dem Rheinweine, alle Jahr besser werden», schrieb Goethe am 7. September 1780 an Charlotte von Stein, und in allen drei Punkten war der Geheimrat ein Kenner: was ihn selbst, was die Frauen und was den Rheinwein betraf. Von dem konsumierte er später zeitweise «sechs Bouteillen» täglich, eine Menge, die auch dann an der Grenze zum Alkoholismus lag, wenn man bedenkt, dass die Weine jener Zeit im Alkoholgrad mit den heutigen nicht zu vergleichen waren. Der Inbegriff des Rheinweins aber war, der spätere Eigentümer Fürst Metternich hin oder her, Schloss Johannisberg im Rheingau. So etwas wie die Gralsburg des deutschen Rieslings. Seine edelsüßen Weine sind Ikonen wie sonst nur noch die von Château d'Yquem, dessen früherer Besitzer, der Comte de Lur Saluces, einmal gefragt, was er für den besten Wein aus edelfaulen Trauben halte, ohne zu zögern, Johannisberg genannt haben soll. Heute gehört Yquem dem Luxuskonzern Moët Hennessy Louis Vuitton und Johannisberg der zur Oetker-Gruppe gehörenden Firma Henkell & Söhnlein. Sic transit gloria mundi, sind wir versucht zu unken. Aber profaner Besitzverhältnisse ungeachtet: den Glanz beider Weine kratzt dies nicht an. Ihnen nähert sich der normale Weintrinker in devoter Haltung. Von beiden gibt es auch «Volksausgaben», von Yquem den trockenen Weissen «Y», von Johannisberg eine ganze Palette von Qualitätsstufen, benannt nach der Farbe des Lacks, mit dem die Flaschen früher versiegelt waren. Sie reicht vom «Gelblack» bis zum Nonplusultra der Eiswein-Beerenauslese, «Himmelblaulack». Wir halten uns in dieser basisdemokratischen Kolumne an die Basisqualität, versteht sich, den im Stahltank und im grossen Holzfass ausgebauten «Gelblack» – ein hochdelikater und eleganter, würzig-mineralischer, trockener Riesling; von fadengerader Stringenz, aber keineswegs ein anorektisches Wesen aus der Dienstbotenkammer der hochadeligen Domäne: sehr saftig, mit einem prallen Körper. Nicht der Aspirant auf den Familienvorsitz, aber spürbar aus erstem Hause.

Johannisberg Riesling trocken 2013, Gelblack.
12% Kuhn Weine, Dielsdorf. Fr. 18.90.
www.peterkuhnweine.ch

Hummer im «Gemüsegarten»

Klassische Küche, sanft modernisiert: Der deutsche Dreisternekoch Klaus Erfort macht alles richtig. Von David Schnapp



Hier kocht einer für seine Gäste, nicht für die Restaurantkritiker: Klaus Erfort, Saarbrücken.

Klaus Erfort (geb. 8. März 1972 in Saarbrücken) ist ein deutscher Koch. So schnörkellos, wie er im Online-Lexikon Wikipedia beschrieben wird, sind viele seiner Gerichte. Erfort gehört zur auserlesenen Gesellschaft der Dreisterneköche, seit 2008 wird sein «Gästehaus Klaus Erfort» mit der höchsten kulinarischen Auszeichnung versehen. Er habe sein Konzept nie ändern müssen, sagt Erfort nach dem Essen mit einem gewissen Stolz.

Erforts Küche ist in einem gewissen Sinn konservativ, bedient sich bewährter Luxusprodukte, deren Eigengeschmack bei einem Gericht im Zentrum stehen sollen. Erforts Gäste kommen natürlich aus Deutschland, viele reisen aber auch aus Frankreich an oder aus Luxemburg. Gerade die Luxemburger hätten keinen Sinn für modernistische Küchensperenzchen, sagt Erfort. «Die sind noch konservativer als die französischen Gäste.» Kurz: Hier kocht einer für seine Gäste und nicht so sehr für die Restaurantkritiker und Food-Blogger. Erfort hat aber einen Weg gefunden, die weitgehend klassische Küche sanft zu modernisieren, so dass sie auf der Höhe der Zeit bleibt, ohne ihre Wurzeln zu verlieren.

Puristische Grundhaltung

Zu Beginn des Menüs werde ich mit einer ganzen Reihe besonderer Produkte konfrontiert: eine frische Gillardeau-Auster mit dezemem

Jodaroma, Stangenselleriesaft und Apfelgel, ein leuchtend roter und roh marinierter Carabiniere mit Kaffirlimetten-Öl in einer Vinaigrette, die allerdings etwas mehr Säure hätte aufbringen können. Oder eine Handvoll ebenfalls roher Eismeergarnelen, kühl, frisch und von fast cremiger Konsistenz. Dazu gibt es eine subtil abgeschmeckte Foie-gras-Terrine und ein Apfel-Ingwer-Gel, das feine fruchtige Akzente setzt. Auch Hummer steht auf dem Speiseplan, er ist versteckt in einem «Gemüsegarten», einer aufwendig angerichteten Komposition aus Spargeln, Salat, Kräutern, Auberginentatar, Olivenkrokant und Erbsen-Vinaigrette.

Tatsächlich gibt es kein Gericht, das durch diese puristische Grundhaltung nicht etwas Besonderes würde. Viele werden sogar aussergewöhnlich. Die auf Salz gegarte Languste etwa, mit Ingwer, Zitrone und Chili gewürzt und schlicht mit einer knackigen weissen Spargelstange, Hollandaise sowie einer fein säuerlichen Beurre blanc angerichtet: Ich kann mich nicht erinnern, je eine bessere Languste gegessen zu haben.

Gästehaus Klaus Erfort

Mainzer Strasse 95, 66121 Saarbrücken
Tel. +49 681 95 82 68 2
Sonntags und montags geschlossen.
Ausführliche Besprechung des Menüs
auf www.dasfilet.ch



Motorrad

Fahrstunde mit Tom Lüthi

Von den Besten lernen: eine Motorrad-Lektion mit dem Weltmeister aus der Schweiz. Von David Schnapp und Chris Daepfen (Bild)

Treue Leser erinnern sich: Letztes Jahr habe ich begonnen, schwere Motorräder zu fahren (Weltwoche Nr. 36/14). Bei solchen Unternehmungen ist es ratsam, von den Besten zu lernen. Demnächst steht natürlich auch ein Kurs bei einem Fahrlehrer an, aber wer könnte einem mehr über Kurven beibringen als ein Töffweltmeister wie der 28-jährige Berner Tom Lüthi?

Wir treffen uns auf dem Schallenbergpass, 1167 Meter über Meer. Schwere Töffs sind hier bei schönem Wetter das bevorzugte Verkehrsmittel, und wenn man nach Gründen sucht, warum man sich überhaupt je auf ein schnelles

Zweirad setzen sollte, dann ist die Anfahrt von Luzern durch das Entlebuch ins Emmental ein schwer zu schlagendes Argument. An mir ziehen vorbei: eine anmutige Landschaft, der Geruch von frischgemähtem Gras, dann Kühe, Esel, Lamas, Pferde und entlang der Strasse immer wieder mal eine Tafel, auf der beispielsweise «30 Jahre Roli» steht – Bild des Jubilars inklusive. Man fährt sozusagen durch eine intakte bäuerliche Ultra-Postkarten-Schweiz. Mir, zugegebenermassen, gefällt das.

Welcher Gang passt?

Tom Lüthi ist – natürlich – pünktlich, erscheint auf einer riesenhaft wirkenden BMW R1200 GS, der «Ikone aller Reiseenduros» (Werbung). Der umgängliche, sympathische Töff-Profi grüsst jeden, spricht mit allen, trinkt ein Rivella und beantwortet meine Anfängerfragen. «Strasse und Rennstrecke sind zwei komplett unterschiedliche Dinge», sagt er. «Auf der Strasse fahre ich zügig, aber halte mich an die Verkehrsregeln. Das Schönste ist sowieso nicht das schnelle Fahren, sondern dass man seinen eigenen Rhythmus findet.» Er werde ständig über-

holt, weil ihn hier jeder kennt und gerne mal schneller sein möchte als der Tom. Sein Tipp für Anfänger auf der Strasse: «Dich nicht stressen lassen und dein Tempo fahren, auch wenn hinten einer drängelt.»

Auf der Rennstrecke hingegen gehe er ans Limit – und manchmal darüber hinaus: «Das wird von mir erwartet, darum geht es.» Dafür sei dort aber auch alles auf Sicherheit ausgelegt: Auslaufzonen, Kiesbetten, Anzüge mit eingebauten Airbags et cetera.

Nach der Theorie die Praxis. Wir fahren ein paar Kurven den Pass hoch und runter. Lüthi's GS leistet 125 PS/125 Nm, während mein Naked Bike, eine BMW S1000 R, es auf 160 PS/112 Nm bringt. Allein: Die Kraft macht es nicht aus, es ist die Technik! Lüthi fährt voraus, zügig in der Tat, bremst an der richtigen Stelle vor der Kurve, durchfährt diese flüssig und beschleunigt danach flüssig, während ich mir noch überlege, welcher Gang an dieser Stelle passen würde.

Lüthi hat als Siebenjähriger auf Mini-Töffs angefangen, er muss nicht lange überlegen, was wann zu tun ist. Hier stimmt das Bonmot vom Menschen, der eins wird mit seiner Maschine. Als ich ihn frage, wie man den Fuss zum Schalten am besten auf den Rasten platziert, muss er nachdenken, setzt sich dann auf seine Maschine, probiert es aus und sagt: «Auf keinen Fall auf oder unter dem Schalthebel bleiben, am besten ihn etwas seitwärts stehenlassen.»

BMW S1000 RABS

Leistung: 160 PS, Hubraum: 999 ccm
Höchstgeschwindigkeit: über 200 km/h
Preis: Fr. 15 250.–





«Lauter Fehlentscheidungen»: Fitness-Unternehmer und Philosoph Kieser, 74.

MvH trifft

Werner Kieser

Von Mark van Huisseling — Als Unternehmer kräftigt er die Muskeln seiner Kunden. Im Gespräch macht er einen im Kopf fitter.

Sie haben im, sagen wir, fortgeschrittenen Alter noch einmal ein Geschäft eröffnet – weshalb?» – «Erstens ist es nicht sehr heroisch, was ich gemacht habe: Wir sind dran, die [Kieser-Trainings-Betriebe in der] Schweiz neu aufzubauen. Es ist mehr ein emotionaler Schritt – die Schweiz ist der Ur-Standort von Kieser-Training.» – «Sie müssten nicht mehr arbeiten ...» – «Das ist eine typische Frage, bei der ich mich frage, was sie für eine Prämisse hat ... Natürlich werden Sie älter und sterben irgendwann. Aber es besteht kein Grund, dass Sie Ihre Tätigkeit ändern, wenn Sie älter werden, solange Sie es physisch können. Es ist ein toller Job, und jetzt haben wir eine sehr gute Geschäftsleitung zusammen, die mich entlastet. So dass ich mich auf zwei Sachen konzentrieren kann: Das Erste ist Repräsentation, Gespräche, PR, was wir jetzt machen eigentlich. Und das Zweite ist die Weiterentwicklung des Systems, und zwar vor allem von

der technischen Seite her, wir sind ja wahrscheinlich die Einzigen in der Branche, die eine Forschungsabteilung haben.»

Werner Kieser, 74, ist ein Schweizer Unternehmer. Für die 1967 von ihm gegründete Fitnessstudio-Kette mit Namen Kieser-Training arbeiten heute rund 2000 Leute in über 140 Betrieben in der Schweiz, in Deutschland, Österreich, Spanien, Grossbritannien oder Australien; die Studios sind auf präventives und therapeutisches Krafttraining spezialisiert und werden grossmehrheitlich als Franchisen von Unternehmern geführt. Zurzeit ist er daran, den Wiederaufbau von Kieser-Betrieben in der Schweiz voranzutreiben, nachdem der Vertrag mit dem Lizenznehmer ausgelaufen ist und er sich mit diesem nicht hat einigen können. Kieser, aus Bergdietikon, gelernter Schreiner, hat mit übersiebzig noch einen Philosophie-Master gemacht an der Londoner Open University, ist zum dritten Mal verheiratet; aus seiner ersten

Ehe hat er einen Sohn. Er lebt in Zürich in einem Betonhaus eines von Le Corbusier beeinflussten Architekten, seine Nachbarn sind Martin Suter oder Moritz Leuenberger.

«Ich hab fünfzehn Jahre Krafttraining gemacht, auch in Kieser-Betrieben. Seit ein paar Jahren mache ich zu Hause Übungen, Gymnastik – ich stelle keinen Unterschied fest, körperlich und was meine Fitness angeht.» – «Also man müsste Sie ja messen, Ihre Kraft quantifizieren. Aber wichtig ist, wie Sie sich fühlen. Und wenn es [Gymnastik] Ihnen guttut, ist's okay. Das Problem ist ein anderes: Gymnastik ist vor allem Dehnung, und das ist durchaus sinnvoll, bei uns ist das in den Maschinen inbegriffen. Aber was Sie bei uns vor allem haben, ist die Kräftigung. Und Sie haben eine Progression, Sie steigern sich. Mit der Gymnastik ist Steigerung nicht möglich. Natürlich können Sie die Wiederholungen steigern, wenn Sie Liegestütze und solches Zeugs machen, doch von einem bestimmten Punkt an hat es keinen Effekt mehr, das heisst bloss noch einen Ausdauererfolg.»

«In Interviews sagen Sie, wenn man Sie auf Ihren geschäftlichen Erfolg anspricht, es habe viel mit Glück und Zufällen zu tun gehabt – meinen Sie das so, oder sind Sie kokett?» – «Ich behaupte, neun von zehn Unternehmensentscheidungen sind entweder zufällig falsch oder zufällig richtig. Ich habe lauter Fehlentscheidungen getroffen, aber ein paar gute, zufällig richtige. Und die sind signifikant. Entscheidungen, von denen mir Berater oder vernünftige Zuflüsterer meistens abgeraten haben, waren dann zufällig richtig. Als ich mein erstes Studio aufgemacht habe, an der Nordstrasse, hat niemand gewusst, was Fitness ist – das Wort kannte man nur aus der Evolutionstheorie von Darwin. «Etwas Komisches macht der», sagte man. Ich konnte doch nicht wissen, in den 1960er Jahren, dass dann eine Fitnesswelle kam. Ohne [Fitnesswelle] wäre ich wahrscheinlich heute noch in dem Studio ... Das war ein Zufall, kein Verdienst, da muss man nicht so tun. Aber ich muss sagen: Der Zufall ist das eine, das andere [ist], was man daraus macht. Alfred Adler, der Psychologe, sagt, jeder habe einen unbewussten Lebensplan.»

«Sie sind mit einer fast zwanzig Jahre jüngeren Frau verheiratet, seit über dreissig Jahren. Funktionieren Beziehungen mit *age-gap*, einem Altersunterschied, besser – oder ist das auch Zufall?» – «Ich bin zum dritten Mal glücklich verheiratet. Beim ersten Mal wollten meine Frau und ich zusammen alt werden, das hielt vier Jahre. Beim zweiten Mal wollten meine Frau und ich auch zusammen alt werden, das hielt zehn Jahre. Beim dritten Mal dachte ich: «Das ist ein Flirt.» Und es *hät*t schon 34 Jahre. Also, keine Vorsätze, bitte.»

Sein liebstes Restaurant: «Ein Restaurant in Zürich, das ich vorbildlich finde, auch als Unternehmer: den «Zeughauskeller».» Restaurant «Zeughauskeller», Bahnhofstrasse 28a, Zürich, Tel. 044 220 15 15

1		2		3	4		5	6		7		8	9	10
				11								12		
13	14		15				16		17		18			
19						20								
			21								22			
23		24						25						
26					27						28		29	
30				31				32		33				
34				35				36				37		38
39								40				41		
				42							43			
	44							45				46		

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Glanzvolles Ereignis zur richtigen Zeit
Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Mag der Druckfehlerteufel sie verursacht haben. 5 So dann wirklich umweltfreundlich, sagt sich der Autofahrer. 11 Holz: tropisch, sehr elastisch und ebenso weich. 12 Wir!, ruft Matteo Renzi gern dem Volk zu. 13 Ganz bestimmt wird er die Petition einreichen. 16 Sie ist nicht gross, teils aber grossartig, wissen Kunstkennner. 19 Über das Übliche hinaus und damit besonders gut. 20 Einer wie Norbert Elias. 21 Die Fähre aus England wird mit ihm zu britischem Musiker. 22 Ziemlich hartes Stück, und doch federleicht. 23 Wohlbehalten und gesund, namentlich arabisch. 25 Assoziiert ein Gebäude für Filmliebhaber. 26 Damit fahren Polynesier übers Meer. 27 Schmuckstück ohne Tiefgang, dafür erhaben. 28 Sie wechselte von Käslin zu Kaa. 30 Bei ihr fällt das Sprechen besonders schwer. 32 Man sieht ihn oft in kanadischen Wäldern. 34 Keramisches Material: chemische Summenformel. 35 Es ist ein Kreuz mit der Stadt am Bodensee. 39 Wie uns Mühsal erscheint. 40 Stichwort Agnelli: nicht Pasta sondern Auto. 41 Fast schon das Paradies. 42 Die Situation ergibt sich aus solcher Besprechung. 43 Kann ins Auge gehen, sich bei ihm nicht vorzusehen. 44 So ein Typ - zu bewundern oder zu bemitleiden? 45 Am Ende halt doch nicht ganz auf die Wirklichkeit bezogen. 46 Französisch schon, aber nur bruchstückhaft.

Senkrecht — 1 Der Baum, den Schmetterlinge so mögen. 2 Ein Ausflug hoch zu Ross. 3 Er führt den Tonabnehmer im Kreise. 4 Nicht mal in Unterhose, sondern wirklich nackt in Pose. 5 Ben Ammi, Sohn des Lots, und somit Vater der Kinder 6 Statt Gourmettempel ganz simpel und gemütlich. 7 Im Land des dolce far niente gehört Musse dazu. 8 Beautiful Liar – das muss ein DJ sein. 9 Kein Rot der Revolution, sondern der Verschönerung. 10 Mireille (Mathieu) macht auf Deutsch. 14 Ihr geht's um die Sache, und da kann sie jedem den Meister zeigen. 15 Er weist symbolhaft auf das Element hin. 17 Keine Freundin, aber eine gute Bekannte vieler Sportler. 18 Historisch gesehen gut zum Schlafen: intim und warm. 20 Speisen, mal grün, mal rot, dann alles bunt gemischt. 23 Beim Loch im Garten war sein Stiel mit im Spiel. 24 Mit einem l wär's etwas für singende Schweizer Trachtenvereine. 25 Der ist auch mit 5250 Jahren noch ein Berühmter. 27 Ein Freibeuter wohl, doch zum Glück Vergangenheit. 29 Bezüglich Seefahrt: Personengesellschaft wie juristische Person. 31 Afrikanisches Königreich, rund 700 Jahre vor Museveni. 33 Nicht eben bescheiden, sich so zu gebärden. 36 Es liegt im Grenzbereich zwischen fest und flüssig. 37 Was die BVB für Basel, ist die TPG dort. 38 Sein Fell schwimmt nicht davon, aber er in ihm schon.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 420

	A	B	B	A	P	O	M	M	E	W	B		
	I	L	O	N	A	M	A	R	M	A	D	A	
T	R	U	E	B	R	E	N	N	R	A	D	R	
R	A	S	I	E	R	E	N	G	O	M	E	R	A
A	G	E	N	T	S	P	E	R	M	C			
K	G	E	N	E	R	A	L	U	S	A	K		
T	E	N	O	T	A	R	S	T	E	W			
A	P	I	A	R	S	A	L	A	M	A	Z		
T	A	N	D	E	M	S	T	A	L	K	E	R	
V	I	L	L	A	G	E	S	A	I	L	E	R	
I	I	A	G	I	L	N	L	S	E	L	E	N	E
N	E	R	I	A	N	W	A	R	I	G			

Waagrecht — 1 ABBA (anderes Wort für Gott im Neuen Test. und schwed. Popgruppe) 5 POMME (franz. f. Apfel) 11 ILONA 12 ARMADA (span. f. die Bewaffnete, Flottenstreitmacht) 14 TRUEB 15 RENNRAD 16 RASIEREN 17 GOMERA 18 AGENT 19 PERM 20 GENERAL 23 USAK (umgekehrt: Kasu[s]) 27 NOTAR 28 STEW 29 APIA (Hauptstadt v. Samoa) 32 SALA (span. für Saal) 34 MAZ 35 TANDEM 37 STALKER 39 VILLAGE (franz. f. Dorf) 40 SAILER (engl. f. Segler, Bootstyp) 42 HAGELN 43 SELENE (griech. Göttin des Mondes) 44 NERI (Schweiz. Schauspielerin) 45 ANWARI

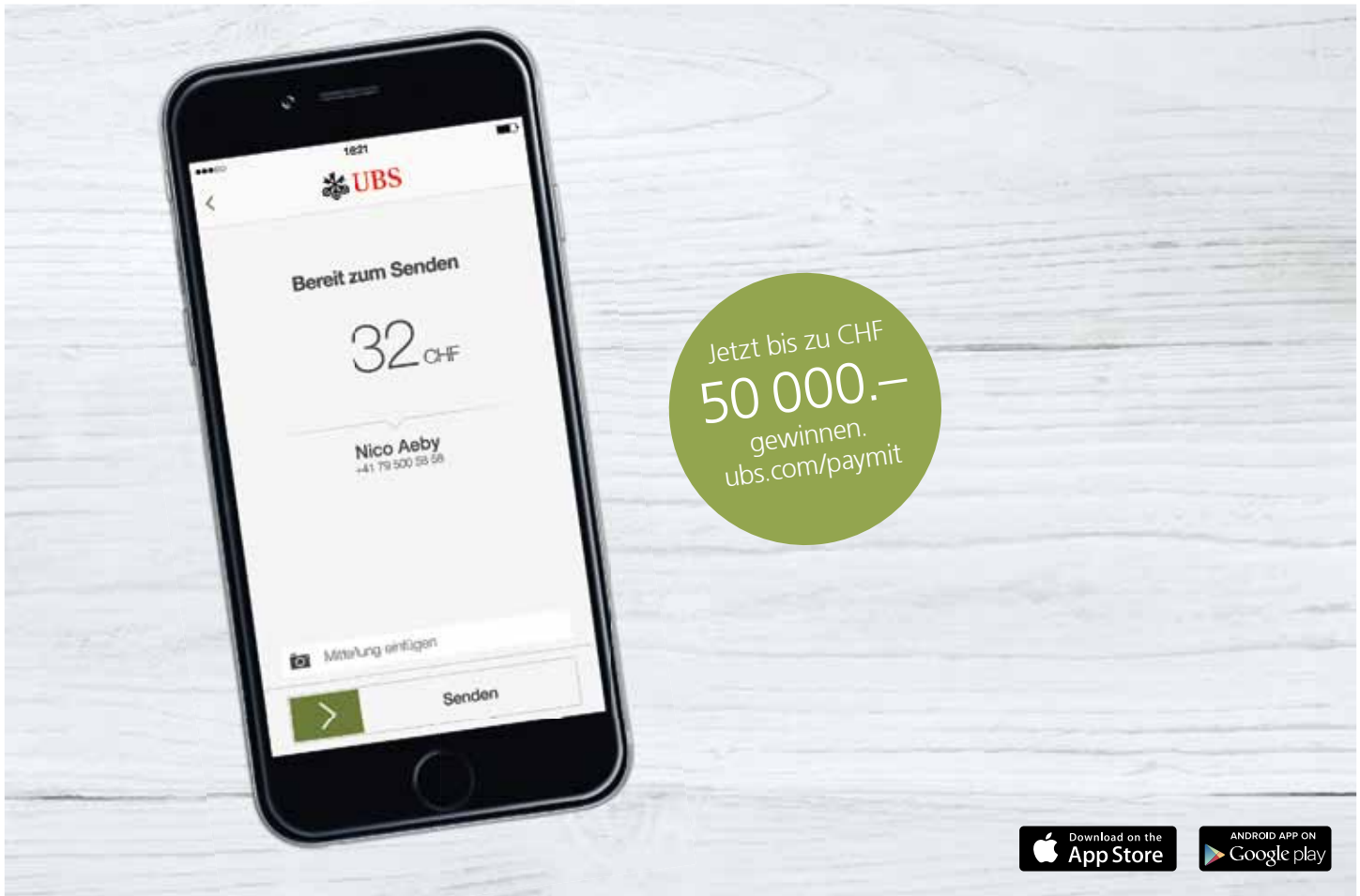
Senkrecht — 1 AIRAG (Nationalgetränk i.d. Mongolei) 2 BLUSE 3 BOEING 4 ANBETEN 6 OMEN 7 MANGEL 8 (404) ERROR (weit verbreitete Fehlermeldung im Internet) 9 WADE (Wädli) 10 BARACK 13 MAMMUT (gehörte zur Gattung der Elefanten) 14 TRAKTAT 15 RESET 19 PARAT 21 NORMAN (Mailer: US-Schriftsteller, Foster: US-Architekt) 22 RASSELN 24 SEMELE 25 AWAREN 26 EINIGE 28 SALAER 30 PAV (i) AN 31 (Stein-) ADLER 33 LASSA 36 ELLI 38 KILI 41 REG

Lösungswort — **PREISTRAEGER**



EMS
 WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien



Kostenlos. Für alle. Auch ohne UBS-Konto.



UBS Paymit: Die Geld-senden-und-anfordern-App.
Jetzt downloaden: ubs.com/paymit

Paymit – powered by 